



Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen, meine Nachricht vom  
622-22-007

☎ 0228

Bonn  
29.07.2022

oder 14-0

**Genehmigung der Änderung der gemeinsamen Bestimmungen zur Einrichtung der regionalen Koordinierungszentren in der Netzbetriebsregion Zentraleuropa gemäß Art. 35 Abs. 1 S. 2 Verordnung (EU) 2019/943**

In dem Verwaltungsverfahren

gegenüber der

50Hertz Transmission GmbH, Heidestraße 2, 10557 Berlin, gesetzlich vertreten durch die Geschäftsführung

– Antragstellerin zu 1 –

der Amprion GmbH, Robert-Schuman-Straße 7, 44263 Dortmund, gesetzlich vertreten durch die Geschäftsführung,

– Antragstellerin zu 2 –

TenneT TSO GmbH, Bernecker Straße 70, 95448 Bayreuth, gesetzlich vertreten durch die Geschäftsführung

– Antragstellerin zu 3 –

Bundesnetzagentur für  
Elektrizität, Gas, Telekommunikation,  
Post und Eisenbahnen

Behördensitz: Bonn  
Tulpenfeld 4  
53113 Bonn  
☎ 0228 14-0

Telefax Bonn  
0228 14-8872

E-Mail  
poststelle@bnetza.de  
Internet  
<http://www.bundesnetzagentur.de>

**Bitte neue Bankverbindung beachten!**  
Bundeskasse Weiden  
Dt. Bundesbank – Filiale Regensburg  
BIC: MARKDEF1750  
IBAN: DE08 7500 0000 0075 0010 07

Datenschutzhinweis:

Der Schutz Ihrer Daten ist uns wichtig. Nähere Informationen zum Umgang mit personenbezogenen Daten in der BNetzA können Sie der Datenschutzerklärung auf <https://www.bundesnetzagentur.de/Datenschutz> entnehmen. Sollte Ihnen ein Abruf der Datenschutzerklärung nicht möglich sein, kann Ihnen diese auch in Textform übermittelt werden.

der TransnetBW GmbH, Osloer Straße 15-17, 70173 Stuttgart, vertreten durch die Geschäftsführung,

**– Antragstellerin zu 4 –**

wegen

Änderung der gemeinsamen Bestimmungen zur Einrichtung der regionalen Koordinierungszentren in der Netzbetriebsregion Zentraleuropa gemäß Art. 35 Abs. 1 S. 2 Verordnung (EU) 2019/943 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 über den Elektrizitätsbinnenmarkt

hat die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, gesetzlich vertreten durch ihren Präsidenten Klaus Müller, am 29. Juli 2022 entschieden:

1. In Abänderung des Beschlusses der Beschlusskammer 6 der Bundesnetzagentur vom 20. Februar 2021 (Az. BK6-20-196) werden die gemeinsamen Bestimmungen zur Einrichtung der regionalen Koordinierungszentren in der Netzbetriebsregion Zentraleuropa gemäß Art. 35 Abs. 1 S. 2 Verordnung (EU) 2019/943 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 über den Elektrizitätsbinnenmarkt, wie in Anlage I dieses Bescheides dargelegt, genehmigt.
2. Eine Kostenentscheidung bleibt vorbehalten.

## **Gründe**

### **A.**

Das vorliegende Verwaltungsverfahren betrifft die Genehmigung eines Änderungsantrags der Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) der Netzbetriebsregion Zentraleuropa für die gemeinsamen Bestimmungen zur Einrichtung der regionalen Koordinierungszentren in dieser Region gemäß Art. 35 Abs. 1 S. 2 Verordnung (EU) 2019/943 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 über den Elektrizitätsbinnenmarkt (EltVO).

Ziel der EltVO ist es, das Funktionieren des Elektrizitätsbinnenmarkts sicherzustellen, siehe Art. 1 sowie Erwägungsgrund 2 EltVO. Dafür sieht die EltVO unter anderem vor, dass die bestehenden regionalen Sicherheitskoordinatoren durch regionale Koordinierungszentren ersetzt werden, siehe Art. 35 Abs. 2 sowie Erwägungsgrund 53 EltVO. Neben den Aufgaben der derzeitigen regionalen Sicherheitskoordinatoren bekommen die regionalen Koordinierungszentren

zusätzliche Aufgaben im Zusammenhang mit dem sicheren Netzbetrieb, dem effizienten Marktbetrieb und der Risikovorsorge, siehe Erwägungsgrund 55 EltVO. Darüber hinaus sollen sie auch zur Verwirklichung der in der EU-Klima- und Energiepolitik festgesetzten Ziele beitragen, siehe Erwägungsgrund 56 EltVO.

Die Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER<sup>1</sup>) hat zuletzt am 7. April 2022 in der Entscheidung Nr. 05/2022<sup>2</sup> die Netzbetriebsregionen für die EU festgelegt. Netzbetriebsregionen sind die geographischen Zuständigkeitsbereiche der regionalen Koordinierungszentren. Gemäß dieser Entscheidung von ACER gehören zur Netzbetriebsregion Zentraleuropa die folgenden Gebotszonen: Belgien, Deutschland/Luxemburg, Frankreich, Italien Nord, Kroatien, Niederlande, Österreich, Polen, Rumänien, Slowenien, Slowakei, Tschechien und Ungarn. Die ACER-Entscheidung Nr. 05/2022 ersetzt die Entscheidung Nr. 10/2020<sup>3</sup> vom 6. April 2020 von ACER, nach der neben den zuvor genannten Mitgliedsstaaten noch Spanien und Portugal zu der Netzbetriebsregion Zentraleuropa zugeordnet waren. Nach der ACER-Entscheidung Nr. 05/2022 bilden Spanien und Portugal nunmehr eine eigene Netzbetriebsregion Süd-West-Europa.

Die gemeinsamen Bestimmungen zur Einrichtung der regionalen Koordinierungszentren in der Netzbetriebsregion Zentraleuropa (Einrichtungsbestimmungen) gemäß Art. 35 Abs. 1 S. 1 EltVO hatte die Bundesnetzagentur bereits am 20. Februar 2021 (Az. BK6-20-196)<sup>4</sup> genehmigt (Einrichtungsbestimmungen a.F.). Parallel war die Genehmigung der Einrichtungsbestimmungen a.F. durch die übrigen Regulierungsbehörden der Netzbetriebsregion Zentraleuropa erfolgt. In den Einrichtungsbestimmungen a.F. wurden die regionalen Sicherheitskoordinatoren Coreso SA (Coreso) mit Sitz in Brüssel und TSCNET Services GmbH (TSCNET) mit Sitz in München als regionale Koordinierungszentren der Netzbetriebsregion Zentraleuropa festgelegt. Die Einrichtungsbestimmungen a.F. enthielten insbesondere bereits Vorschriften zur Organisation der regionalen Koordinierungszentren.

Mit E-Mail vom 28. April 2022 hat die Antragstellerin zu 1 im eigenen Namen und im Namen der anderen drei Antragstellerinnen den zwischen den ÜNB der Netzbetriebsregion Zentraleuropa abgestimmten Änderungsantrag zu den Einrichtungsbestimmungen gemäß Art. 35 Abs. 1 S. 1 EltVO in englischer und deutscher Sprache bei der Bundesnetzagentur zur Genehmigung eingereicht. Entsprechend wurde in den anderen EU-Mitgliedstaaten der Netzbetriebsregion Zentraleuropa verfahren. Am 9. Juni 2022 hat die letzte nationale Regulierungsbehörde der Netzbetriebsregion Zentraleuropa den entsprechenden nationalen Antrag der ÜNB erhalten.

---

<sup>1</sup> ACER: Agency for the Cooperation of Energy Regulators.

<sup>2</sup> Entscheidung Nr. 05/2022 vom 7. April 2022 von ACER, abrufbar unter:

<https://www.acer.europa.eu/documents/official-documents/individual-decisions>.

<sup>3</sup> Entscheidung Nr. 10/2020 vom 6. April 2020, abrufbar unter: <https://www.acer.europa.eu/documents/official-documents/individual-decisions>.

<sup>4</sup> Beschluss BK6-17-247 vom 19. September 2018 der Bundesnetzagentur (Beschlusskammer 6), abrufbar unter: [https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Beschlusskammern/1\\_GZ/BK6-GZ/2017/BK6-17-247/BK6-17-247\\_beschluss\\_vom\\_19\\_09\\_2018.html](https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Beschlusskammern/1_GZ/BK6-GZ/2017/BK6-17-247/BK6-17-247_beschluss_vom_19_09_2018.html).

Gemäß Art. 6 Abs. 10 UAbs. 2 lit. a der Verordnung (EU) 2019/942 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 zur Gründung einer Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER-VO) war innerhalb von sechs Monaten, d.h. bis zum 9. Dezember 2022 eine Einigung der nationalen Regulierungsbehörden der Netzbetriebsregion Zentraleuropa über eine Antragsgenehmigung der Antragstellerinnen zu erzielen.

Einige<sup>5</sup> der mit dem Antrag vom 28. April 2022 eingereichten Änderungen waren bereits in der Genehmigung der Bundesnetzagentur vom 20. Februar 2021 (Az. BK6-20-196) vorgesehen. Diese betreffen insbesondere die Anpassung der Satzungen und Geschäftsordnungen von Coreso und TSCNET sowie die Aufnahme von VUEN<sup>6</sup> und Creos<sup>7</sup> als teilnehmende ÜNB an den regionalen Koordinierungszentren. Teilnehmende ÜNB in der Netzbetriebsregion Zentraleuropa sind die ÜNB, die nach der ACER-Entscheidung Nr. 05/2022 dieser Netzbetriebsregion zugeordnet sind und gleichzeitig Anteilseigner einer oder beider<sup>8</sup> der Unternehmen Coreso bzw. TSCNET sind. Über die bereits vorgesehenen Änderungen hinaus wurden die Einrichtungsbestimmungen an die ACER-Entscheidung Nr. 05/2022 in Bezug auf die Herausnahme Spaniens und Portugals aus der Netzbetriebsregion Zentraleuropa und die Definition der Netzbetriebsregion Süd-West-Europa angepasst. Zudem wurden die Einrichtungsbestimmungen an einigen Stellen zeitlich aktualisiert. So wurden Verpflichtungen, die zur Zeit der Genehmigung im Januar 2021 (Az. BK6-20-196) für die Zukunft formuliert wurden, inzwischen aber erfüllt wurden, grammatikalisch angepasst. Beispielhaft ist hier Art. 4 Abs. 5 der unter dem Aktenzeichen BK6-20-196 genehmigten Einrichtungsbestimmungen a.F. zu nennen, der die Verpflichtung für die ÜNB der Netzbetriebsregion Zentraleuropa enthält, eine Kooperationsvereinbarung mit dem schweizerischen ÜNB Swissgrid<sup>9</sup> zu schließen, die mittlerweile Bestand hat. Weiterhin wurden redaktionelle und sprachliche Änderungen durchgeführt, wie beispielsweise die Referenz auf die Durchführungsverordnung (EU) 2021/280 der Kommission vom 22. Februar 2021 zur Änderung der Verordnungen (EU) 2015/1222, (EU) 2016/1719, (EU) 2017/2195 und (EU) 2017/1485 zwecks Anpassung an die EltVO.

Die Regulierungsbehörden der Netzbetriebsregion Zentraleuropa haben den Antrag auf Änderung der Einrichtungsbestimmungen gemäß Art. 5 Abs. 6 Satz 1 der ACER-VO überarbeitet. In der Präambel wurde das Verfahren von ACER zur Etablierung der Netzbetriebsregionen mit den aufeinanderfolgenden ACER-Entscheidungen hinzugefügt. Es wurde zudem in die Präambel ein Absatz aufgenommen, der ein Konsistenzgebot zwischen den Einrichtungsbestimmungen

---

<sup>5</sup> Vgl. Art. 4 Abs. 3 Einrichtungsbestimmungen a.F. für die Einrichtungsbestimmungen selber, Art. 8 Abs. 4 Einrichtungsbestimmungen a.F. für die Satzung von Coreso entsprechend des Brexit-Ergebnisses und Art. 8 Abs. 7 und Art. 9 Abs. 4 Einrichtungsbestimmungen a.F. für die Satzungen und Geschäftsordnungen von TSCNET.

<sup>6</sup> Vorarlberger Übertragungsnetz GmbH, ein österreichischer ÜNB.

<sup>7</sup> Creos Luxembourg S.A., der luxemburgische ÜNB.

<sup>8</sup> Die 50Hertz Transmission GmbH bildet eine Ausnahme, da sie Anteilseigner an beiden Unternehmen ist.

<sup>9</sup> Swissgrid AG.

mehrerer Netzbetriebsregionen für den Fall enthält, dass ein regionales Koordinierungszentrum für zwei oder mehr Netzbetriebsregionen ernannt ist. Da die ÜNB der Netzbetriebsregion bereits ein Kooperationsabkommen mit Swissgrid geschlossen haben, wurde diese Regelung gestrichen und ebenfalls in die Präambel aufgenommen. Durchgängig wurde der Bezug auf von ENTSO-E<sup>10</sup> zu entwickelnde Anträge für Methoden ersetzt durch einen Bezug auf die Methoden selbst. Darüber hinaus erfolgten weitere redaktionelle und sprachliche Änderungen und Korrekturen bzw. Vereinfachungen.

Der Antrag wurde am 18. Mai 2022 auf der Internetseite der Bundesnetzagentur veröffentlicht und am 25. Mai 2022 im Amtsblatt der Bundesnetzagentur bekannt gegeben. Es wurde eine Stellungnahmefrist bis zum 30. Mai 2022 eingeräumt. Bei der Bundesnetzagentur sind daraufhin keine Stellungnahmen eingegangen.

Am 27. Juni 2022 haben die Vertreter der Regulierungsbehörden der Netzbetriebsregion Zentraleuropa bekundet, den geänderten Antrag zu den Einrichtungsbestimmungen gemäß Art. 35 Abs. 1 S. 1 EitVO genehmigen zu wollen.

Am 1. Juli 2022 haben die regionalen Koordinierungszentren der Netzbetriebsregion Zentraleuropa gemäß Art. 35 Abs. 2 EitVO ihre Tätigkeit aufgenommen.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf den Inhalt der Akte sowie auf die vorangegangene Entscheidung der Beschlusskammer 6 der Bundesnetzagentur vom 20. Januar 2021 (Az. BK6-20-196) Bezug genommen.

## **B.**

Die beantragten Änderungen an den Einrichtungsbestimmungen gemäß Art. 35 Abs. 1 S. 1 EitVO werden, wie in Anlage I dieses Bescheides dargelegt, genehmigt. Der Antrag ist zulässig und begründet.

### **I. Zulässigkeit**

Der Antrag ist zulässig. Die bundes- und unionsrechtlichen Vorschriften über das Verfahren sind gewahrt.

1. Die Antragstellerinnen sind als ÜNB der Netzbetriebsregion Zentraleuropa antragsbefugt gemäß Art. 35 Abs. 1 S. 1 EitVO. Die dort geregelte Verpflichtung der ÜNB der Netzbetriebsregionen den betroffenen Regulierungsbehörden einen Antrag für die Einrichtung regionaler Koordinierungszentren vorzulegen, beinhaltet inzident das Recht dieser ÜNB, einen

---

<sup>10</sup> ENTSO-E: European Network of Transmission System Operators for Electricity (Europäisches Netz der Übertragungsnetzbetreiber (Strom)).

Antrag auf Änderung ebendieser Bestimmungen bei den betroffenen Regulierungsbehörden zu stellen.

2. Die Zuständigkeit der Bundesnetzagentur für die Genehmigung gemäß Art. 35 Abs. 1 S. 2 EltVO ergibt sich aus § 56 Abs. 1 Satz 1 Ziffer 1 EnWG. Eine obligatorische Beschlusskammerzuweisung besteht nicht, vgl. § 59 Abs. 1 S. 2 Nr. 23 EnWG.

3. Eine öffentliche europäische Konsultation des Antrags ist in der EltVO nicht vorgesehen und war daher von den ÜNB der Netzbetriebsregion Zentraleuropa nicht durchzuführen.

## **II. Begründetheit**

Der Antrag ist auch begründet. Die zur Genehmigung beantragte Änderung der Nominierungsvorschriften erfüllt die Vorgaben von Art. 35 Abs. 1 S. 1 und 3 EltVO und steht im Einklang mit den Zielen der EltVO.

1. Der Antrag wird nach Maßgabe der zwischen den Regulierungsbehörden der Netzbetriebsregion Zentraleuropa gemäß Art. 35 Abs. 1 S. 2 EltVO getroffenen Einigung vom 27. Juni 2022 genehmigt. Die Einigung erfolgte zeitlich bevor die regionalen Koordinierungszentren der Netzbetriebsregion Zentraleuropa am 1. Juli 2022 ihre Tätigkeit aufgenommen haben. Antragsgemäß werden mit dem vorliegenden Bescheid die geänderten Einrichtungsbestimmungen und deren Anhänge I - IV genehmigt. Anhang I enthält die Satzung bzw. den Gesellschaftsvertrag von Coreso, Anhang II enthält die Satzung von TSCNET, Anhang III enthält die Geschäftsordnung für die Geschäftsführer von TSCNET und Anhang IV enthält die Geschäftsordnung für den Verwaltungsrat von TSCNET. Dagegen bleibt der sonstige Gegenstand des Beschlusses der Bundesnetzagentur vom 20. Januar 2021 (Az. BK6-20-196) unberührt.

2. Die bereits in den am 20. Januar 2021 von der Bundesnetzagentur genehmigten Einrichtungsbestimmungen angelegten Änderungen beziehen sich insbesondere auf die Liste der teilnehmenden ÜNB sowie die Satzungen und Geschäftsordnungen der regionalen Koordinierungsbehörden.

### *Liste der teilnehmenden ÜNB*

VUEN und Creos wurden, wie in Art. 4 Abs. 3 der unter dem Aktenzeichen BK6-20-196 genehmigten Einrichtungsbestimmungen vorgesehen, in die Liste der teilnehmenden ÜNB (Art. 4 der Einrichtungsbestimmungen) von TSCNET aufgenommen und sind parallel dazu auch Anteilseigner bei TSCNET geworden. Diese Änderung war gemäß Art. 36 Abs. 2 S. 1 EltVO erforderlich, da sich alle ÜNB einer Netzbetriebsregion an dem oder zumindest einem der in dieser Region eingerichteten regionalen Koordinierungszentrum bzw. regionalen Koordinierungszentren beteiligen müssen und ist nicht zu beanstanden.

## *Satzungen und Geschäftsordnungen*

Auch die Satzungen und Geschäftsordnungen der regionalen Koordinierungszentren (Anhänge I - IV der Anlage I) wurden geändert.

Für **TSCNET** wurde zwischenzeitlich ein **Verwaltungsrat** nach Art. 43 EStVO eingerichtet und die Befugnisse für die Geschäftsführung definiert. Entsprechend wurde die Geschäftsordnung für den Verwaltungsrat als Anhang IV der Anlage I den Einrichtungsbestimmungen hinzugefügt. Durch diese Änderung werden die Vorgaben des Art. 43 Abs. 1 EStVO umgesetzt, nach dem jedes regionale Koordinierungszentrum jeweils einen Verwaltungsrat einzurichten hat. Im Zuge dieser Änderung trat auch die Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat (Anlage III der Anlage I der Einrichtungsbestimmungen a.F.) außer Kraft, da der Aufsichtsrat von TSCNET aufgelöst wurde. Die Geschäftsordnung für die Geschäftsführung (Anlage IV der Anlage I der Einrichtungsbestimmungen a.F.) wird durch die Geschäftsordnung für die Geschäftsführer (Anhang III der Anlage I) ersetzt. Diese Änderungen sind nicht zu beanstanden.

Des Weiteren wurden **Regelungen zu den Stimmrechten der teilnehmenden ÜNB und Drittstaaten-ÜNB** (derzeit National Grid ESO<sup>11</sup> bei Coreso und Swissgrid bei TSCNET) entsprechend der Einrichtungsbestimmungen a.F. geändert.

In der Satzung von **Coreso** wurde bezogen auf den Einfluss von Drittstaaten-ÜNB festgelegt, dass die Anteilseigner, die keine teilnehmenden ÜNB sind, unabhängig von der Größe ihres Anteils an dem Unternehmen nur einen Direktor für den Verwaltungsrat ernennen können (vgl. Art. 14 Abs. 4 Anhang I der Anlage I). Diese von den nicht teilnehmenden ÜNB ernannten Direktoren werden B-Direktoren genannt, die von den teilnehmenden ÜNB A-Direktoren (vgl. Art. 14 Abs. 6 Anhang I der Anlage I). Diese Unterscheidung ist für die Beschlussfassung des Verwaltungsrates relevant. In Art. 14 Abs. 9 Anhang I der Anlage I wird zwischen Beschlüssen über RCC-bezogene und RCC-fremde Angelegenheiten unterschieden. Für die hier relevanten RCC-bezogenen Beschlüsse gilt danach, dass sie dann rechtmäßig gefasst sind, wenn die Beschlussvorlage mehr als 70 % aller abgegebenen Stimmen erhält sowie 75 % der abgegebenen Stimmen der A-Direktoren erhält, einschließlich der positiven Stimme von mindestens drei A-Direktoren, die auf Vorschlag dreier unterschiedlicher Aktionäre bestellt wurden, die teilnehmende ÜNB sind und jeweils mindestens 10 % des Gesellschaftskapitals halten. Enthaltungen werden dabei weder im Zähler noch im Nenner berücksichtigt. Damit soll sichergestellt werden, dass bei RCC-Beschlüssen der B-Direktor keinen Einfluss mit seiner Stimme hat. Aus demselben Grund wurde zudem festgelegt, dass bei jeder Änderung in der Zusammensetzung des Verwaltungsrates der Gesellschaft, in deren Folge sich gegenüber der Situation am 1. Juli 2022 die Anzahl der A-Direktoren reduziert bzw. die Anzahl der B-Direktoren erhöht, die Mehrheitserfordernisse so abzuändern sind, dass der Einfluss der A-Direktoren bei der

---

<sup>11</sup> NGE SO: National Grid plc.

Abstimmung über Beschlüsse im Zusammenhang mit RCC-bezogenen Angelegenheiten nicht abnimmt (vgl. Art. 14 Abs. 10 Anhang I der Anlage I).

In der Satzung von **TSCNET** wurde festgelegt, dass sich der Verwaltungsrat nur aus Vertretern der teilnehmenden ÜNB zusammensetzt (vgl. § 7 Abs. 1 Anhang II der Anlage I). Drittstaaten-ÜNB sind somit nicht im Verwaltungsrat vertreten. Die Anzahl der Verwaltungsratsmitglieder entspricht der Anzahl der teilnehmenden ÜNB.

Drittstaaten-ÜNB haben somit nur als Gesellschafter in der Gesellschafterversammlung ein Stimmrecht (vgl. § 9 Abs. 2 S. 2 Anhang II der Anlage I). Dieses Stimmrecht ist jedoch für bestimmte Beschlüsse eingeschränkt. So sind bestimmte Beschlüsse der Gesellschafterversammlung nach § 9 Abs. 3 Anhang II der Anlage I den teilnehmenden ÜNB vorbehalten. Dies betrifft beispielsweise die Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrats und Beschlüsse nach EU-Energiericht. Drittstaaten-ÜNB haben somit bei der Fassung dieser Beschlüsse kein Stimmrecht. Die Beschlüsse, die von allen Gesellschaftern, einschließlich Drittstaaten-ÜNB, einstimmig gefasst werden müssen, beschränken sich auf die Änderungen, die TSCNET als Unternehmen betreffen<sup>12</sup>, sodass das Erfordernis der Einstimmigkeit der Gesellschafter keinen Einfluss auf durch europäisches Recht geregelte Sachverhalte hat. Alle anderen Beschlüsse werden gem. Art. 9 Abs. 2 S. 2 Anhang II der Anlage I mit einer Mehrheit von 80% gefällt. Da Swissgrid einen Gesellschaftsanteil von 7,14 % hat, hat Swissgrid als Drittstaaten-ÜNB bei diesen Beschlüssen kein Vetorecht.

Durch die vorgenannten Änderungen in den Satzungen von Coreso und TSCNET werden die Stimmrechte der teilnehmenden ÜNB und der Drittstaaten-ÜNB klardefiniert und abgegrenzt. So wird sichergestellt, dass Drittstaaten-ÜNB zwar Anteilseigner in einem regionalen Koordinierungszentrum sein können und die technische Kooperation sichergestellt ist, die Drittstaaten-ÜNB jedoch keinen Einfluss auf die - nach europäischem Recht geregelten - Aufgaben der regionalen Koordinierungszentren haben. Der Ausschluss der Stimmrechte für die regionalen Koordinierungszentren betreffenden Aufgaben ist somit rechtmäßig. Nicht zu beanstanden sind auch die in den Satzungen und Geschäftsordnungen vorgenommenen Änderungen, die nicht RCC-bezogene Aufgaben und Regelungen betreffen, sowie redaktionelle und sprachliche Änderungen, Korrekturen und Klarstellungen.

3. Durch die ACER-Entscheidung Nr. 05/2022 wurden ebenfalls verschiedene Änderungen notwendig. Durch den Brexit ist Großbritannien nicht mehr Teil der EU und damit der britische ÜNB NGESO auch nicht mehr ein teilnehmender ÜNB der vorherigen Netzbetriebsregion IU, der Großbritannien und Irland zuvor angehörten. Der nordirische ÜNB SONI<sup>13</sup> und der irische ÜNB

---

<sup>12</sup> Änderungen des Gesellschaftsvertrags gemäß Art. 9 Abs. 5 lit. a), Verkauf bzw. die Übertragung des Unternehmens im Ganzen oder in Teilen gemäß Artikel 9 Absatz 5 Buchstabe j) und Veräußerung von Anteilen gemäß Art. 11 Abs. 1 der Anhang II der Anlage I.

<sup>13</sup> SONI: System Operator for Northern Ireland Ltd.



Eirgrid<sup>14</sup> sind durch die ACER-Entscheidung Nr. 05/2022 nun der Netzbetriebsregion Zentraleuropa zugeordnet. EirGrid und SONI wurden sowohl in Art. 2 Abs. 2 der Einrichtungsbestimmungen zu den Definitionen als auch in die Liste der teilnehmenden ÜNB von Coreso in Art. 4 Abs. 1 der Einrichtungsbestimmungen aufgenommen. Darüber hinaus wurde in Art. 15 der Einrichtungsbestimmungen zu der Aufteilung der Aufgaben zwischen Coreso und TSCNET für die Netzbetriebsregion Zentraleuropa eingefügt, dass die Pflichten von EirGrid und SONI im Zusammenhang mit den Aufgaben der RCC erst mit der Inbetriebnahme des Celtic Interkonnektors zwischen Irland und Frankreich gemäß der ACER-Entscheidung Nr. 05/2022 wirksam werden. Es erfolgten weiterhin dort Anpassungen, wo bisher in den Einrichtungsbestimmungen a.F. auf die Netzbetriebsregion IU Bezug genommen wurde. Zudem wurde die Referenz auf die ACER-Entscheidung Nr. 05/2022 zur Festlegung der Netzbetriebsregionen an die neue ACER-Entscheidung angepasst. Weitere Anpassungen erfolgten aufgrund der Einrichtung der Netzbetriebsregion Süd-West-Europa durch die ACER-Entscheidung Nr. 05/2022. Die bisherigen Regelungen, dass Coreso die Koordinierung der regionalen Nichtverfügbarkeitsplanung für den regionalen Prozess für die Kapazitätsberechnungsregion Süd-West-Europa übernimmt, wurde gestrichen. Gleichzeitig wurde die Netzbetriebsregion Süd-West-Europa jeweils dort eingefügt, wo es um die Zusammenarbeit zwischen den Netzbetriebsregionen geht.

Diese Anpassungen waren durch die ACER-Entscheidung Nr. 05/2022 erforderlich und führen zu der notwendigen Konsistenz der Einrichtungsbestimmungen mit der ACER-Entscheidung Nr. 05/2022.

5. Die gemäß Art. 5 Abs. 6 S. 1 EltVO von den Regulierungsbehörden vorgenommenen Änderungen dienen der Klarstellung und der Verständlichkeit der von ÜNB vorgenommenen Änderungen an den Einrichtungsbestimmungen sowie der Einrichtungsbestimmungen als Ganzes.

Anhaltspunkte, die gegen eine Genehmigung der Änderungen der Einrichtungsbestimmungen sprechen, sind nicht ersichtlich.

### **III. Kosten**

Hinsichtlich der Kosten ergeht ein gesonderter Bescheid nach § 91 EnWG.

---

<sup>14</sup> EirGrid: EirGrid plc.

## Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Beschluss kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde ist bei der Bundesnetzagentur (Hausanschrift: Tulpenfeld 4, 53113 Bonn) einzureichen. Es genügt, wenn die Beschwerde innerhalb der Frist bei dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf) eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung, inwieweit der Beschluss angefochten und seine Abänderung oder Aufhebung beantragt wird, und die Angabe der Tatsachen und Beweismittel, auf die sich die Beschwerde stützt, enthalten. Die Beschwerdeschrift und die Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG).

Bonn, 29. Juli 2022

Im Auftrag

Anlage

Joachim Gewehr  
(Referatsleiter)

# **Einrichtung regionaler Koordinierungszentren für die Netzbetriebsregion Central im Sinne von Artikel 35 der Verordnung (EU) 2019/943 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 über den Elektrizitätsbinnenmarkt**

27. Juni 2022

## **Inhaltsverzeichnis**

Inhaltsverzeichnis .....	1
Präambel .....	2
Artikel 1 Gegenstand und Anwendungsbereich .....	5
Artikel 2 Begriffsbestimmungen und Auslegung .....	5
Artikel 3 Einrichtung, Sitz und Rechtsform der RCC .....	6
Artikel 4 Teilnehmende Übertragungsnetzbetreiber.....	6
Artikel 5 Organisatorische und betriebliche Regelungen .....	7
Artikel 6 Finanzielle Regelungen .....	8
Artikel 7 Umsetzungsplan .....	9
Artikel 8 Satzungen .....	9
Artikel 9 Geschäftsordnung .....	11
Artikel 10 Arbeitsvereinbarungen .....	11
Artikel 11 Verfahren zur Änderung der Arbeitsvereinbarungen .....	13

Artikel 12 Austausch von Analysen und Beratung über Day-to-Day-Vorschläge der RCC .....	14
Artikel 13 Verfahren zur Annahme und Überprüfung koordinierter Maßnahmen und Empfehlungen	15
Artikel 14 Haftung .....	16
Artikel 15 Aufteilung der Aufgaben zwischen Coreso und TSCNET für die Central SOR .....	17
Artikel 16 Rotationsprinzip für regionale Aufgaben .....	19
Artikel 17 Europaweite Rotation für den Netzmodellprozess .....	20
Artikel 18 Europaweite Rotation für die Koordinierung der Nichtverfügbarkeitsplanung .....	20
Artikel 19 Europaweite Rotation für die Erstellung regionaler Prognosen zur Angemessenheit des Stromsystems .....	21
Artikel 20 Sprache .....	21
Anlagen .....	22

## **Präambel**

- (1) Gemäß Artikel 36 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2019/943 über den Elektrizitätsbinnenmarkt (nachfolgend „Verordnung 2019/943“) erarbeitet ENTSO-E einen Antrag zur Festlegung von Netzbetriebsregionen (im Folgenden als „SOR“ bezeichnet) und legt diesen ACER zur Genehmigung vor.
- (2) ACER veröffentlichte am 6. April 2020 seine erste Entscheidung zur Festlegung von SOR (Entscheidung Nr. 10/2020), womit die SOR Mitteleuropa (im Folgenden als „Central SOR“ bezeichnet) eingerichtet wurde, zu der die Kapazitätsberechnungsregionen (im Folgenden als „CCR“ bezeichnet) Core, Italy North und SWE gehören.
- (3) Nach Einspruch von ENTSO-E veröffentlichte ACER am 29. Juni 2021 Entscheidung Nr. 08/2021 zur Festlegung von SOR, die im Vergleich zu Entscheidung Nr. 10/2020 Irland und Nordirland der Central SOR zuordnete.
- (4) Infolge eines erneuten Einspruchs von ENTSO-E zog ACER die Entscheidung Nr. 08/2021 zurück und veröffentlichte am 7. April 2022 die Entscheidung Nr. 05/2022 zur Festlegung von der SOR (nachfolgend „neue SOR-Entscheidung“). Gegenüber der ACER-Entscheidung Nr. 08/2021 umfasst die in der neuen SOR-Entscheidung festgelegte Central SOR nach wie vor die CCR Italy North und Core sowie Irland und Nordirland, jedoch nicht mehr die CCR SWE.
- (5) Dieses Dokument (im Folgenden als „Bestimmungen zur Einrichtung der Central RCC“ bezeichnet) enthält die geänderten Bestimmungen zur Einrichtung der regionalen Koordinierungszentren für die Central SOR (nachfolgend „Central RCC“) gemäß Artikel 35 der Verordnung 2019/943. Dieses Dokument bestätigt die Einrichtung von Coreso und TSCNET als RCC für die Central SOR und ersetzt die bisherige Version der Bestimmungen zur Einrichtung der Central RCC, die von den Regulierungsbehörden der Central SOR im Anschluss an die am 19. Januar 2021 erzielte Einigung genehmigt wurde, mit dem Ziel:
  - a. EirGrid und SONI in die Gruppe der an Coreso teilnehmenden ÜNB der Central SOR aufzunehmen und REE und REN auszuschließen, um die neue SOR-Konfiguration, die sich aus der neuen SOR-Entscheidung ergibt, widerzuspiegeln;
  - b. Creos und VUEN gemäß Artikel 4 Absatz 3 der von den nationalen Regulierungsbehörden am 19. Januar 2021 vereinbarten Bestimmungen zur Einrichtung der Central RCC in die Gruppe der an TSCNET teilnehmenden ÜNB der Central SOR aufzunehmen;

- c. Änderungen am Gesellschaftsvertrag von Coreso gemäß Artikel 8 Absatz 4 der von den nationalen Regulierungsbehörden am 19. Januar 2021 vereinbarten Bestimmungen zur Einrichtung der Central RCC widerzuspiegeln;
  - d. Änderungen am Gesellschaftsvertrag und in der Geschäftsordnung von TSCNET gemäß Artikel 8 Absatz 7 der von den nationalen Regulierungsbehörden am 19. Januar 2021 vereinbarten Bestimmungen zur Einrichtung der Central RCC widerzuspiegeln;
- (6) Diese Bestimmungen zur Einrichtung der Central RCC berücksichtigen die durch die Verordnung 2019/943 definierten allgemeinen Grundsätze und Ziele sowie:
- a. die Richtlinie (EU) 2019/944 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 mit gemeinsamen Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt (nachfolgend: „Richtlinie 2019/944“) und
  - b. sämtliche anwendbaren Netzkodizes und Leitlinien im Sinne der Verordnung 2019/943, erlassen auf Grundlage von Artikel 18 Absatz 5 der Verordnung (EG) Nr. 714/2009, darunter die Verordnung (EU) 2017/1485 vom 2. August 2017 zur Festlegung einer Leitlinie für den Übertragungsnetzbetrieb (nachfolgend „SO-Verordnung“), die Verordnung (EU) 2015/1222 vom 24. Juli 2015 zur Festlegung einer Leitlinie für die Kapazitätsvergabe und das Engpassmanagement (nachfolgend: „CACM-Verordnung“), die Verordnung (EU) 2016/1719 der Kommission vom 26. September 2016 zur Festlegung einer Leitlinie für die Vergabe langfristiger Kapazität (nachfolgend: „FCA-Verordnung“), die Verordnung (EU) 2017/2196 der Kommission vom 24. November 2017 zur Festlegung eines Netzkodex über den Notzustand und den Netzwiederaufbau des Übertragungsnetzes (nachfolgend: „ER-Verordnung“) und die Verordnung (EU) 2017/2195 der Kommission vom 23. November 2017 zur Festlegung einer Leitlinie über den Systemausgleich im Elektrizitätsversorgungssystem (nachfolgend: „EB-Verordnung“), gegebenenfalls jeweils geändert durch die Durchführungsverordnung (EU) 2021/280 vom 22. Februar 2021 zur Änderung der Verordnungen (EU) 2015/1222, (EU) 2016/1719, (EU) 2017/2195 und (EU) 2017/1485, um sie an die Verordnung (EU) 2019/943 anzupassen.
- (7) Im Einklang mit Erwägungsgrund 53 der Verordnung 2019/943 müssen die Bestimmungen zur Einrichtung der Central RCC die bestehenden regionalen Koordinierungsinitiativen wie etwa die bestehenden regionalen Sicherheitskoordinatoren (nachfolgend: „RSC“) und die koordinierten Kapazitätsberechner in den zur Central SOR gehörenden CCR, d.h. CCR Core und CCR Italy North berücksichtigen.
- (8) Die Bestimmungen zur Einrichtung der Central RCC nennen in Artikel 3 die Mitgliedstaaten, in denen die Central RCC voraussichtlich ihren Sitz haben werden, und definieren in Artikel 4 die teilnehmenden ÜNB der einzelnen RCC.
- (9) Die Bestimmungen zur Einrichtung der Central RCC beschreiben in Artikel 5 und Artikel 6 die gemeinsamen organisatorischen und finanziellen Regelungen für beide RCC.
- (10) Ein Umsetzungsplan für die Wahrnehmung der Aufgaben der RCC gemäß Artikel 37 der Verordnung 2019/943 wird in Artikel 7 ausgeführt.
- (11) Die geltenden Anforderungen für die Satzungen der RCC werden in Artikel 8 beschrieben. Der Gesellschaftsvertrag von Coreso und die Satzung von TSCNET, in der geänderten Fassung, die den Anforderungen der Verordnung 2019/943 entspricht, sind den Bestimmungen zur Einrichtung der Central RCC beigelegt. Die geltenden Anforderungen für die Geschäftsordnung der RCC werden in Artikel 9 beschrieben. Die geänderte Fassung der Geschäftsordnung von TSCNET, die den Anforderungen der Verordnung 2019/943 entspricht, ist ebenfalls beigelegt, wohingegen die entsprechende Geschäftsordnung für Coreso direkt in der Satzung enthalten ist.

- (12) Im Einklang mit den Bestimmungen des Artikels 38 der Verordnung 2019/943 beschreiben die Bestimmungen zur Einrichtung der Central RCC die Verfahren für die Zusammenarbeit, wie sie von den RCC bei der Entwicklung der Arbeitsvereinbarungen für die Aufgaben gemäß Artikel 37 der Verordnung 2019/943 im Einklang mit dem anwendbaren Rechtsrahmen (darunter Methoden zur Umsetzung der SO-Verordnung, der CACM-Verordnung und der FCA-Verordnung) zu beachten sind, darunter die anwendbaren Verfahren für den Austausch von Analysen und die Beratung mit den Übertragungsnetzbetreibern in der Netzbetriebsregion, mit Übertragungsnetzbetreibern, die von den Central RCC Dienstleistungen erhalten, und mit relevanten Stakeholdern und anderen regionalen Koordinierungszentren sowie ein Verfahren für die Annahme koordinierter Maßnahmen und Empfehlungen im Sinne von Artikel 42 der Verordnung 2019/943.
- (13) Die Grundlage für die Haftung der Central RCC wird in Artikel 14 ausgeführt.
- (14) Da zwei RCC als Central RCC in der Central SOR eingerichtet werden, wird in Artikel 15 dargelegt, wie die Zuständigkeiten in Bezug auf die einzelnen Aufgaben zwischen ihnen aufgeteilt werden und wie sich das Rotationsprinzip gestaltet.
- (15) Wenn ein in der Central SOR eingerichtetes RCC in (einer) anderen SOR eingerichtet wird, stimmen sich die ÜNB der Central SOR mit den ÜNB der betreffenden anderen SOR ab, um sicherzustellen, dass die Bestimmungen zur Einrichtung der Central RCC mit den Bestimmungen zur Einrichtung des RCC der anderen betroffenen SOR gemäß Artikel 35 der Verordnung 2019/943 vereinbar sind.
- (16) Im Einklang mit Artikel 35 Absatz 2 der Verordnung 2019/943 werden die RCC, nach Genehmigung dieser Bestimmungen zur Einrichtung der Central RCC durch die Regulierungsbehörden der Central SOR, die gemäß SO-Verordnung eingerichteten RSC bis zum 1. Juli 2022 ersetzen.
- (17) Gemäß Anhang I der SOR-Entscheidung haben die ÜNB der Central SOR eine Vereinbarung mit Swissgrid getroffen, in der die Grundlagen für ihre Zusammenarbeit für einen sicheren Netzbetrieb geschaffen und die Einhaltung der Pflichten nach Verordnung 2019/943 durch Swissgrid geregelt werden.

## **Artikel 1**

### **Gegenstand und Anwendungsbereich**

1. Diese Bestimmungen zur Einrichtung der Central RCC dienen dazu, die zwei bestehenden RSC Coreso und TSCNET ab 1. Juli 2022 als RCC für die Central SOR einzurichten.

## **Artikel 2 Begriffsbestimmungen und Auslegung**

1. Die verwendeten Begriffe haben für die Zwecke der Bestimmungen zur Einrichtung der Central RCC die Bedeutung der in Artikel 2 der Verordnung 2019/943, in Artikel 2 der Richtlinie 2019/944, in Artikel 3 der SO-Verordnung und in Artikel 2 der CACM-Verordnung sowie der in anderen anwendbaren Gesetzesvorschriften enthaltenen Definitionen.
2. In diesem Dokument werden die folgenden Akronyme und Abkürzungen verwendet:
  - i Central RCC steht für Coreso und TSCNET in ihrer Eigenschaft als RCC für die Central SOR;
  - ii 50Hertz steht für 50Hertz Transmission GmbH;
  - iii Amprion steht für Amprion GmbH;
  - iv APG steht für Austrian Power Grid AG;
  - v ČEPS steht für ČEPS, a.s.;
  - vi Coreso steht für Coreso SA;
  - vii Creos steht für Creos Luxembourg S.A.;
  - viii ELES steht für ELES, d.o.o.;
  - ix EirGrid steht für EirGrid plc;
  - x Elia steht für Elia Transmission Belgium SA/NV;
  - xi HOPS steht für HOPS d.o.o.;
  - xii MAVIR steht für MAVIR Magyar Villamosenergia-ipari Átviteli Rendszerezirányító Zártkörűen Működő Részvénytársaság;
  - xiii PSE steht für Polskie Sieci Elektroenergetyczne S.A.;
  - xiv RTE steht für Réseau de Transport d'Electricité;
  - xv SEPS steht für Slovenská elektrizačná prenosová sústava, a.s.;
  - xvi SONI steht für System Operator for Northern Ireland Ltd;
  - xvii Swissgrid steht für Swissgrid AG;
  - xviii TenneT DE steht für TenneT TSO GmbH;
  - xix TenneT NL steht für TenneT TSO B.V.;
  - xx Terna steht für Terna - Rete Elettrica Nazionale SpA;
  - xxi Transelectrica steht für C.N. Transelectrica S.A.;
  - xxii TransnetBW steht für TransnetBW GmbH;
  - xxiii TSCNET steht für TSCNET Services GmbH;
  - xxiv VUEN steht für Vorarlberger Übertragungsnetz GmbH;
  - xxv CCR steht für eine gemäß Artikel 15 der CACM-Verordnung definierte Kapazitätsberechnungsregion;
  - xxvi CGM steht für ein gemäß den Artikeln 67 und 70 der SO-Verordnung eingerichtetes Gemeinsames Netzmodell;
  - xxvii OCR steht für Nichtverfügbarkeits-Koordinierungsregion;

- xxviii OPC steht für eine gemäß Titel 3 der SO-Verordnung durchgeführte Nichtverfügbarkeitsplanung;
  - xxix Verordnung 2019/941 steht für Verordnung (EU) 2019/941 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 über die Risikovorsorge im Elektrizitätssektor und zur Aufhebung der Richtlinie 2005/89/EG;
  - xxx SLA steht für Dienstgütevereinbarung;
  - xxxi SOR steht für eine gemäß Artikel 36 der Verordnung 2019/943 definierte Netzbetriebsregion;
  - xxxii STA steht für den Prozess der gemäß Artikel 81 der SO-Verordnung und Artikel 8 der Verordnung 2019/941 durchgeführten kurzfristigen Abschätzung der Angemessenheit.
3. In diesem Dokument gilt Folgendes, es sei denn, der Kontext erfordert etwas anderes:
- a) Die Singularform schließt die Pluralform ein und umgekehrt;
  - b) Das Inhaltsverzeichnis und die Überschriften werden nur aus Gründen der Übersichtlichkeit eingefügt und haben keinen Einfluss auf die Auslegung dieses Dokuments;
  - c) Verweise auf einen „Artikel“ beziehen sich, soweit nicht anders angegeben, auf einen Artikel in diesem Dokument;
  - d) Verweise auf einen „Absatz“ beziehen sich, soweit nicht anders angegeben, auf einen Absatz im selben Artikel dieses Dokuments, in dem er genannt wird; und
  - e) jeder Verweis auf Gesetzgebung, Verordnungen, Richtlinien, Beschlüsse, Urkunden, Kodizes bzw. jede andere gesetzliche Verfügung umfasst alle Modifizierungen, Erweiterungen oder Neufassungen der zum auf den hier bezuggenommenen Zeitpunkt geltenden Fassung.

### **Artikel 3 Einrichtung, Sitz und Rechtsform der RCC**

1. In Anwendung von Artikel 35 Absatz 1 Buchstabe a der Verordnung 2019/943 bestätigen alle ÜNB der Central SOR, dass sie die bestehenden Unternehmen Coreso und TSCNET als Central RCC einrichten und dass deren Sitze in Belgien bzw. Deutschland verbleiben.
2. Die Rechtsform von Coreso ist die naamloze vennootschap/société anonyme [vgl. Aktiengesellschaft, Anmerkung des Übersetzers] nach belgischem Recht, mit Sitz in Brüssel, Belgien. Die Rechtsform von Coreso steht im Einklang mit Artikel 35 Absatz 3 der Verordnung 2019/943 (und Anhang II zur Richtlinie (EU) 2017/1132 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2017 über bestimmte Aspekte des Gesellschaftsrechts, in dem die nach Artikel 35 Absatz 3 der Verordnung 2019/943 zulässigen Gesellschaftsformen aufgeführt sind).
3. Die Rechtsform von TSCNET ist die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) nach deutschem Recht, mit Sitz in München, Deutschland. Die Rechtsform von TSCNET steht im Einklang mit Artikel 35 Absatz 3 der Verordnung 2019/943 (und Anhang II zur Richtlinie (EU) 2017/1132 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2017 über bestimmte Aspekte des Gesellschaftsrechts, in dem die nach Artikel 35 Absatz 3 der Verordnung 2019/943 zulässigen Gesellschaftsformen aufgeführt sind).
4. Als private Unternehmen mit Sitz in EU-Mitgliedstaaten legen die RCC ihre Beteiligungsstruktur selbstständig, jedoch unter Einhaltung des anwendbaren EU- und nationalen Rechts fest.

### **Artikel 4 Teilnehmende Übertragungsnetzbetreiber**

1. Derzeit nehmen die folgenden ÜNB der Central SOR an Coreso teil:
  - a) 50Hertz;
  - b) Elia;



- c) RTE;
  - d) TERNÄ;
  - e) EirGrid; und
  - f) SONI.
2. Derzeit nehmen die folgenden ÜNB der Central SOR an TSCNET teil:
- a) 50Hertz;
  - b) Amprion;
  - c) APG;
  - d) ČEPS;
  - e) Creos
  - f) ELES;
  - g) HOPS;
  - h) MAVIR;
  - i) PSE;
  - j) SEPS;
  - k) TenneT DE;
  - l) TenneT NL;
  - m) Transelectrica;
  - n) TransnetBW; und
  - o) VUEN.
3. Alle teilnehmenden ÜNB beteiligen sich an den Central RCC als Aktionäre bzw. Gesellschafter.
4. Ist ein RCC der Central SOR als RCC in einer anderen SOR eingerichtet, werden die Bedingungen für die Teilnahme der ÜNB dieser SOR an diesem RCC in den Bestimmungen zur Einrichtung des RCC-der entsprechenden SOR festgelegt.

### **Artikel 5 Organisatorische und betriebliche Regelungen**

1. Die organisatorischen Regelungen für die einzelnen Central RCC werden gemäß dem am Ort des RCC-Sitzes geltenden Gesellschaftsrecht, auf Grundlage der bereits eingeführten Arbeitsstrukturen der bestehenden RSC und unter Berücksichtigung der folgenden Anforderungen festgelegt:
  - a) Die RCC werden mit allen personellen, technischen, physischen und finanziellen Ressourcen ausgestattet, die zur Erfüllung ihrer Pflichten gemäß Verordnung 2019/943 und zur unabhängigen, unparteiischen Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlich sind.
  - b) Die RCC müssen in allen Zeitbereichen rund um die Uhr verfügbar sein, um ihre Aufgaben innerhalb der und zwischen den festgelegten CCR oder SOR auszuführen.
  - c) Die RCC verfügen über eine Backup-IT-Umgebung zum Umgang mit Fehlern während der Wahrnehmung der Aufgaben gemäß dem vertraglichen Rahmenwerk.
  - d) Sämtliche mündliche und schriftliche Korrespondenz zwischen den RCC erfolgt in englischer Sprache.
2. Die RCC legen ihre Organisationsstruktur im Einklang mit Artikel 43 Absatz 3 der Verordnung 2019/943 so fest, dass die Pflicht zu Unabhängigkeit und Unparteilichkeit im Sinne von Artikel 45 der Verordnung 2019/943 erfüllt ist. Die RCC handeln in diskriminierungsfreier Weise und gewährleisten so die Gleichbehandlung von Vertragsparteien, die RCC-Aufgaben erhalten.

3. Die RCC erfüllen hinsichtlich Ressourcen die folgenden Bedingungen:
- a) Einstellung von Personal: Die RCC können direkt Personal einstellen oder Personal der ÜNB kann im Rahmen einer vertraglichen Regelung für einen festgelegten Zeitraum an sie abgestellt werden, damit der wirksame Austausch von Know-how und Erfahrung sichergestellt ist.
  - b) Organisation: Die RCC organisieren ihre Ressourcen im Allgemeinen in den folgenden Hauptgeschäftsbereichen:
    - Corporate Services, bestehend aus Spezialisten in den Bereichen Finanzen, Personal und Recht & Compliance;
    - Service Development, bestehend aus Ingenieuren, die zuständig sind für die Entwicklung der von den RCC wahrzunehmenden Aufgaben im Einklang mit dem Verfahren für die Zusammenarbeit im Sinne von Artikel 35 Absatz 1 Buchstabe e der Verordnung 2019/943;
    - Service Operations, bestehend aus Bedienungspersonal, das zuständig ist für die Umsetzung und die Ausführung der Aufgaben, wie im Einklang mit dem Verfahren für die Zusammenarbeit im Sinne von Artikel 35 Absatz 1 Buchstabe e der Verordnung 2019/943 entwickelt. Der Bereich Service Operations ist rund um die Uhr besetzt; und
    - Information Technology Service, bestehend aus IT-Spezialisten, die zuständig sind für die Unterstützung der Entwicklung und der Wahrnehmung der Aufgaben sowie für den Betrieb der IT-Plattformen.
- Die voranstehend genannten Geschäftsbereiche haben Beispielcharakter. Die entsprechende Organisation kann sich mit Blick auf ihre Bezeichnungen, ihren Zweck, ihre Anzahl, ihre Struktur und ihre Spezialisten ändern.
4. Die Schulung und Zertifizierung des für die RCC tätigen Personals erfolgen gemäß der in Artikel 37 Absatz 1 Buchstabe g der Verordnung (EU) 2019/943 genannten Methode für diese Aufgabe.

### **Artikel 6 Finanzielle Regelungen**

1. Die finanziellen Regelungen für die einzelnen Central RCC werden gemäß dem am Ort des RCC-Sitzes geltenden Gesellschaftsrecht und auf Grundlage der bereits eingeführten Arbeitsstrukturen der bestehenden RSC festgelegt.
2. Es gelten die folgenden wesentlichen Bedingungen:
  - a) In Bezug auf betriebliche Ausgaben:
    - (i) Jährlich wird im Einklang mit im Voraus in den jeweiligen SLA festgelegten Verteilungsschlüsseln eine Servicegebühr für die einzelnen Aufgaben berechnet, welche die RCC gemäß Artikel 15 ausführen. Diese Gebühr wird von jedem ÜNB oder anderem Stakeholder, etwa ENTSO-E, für den die jeweilige Aufgabe ausgeführt wird, gezahlt, um die Kosten für die Ausführung der Aufgabe (einschließlich sonstiger Betriebskosten) und gegebenenfalls für die Weiterentwicklung der Aufgabe zu decken.
    - (ii) Um sicherzustellen, dass die RCC ihre Zuständigkeit für die Koordinierung und das allgemeine Funktionieren der RCC erfüllen können, können die teilnehmenden ÜNB der einzelnen Central RCC, mit den anderen Aktionären bzw. Gesellschaftern der RCC, vereinbaren, den RCC eine jährliche Gebühr zur Deckung von unter anderem den Kosten für die Entwicklung der Aufgaben und etwaigen weiteren Betriebskosten zu zahlen. Diese Gebühr wird jährlich von den Aktionären bzw. Gesellschaftern für das Folgejahr festgelegt und am Jahresende überprüft.

- (iii) Die Gebühren unter i. und ii. verstehen sich einschließlich der gesetzlich vorgeschriebenen Gewinnspanne.
  - b) Bezüglich Investitionen in notwendige Instrumente und Ausstattung vereinbaren die teilnehmenden ÜNB der einzelnen Central RCC, mit den anderen Aktionären bzw. Gesellschaftern der RCC, wie finanzielle Engpässe gedeckt werden sollen, um die Mittel des Unternehmens zu erhalten. Für diese konkrete Situation können die RCC, nach Bewilligung des gemäß der Satzung des Rechtsträgers zuständigen Organs, beispielsweise eine Finanzierung bei einer Geschäftsbank beantragen oder die Aktionäre bzw. Gesellschafter um eine Kapitalerhöhung oder die Aufnahme eines Kredits bitten. Dadurch sollen die RCC gemäß Erwägungsgrund 58 der Verordnung 2019/943 in die Lage versetzt werden, ihre allgemeinen Aufgaben auszuführen und in die dafür erforderlichen Instrumente investieren zu können.
3. Die Methoden der Rechnungsprüfung und die Rechnungslegungsvorschriften stehen im Einklang mit Artikel 46 der Verordnung 2019/943, den nationalen rechtlichen Anforderungen und allgemein anerkannten bewährten Verfahren.

### **Artikel 7 Umsetzungsplan**

1. Die Zuständigkeiten und die Erbringung von Dienstleistungen, wie bisher von den RSC in den CCR Core und Italy North übernommen, werden auf die Central RCC übertragen, sobald diese in Betrieb sind und spätestens zum 1. Juli 2022.
2. Die Aufgaben gemäß Artikel 37 Absatz 1 Buchstaben a bis f der Verordnung 2019/943 werden im Einklang mit der CACM-Verordnung, der SO-Verordnung und der ER-Verordnung, darunter die auf deren Grundlage verabschiedeten europaweiten und CCR-bezogenen Methoden, sowie im Einklang mit den Bestimmungen der Artikel 10 bis 13 umgesetzt. Die Aufgaben werden entweder auf Ebene der CCR oder europaweit wahrgenommen. Die Central RCC unterstützen die ÜNB und gegebenenfalls ENTSO-E dabei, die Geschäftslösungen für die erforderlichen IT-Tools zu entwickeln.
3. Die Umsetzung der Aufgaben im Sinne von Artikel 37 Absatz 1 Buchstaben g bis p der Verordnung 2019/943 erfolgt im Einklang mit den Anforderungen gemäß den Artikeln 10 bis 13, wobei Folgendes berücksichtigt wird:
  - a) Die in Artikel 37 Absatz 1 Buchstabe g, h, i, j, k, l, o und p der Verordnung 2019/943 genannten Aufgaben werden, sofern anwendbar und von den Central ÜNB gefordert, im Einklang mit den Methoden hinsichtlich dieser Aufgaben gemäß Artikel 26 Absatz 11 und Artikel 37 Absatz 5 der Verordnung (EG) Nr. 2019/943 wahrgenommen.
  - b) Es erfolgt keine Delegation der Aufgaben in Artikel 37 Absatz 1 Buchstabe m und n an die RCC durch ENTSO-E.

### **Artikel 8 Satzungen**

1. Die Satzungen der Central RCC werden durch die gemäß geltendem Recht einberufenen Hauptversammlungen festgelegt.

#### **Satzung von Coreso**

2. Die Satzung von Coreso (Gesellschaftsvertrag), die diesen Bestimmungen zur Einrichtung der Central RCC beigelegt ist, wurde von der Hauptversammlung gemäß anwendbarem belgisches und europäisches Recht verabschiedet (beigelegt als Anlage I).

3. Die Satzung von Coreso erfüllt die Anforderungen gemäß Verordnung 2019/943:
  - a) Mit der Satzung von Coreso wurde ein Organ eingerichtet, das ein „Vorstand“ nach belgischem Recht ist. Dieses Organ ist dem Verwaltungsrat im Sinne von Artikel 43 Absatz 1 der Verordnung 2019/943 gleichzustellen.
  - b) Gemäß der Satzung von Coreso werden die Geschäfte von Coreso vom Vorstand geführt, dessen Mitglieder von der Hauptversammlung gewählt werden.
  - c) Gemäß der Satzung hat der Vorstand umfassende Befugnis zur Unternehmung aller Handlungen, die zur Erreichung des Unternehmenszwecks erforderlich oder hilfreich sind, mit Ausnahme der Befugnisse, die gesetzlich der Hauptversammlung vorbehalten sind. Dies entspricht Artikel 43 Absatz 3 der Verordnung 2019/943. Zu beachten ist jedoch, dass nach belgischem Gesellschaftsrecht die Befugnis zur Ausarbeitung und Genehmigung der Satzung der Hauptversammlung vorbehalten ist.
  - d) Gemäß der Satzung von Coreso wird die tägliche Geschäftsführung einem Chief Executive Officer (CEO) und gegebenenfalls einem Chief Operation Officer (COO) übertragen, die beide weitreichende Befugnisse in Bezug auf die tägliche Geschäftsführung haben und befugt sind, das Unternehmen im Rahmen der täglichen Geschäftsführung alleine zu vertreten. Dies entspricht Artikel 43 Absatz 4 der Verordnung 2019/943.
4. Nach Festlegung der Satzung von Coreso durch die Hauptversammlung sind etwaige Änderungen daran den Regulierungsbehörden der Central SOR gemäß Artikel 35 Absatz 1 Buchstabe d der Verordnung 2019/943 als Änderung der Bestimmungen zur Einrichtung der Central RCC zur Genehmigung vorzulegen. Um unnötigen Verwaltungsaufwand zu vermeiden, sollten nicht wesentliche Änderungen über einen Zeitraum von mindestens einem Jahr gesammelt und den NRA dann gebündelt zur Genehmigung vorgelegt werden.

#### **Satzung von TSCNET**

5. Die Satzung (Gesellschaftsvertrag) von TSCNET, die diesen Bestimmungen zur Einrichtung der Central RCC beigelegt ist, wurde von der Versammlung der Aktionäre bzw. Gesellschafter gemäß anwendbarem deutschen und europäischen Recht verabschiedet (beigelegt als Anlage II).
6. Die Satzung von TSCNET erfüllt die Anforderungen gemäß Verordnung 2019/943:
  - a) Gemäß Artikel 43 Absatz 1 der Verordnung 2019/943 ist ein Verwaltungsrat eingerichtet.
  - b) Jeder teilnehmende ÜNB von TSCNET ist berechtigt, ausschließlich ein Mitglied des Verwaltungsrats zu ernennen und zu entlassen. Das Verfahren für die Ernennung des Verwaltungsrats stellt sicher, dass die Anforderung gemäß Artikel 43 Absatz 2 der Verordnung 2019/943 eingehalten wird.
  - c) Der Verwaltungsrat ist gemäß Artikel 43 Absatz 3 Buchstabe a der Verordnung 2019/943 unter anderem für die Ausarbeitung und Genehmigung der Satzung und der Geschäftsordnung von TSCNET zuständig. Zu beachten ist jedoch, dass nach deutschem Recht die Befugnis zur Genehmigung der Satzung und etwaiger Satzungsänderungen der Versammlung der Aktionäre bzw. Gesellschafter vorbehalten ist.
  - d) Mit der täglichen Geschäftsführung von TSCNET ist die Geschäftsführung betraut, die aus Geschäftsführern mit technischem oder kaufmännischem Schwerpunkt besteht. Die Geschäftsführer haben weitreichende Befugnis für die tägliche Geschäftsführung und die Befugnis zur Vertretung des Unternehmens im Rahmen der täglichen Geschäftsführung und im Einklang mit der Satzung und der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung.
7. Nach Festlegung der Satzung von TSCNET durch die Versammlung der Aktionäre bzw. Gesellschafter sind etwaige Änderungen daran den Regulierungsbehörden der Central SOR gemäß

Artikel 35 Absatz 1 Buchstabe d der Verordnung 2019/943 als Änderung der Bestimmungen zur Einrichtung der Central RCC zur Genehmigung vorzulegen. Um unnötigen Verwaltungsaufwand zu vermeiden, sollten nicht wesentliche Änderungen über einen Zeitraum von mindestens einem Jahr gesammelt und den NRA dann gebündelt zur Genehmigung vorgelegt werden.

### **Artikel 9 Geschäftsordnung**

1. Die Geschäftsordnungen der Central RCC werden durch die jeweiligen Aktionäre bzw. Gesellschafter festgelegt.

#### **Geschäftsordnung von Coreso**

2. Die Grundsätze der Geschäftsordnung von Coreso sind in der Satzung von Coreso enthalten; die aktuelle Geschäftsordnung erfüllt die Anforderungen gemäß Verordnung 2019/943.
3. Die Bestimmungen gemäß Artikel 8 Absatz 4 gelten für alle Änderungen der durch die jeweiligen Aktionäre bzw. Gesellschafter festgelegten Geschäftsordnung.

#### **Geschäftsordnung von TSCNET**

4. Die Geschäftsordnung für die Geschäftsführer und den Verwaltungsrat von TSCNET, die diesen Bestimmungen zur Einrichtung der Central RCC beigelegt sind, sind von der Versammlung der Aktionäre bzw. Gesellschafter gemäß anwendbarem deutschen und europäischen Recht verabschiedet worden (beigelegt als Anlagen III und IV).
5. Die Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat, die in der vorherigen Fassung der Bestimmungen zur Einrichtung der Central RCC enthalten war, tritt außer Kraft, sobald der Aufsichtsrat von TSCNET nicht mehr existiert, während die Geschäftsordnung für die Geschäftsführung durch die Geschäftsordnung für die Geschäftsführer ersetzt wird.
6. Nachträgliche Änderungen werden den Regulierungsbehörden der Central SOR gemäß Artikel 35 Absatz 1 Buchstabe d der Verordnung 2019/943 als Änderung der Bestimmungen zur Einrichtung der Central RCC zur Genehmigung vorgelegt. Um unnötigen Verwaltungsaufwand zu vermeiden, sollten nicht wesentliche Änderungen über einen Zeitraum von mindestens einem Jahr gesammelt und den NRA dann gebündelt zur Genehmigung vorgelegt werden.

### **Artikel 10 Arbeitsvereinbarungen**

1. Eine Arbeitsvereinbarung ist eine Vereinbarung zwischen einem/mehreren Central RCC und einem/mehreren ÜNB oder zwischen den Central RCC oder zwischen den Central RCC und in anderen SOR eingerichteten RCC in Bezug auf die von den RCC ausgeführten Aufgaben gemäß Verordnung 2019/943.
2. Bei der Entwicklung von Arbeitsvereinbarungen bezüglich Planungs- und Betriebsaspekten innerhalb von und zwischen RCC im Einklang mit Artikel 38 Buchstabe a und Artikel 39 der Verordnung 2019/943 beachten die Central RCC die folgenden Leitlinien bezüglich der Aufgaben gemäß Artikel 37 der Verordnung 2019/943:
  - a) Für die in Artikel 37 Absatz 1 Buchstabe a genannte Aufgabe berücksichtigen die Central RCC die Kapazitätsberechnungsmethode für Day-Ahead und Intraday gemäß Artikel 20 und 21 der CACM-Verordnung, die für jede von der Central SOR abgedeckte CCR oder gegebenenfalls für jede CCR entwickelt wurde, die eine Schnittstelle zwischen der Central SOR und einer angrenzenden SOR bildet.

- b) Für die in Artikel 37 Absatz 1 Buchstabe b genannte Aufgabe berücksichtigen die Central RCC:
  - die Methode zur Koordinierung der Betriebssicherheitsanalyse gemäß Artikel 75 der SO-Verordnung; und
  - jede Methode für die regionale Betriebssicherheitskoordination gemäß Artikel 76 der SO-Verordnung, die für eine von der Central SOR abgedeckte CCR oder gegebenenfalls für eine CCR entwickelt wurde, die eine Schnittstelle zwischen der Central SOR und einer angrenzenden SOR bildet.
- c) Für die in Artikel 37 Absatz 1 Buchstabe c genannte Aufgabe berücksichtigen die Central RCC:
  - die Methode für das gemeinsame Netzmodell gemäß Artikel 17 der CACM-Verordnung;
  - die Methode für das gemeinsame Netzmodell gemäß Artikel 18 der FCA-Verordnung;
  - die Methode für das gemeinsame Netzmodell gemäß Artikel 67 Absatz 1 und Artikel 70 Absatz 1 der SO-Verordnung;
  - jedes Dokument (Methode für das gemeinsame Netzmodell), das eine oder mehrere der oben genannten drei Fassungen der Methoden für das gemeinsame Netzmodell ersetzt.
- d) Für die in Artikel 37 Absatz 1 Buchstabe d genannte Aufgabe berücksichtigen die Central RCC die Bewertung der Kohärenz der relevanten Schutz- und Netzwiederaufbaupläne im Einklang mit Artikel 6 der ER-Verordnung.
- e) Für die in Artikel 37 Absatz 1 Buchstabe e genannte Aufgabe berücksichtigen die Central RCC:
  - die Methode für kurzfristige und saisonale Abschätzungen der Angemessenheit im Einklang mit Artikel 8 der Verordnung 2019/941; und
  - jeden vertraglichen Rahmen (z. B. SLA), der den Betrieb der für die Aufgabe eingeführten Instrumente abdeckt.
- f) Für die in Artikel 37 Absatz 1 Buchstabe f genannte Aufgabe berücksichtigen die Central RCC:
  - die Methode zur Bewertung der Relevanz von Anlagen für die Nichtverfügbarkeits-Koordination im Einklang mit Artikel 84 der SO-Verordnung; und
  - jeden vertraglichen Rahmen (z. B. SLA), der den Betrieb der für die Aufgabe eingeführten Instrumente abdeckt.
- g) Für die in Artikel 37 Absatz 1 Buchstabe g genannte Aufgabe berücksichtigen die Central RCC die Methode gemäß Artikel 37 Absatz 5 der Verordnung 2019/943.
- h) Für die in Artikel 37 Absatz 1 Buchstabe h genannte Aufgabe berücksichtigen die Central RCC die Methode gemäß Artikel 37 Absatz 5 der Verordnung 2019/943, wenn die Aufgabe von den ÜNB der Central SOR angefordert wird.
- i) Für die in Artikel 37 Absatz 1 Buchstabe i genannte Aufgabe berücksichtigen die Central RCC die Methode gemäß Artikel 37 Absatz 5 der Verordnung 2019/943.
- j) Für die in Artikel 37 Absatz 1 Buchstabe j genannte Aufgabe berücksichtigen die Central RCC die Methode gemäß Artikel 37 Absatz 5 der Verordnung 2019/943.
- k) Für die in Artikel 37 Absatz 1 Buchstabe k genannte Aufgabe berücksichtigen die Central RCC die Methode gemäß Artikel 37 Absatz 5 der Verordnung 2019/943, wenn die Aufgabe gemäß der regionalen Vereinbarung zur Beschaffung von Regelleistung durch die ÜNB der Central SOR durchgeführt wird.

- l) Für die in Artikel 37 Absatz 1 Buchstabe l genannte Aufgabe berücksichtigen die Central RCC die Methode gemäß Artikel 37 Absatz 5 der Verordnung 2019/943 und gegebenenfalls die entsprechenden bestehenden Methoden, wenn die Aufgabe von den ÜNB der Central SOR angefordert wird.
  - m) Für die in Artikel 37 Absatz 1 Buchstabe m genannte Aufgabe erarbeiten die Central RCC für den Fall der Einbindung in die von ENTSO-E wahrgenommene Aufgabe Arbeitsvereinbarungen gemäß der im Einklang mit Artikel 6 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2019/941 entwickelte Methode.
  - n) Für die in Artikel 37 Absatz 1 Buchstabe n genannte Aufgabe erarbeiten die Central RCC für den Fall der Einbindung in die von ENTSO-E wahrgenommene Aufgabe Arbeitsvereinbarungen gemäß der im Einklang mit Artikel 9 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2019/941 entwickelte Methode.
  - o) Für die in Artikel 37 Absatz 1 Buchstabe o genannte Aufgabe berücksichtigen die Central RCC die Methode zur Berechnung der maximalen Eintrittskapazität für die grenzüberschreitende Beteiligung im Einklang mit Artikel 26 Absatz 11 der Verordnung 2019/943.
  - p) Für die in Artikel 37 Absatz 1 Buchstabe p genannte Aufgabe berücksichtigen die Central RCC die Methode gemäß Artikel 37 Absatz 5 der Verordnung 2019/943.
  - q) Für all diese Aufgaben berücksichtigen die Central RCC die geltenden bestehenden und künftigen vertraglichen Rahmenbedingungen (z. B. SLA), die für jede von der Central SOR abgedeckte CCR oder gegebenenfalls für jede CCR, die eine Schnittstelle zwischen der Central SOR und einer angrenzenden SOR bildet, festgelegt wurden, sowie Vorschläge, die ENTSO-E gemäß Artikel 37 Absatz 5 der Verordnung 2019/943 erarbeitet.
3. Darüber hinaus berücksichtigen die Central RCC im Einklang mit Anhang I der SOR-Entscheidung die Kapazitätsberechnungsmethode für langfristige Zeitbereiche gemäß Artikel 10 der FCA-Verordnung, die für von der Central SOR abgedeckte CCR oder gegebenenfalls für jede CCR, die eine Schnittstelle zwischen der Central SOR und einer angrenzenden SOR bildet, entwickelt wurde.
  4. Die Central RCC stellen sicher, dass die Arbeitsvereinbarungen Regelungen für die Benachrichtigung betroffener Parteien im Einklang mit Artikel 12 enthalten.
  5. Für alle Aufgaben, die im Sinne von Artikel 15 auf Rotationsbasis ausgeführt werden, legen die Arbeitsvereinbarungen Folgendes fest:
    - a) die Rotationszeiträume;
    - b) die Organisation des Wechsels zwischen zwei aufeinanderfolgenden Rotationszeiträumen; und
    - c) die Kommunikation des Status der einzelnen Central RCC (führendes Central RCC oder Backup-Central-RCC) gegenüber den ÜNB der Central SOR, den anderen ÜNB, die von den Central RCC Dienstleistungen erhalten, und den RCC, die für andere SOR eingerichtet wurden.

### **Artikel 11 Verfahren zur Änderung der Arbeitsvereinbarungen**

1. Für jede der in Artikel 10 genannten Aufgaben wenden das bzw. die Central RCC, die diese Aufgabe übernehmen, bei der Überprüfung der jeweiligen Arbeitsvereinbarungen folgendes Verfahren an:
  - a) Das bzw. die RCC legen den ÜNB der Central SOR und gegebenenfalls den anderen ÜNB, die von den Central RCC Dienstleistungen erhalten, den in anderen Netzbetriebsregionen



eingerrichteten RCC und gegebenenfalls den ÜNB im Sinne von Anhang I der SOR-Entscheidung einen Antrag vor. Das bzw. die Central RCC teilen den oben genannten Parteien die Gründe für ihren Antrag mit.

- b) Der Antrag enthält einen Zeitplan für die Umsetzung.
  - c) Die in Absatz 1 Buchstabe a genannten Parteien haben 3 Monate Zeit, um den Antrag schriftlich anzunehmen, abzulehnen oder Änderungen zu beantragen. Im Falle einer Ablehnung ist die Ablehnung begründet zu erläutern. Auf Anfrage eines teilnehmenden ÜNB kann der Verwaltungsrat/können die Verwaltungsräte des/der RCC die Frist verlängern.
  - d) Das bzw. die RCC berücksichtigen die Rückmeldungen aller in Absatz 1 Buchstabe a genannten Parteien und legen einen Antrag zur Genehmigung durch den/die entsprechenden Verwaltungsrat/Verwaltungsräte vor.
2. Um die Effizienz des Rotationsprinzips für die regionalen Aufgaben im Sinne von Artikel 16 sicherzustellen, evaluieren die ÜNB der Central SOR und die anderen ÜNB, die von den Central RCC Dienstleistungen erhalten, alle zwei Jahre die geltenden Arbeitsvereinbarungen und bestätigen diese für den Folgezeitraum. Zeigen sich bei der Evaluierung Mängel, die eine Änderung der Arbeitsvereinbarungen erfordern, so beruht die Änderung auf den Bestimmungen gemäß Absatz 1. Aktualisierungen und etwaige Mängel werden transparent im Einklang mit Artikel 46 der Verordnung 2019/943 gemeldet.

## **Artikel 12 Austausch von Analysen und Beratung über Day-to-Day-Vorschläge der RCC**

1. Im Rahmen ihrer täglichen Betriebsaufgaben tauschen die Central RCC Analysen aus und beraten über Vorschläge:
- a) mit den ÜNB der Central SOR und mit den anderen ÜNB, die von den Central RCC Dienstleistungen erhalten, im Einklang mit den in Artikel 10 aufgeführten Methoden und im Einklang mit den Anforderungen gemäß Artikel 13 und;
  - b) mit den RCC in der SWE SOR, der Baltic SOR und der SEE SOR oder mit den ÜNB dieser SOR:
    - gegebenenfalls im Einklang mit Artikel 4 Absatz 2, 4 und 5 Anhang I der SOR-Entscheidung;
    - im Einklang mit anwendbaren Bestimmungen und Bedingungen regionenübergreifender Methoden, wie in Artikel 10 aufgeführt, und
    - im Einklang mit den anwendbaren Verfahren und anwendbaren SLA zwischen den ÜNB und mit den RCC, wie in den Bestimmungen zur Einrichtung der RCC in der SWE SOR, der Baltic SOR und der SEE SOR beschrieben;
  - c) mit dem in der Nordic SOR eingerichteten RCC:
    - gegebenenfalls im Einklang mit Artikel 4 Absatz 3 Anhang I der SOR-Entscheidung;
    - im Einklang mit anwendbaren Bestimmungen und Bedingungen regionenübergreifender Methoden, wie in Artikel 10 aufgeführt, und
    - im Einklang mit anwendbaren Verfahren und anwendbaren SLA zwischen ÜNB und mit den RCC, darunter:
      - die koordinierte Kapazitätsberechnung im Einklang mit der Kapazitätsberechnungsmethode für Day-Ahead und Intraday gemäß Artikel 20 und 21 der CACM-Verordnung, die für die Hansa CCR entwickelt wurde;



- die koordinierte Betriebssicherheitsanalyse im Einklang mit der Methode zur Koordinierung der Betriebssicherheitsanalyse gemäß Artikel 75 der SO-Verordnung und der Methode für die regionale Betriebssicherheitskoordination gemäß Artikel 76 der SO-Verordnung, die für die Hansa CCR entwickelt wurde;
  - die gemeinsame Methode für das koordinierte Redispatching und Countertrading gemäß Artikel 35 Absatz 1 der CACM-Verordnung, die für die Hansa CCR entwickelt wurde;
  - die gemeinsame Kostenteilungsmethode für Redispatching und Countertrading gemäß Artikel 74 der CACM-Verordnung, die für die Hansa CCR entwickelt wurde;
  - die gemeinsame Kapazitätsberechnungsmethode für langfristige Zeitbereiche gemäß Artikel 10 der FCA-Verordnung, die für die Hansa CCR entwickelt wurde;
  - das für die Hansa OCR geltende gemeinsame betriebliche Verfahren für die regionale Koordination gemäß Artikel 83 der SO-Verordnung; und
  - Systembetriebsvereinbarungen zwischen den verbundenen ÜNB in der Nordic SOR und der Central SOR.
2. Die ÜNB der Central SOR und Central RCC tauschen sich mit den betreffenden Akteuren zu ihren täglichen Koordinierungsaufgaben aus. Dies erfolgt im Einklang mit den Anforderungen gemäß der SO-Verordnung, der CACM-Verordnung, der FCA-Verordnung und der ER-Verordnung oder gemäß den übrigen anwendbaren Methoden gemäß Artikel 10. Probleme oder Fragen, die in Zusammenhang mit den täglichen Koordinierungsaufgaben auftreten, werden im gemäß Artikel 46 Absatz 4 von Verordnung 2019/943 zu erstellenden Bericht berücksichtigt.
  3. Vor der endgültigen Annahme von koordinierten Maßnahmen oder Empfehlungen aufgrund des in Artikel 13 beschriebenen Verfahrens finden Beratungen mit den in anderen SOR eingerichteten RCC oder mit den ÜNB anderer SOR statt.
  4. Bei Beratungen mit in anderen SOR eingerichteten RCC im Rahmen der täglichen Aufgaben erarbeiten die Central RCC Lösungen, die:
    - a) die Betriebssicherheitsgrenzwerte wahren;
    - b) bei Bedarf die Betriebssicherheitsgrenzwerte wiederherstellen; und
    - c) die Kosten minimieren.

### **Artikel 13 Verfahren zur Annahme und Überprüfung koordinierter Maßnahmen und Empfehlungen**

1. Das Verfahren zur Annahme und Überprüfung koordinierter Maßnahmen und Empfehlungen für die Aufgaben gemäß Artikel 37 Absatz 1 der Verordnung 2019/943, die von den Central RCC übernommen werden, wird im Einklang mit den jeweils bestehenden Methoden gemäß Artikel 10 und im Einklang mit Artikel 42 der Verordnung 2019/943 entwickelt.
2. Für die Aufgaben gemäß Artikel 37 Absatz 1 Buchstaben a und b der Verordnung 2019/943 müssen vor der Bestimmung koordinierter Maßnahmen durch das/die Central RCC alle ÜNB der entsprechenden CCR für alle von der Central SOR abgedeckten CCR bestätigen, dass die von dem/den RCC vorgeschlagene koordinierte Maßnahme sicher, zuverlässig und effizient ist im Sinne von:
  - a) Artikel 35 Absatz 5 und Artikel 42 Absatz 2 der Verordnung 2019/943;
  - b) Artikel 26 der CACM-Verordnung;
  - c) Artikel 17 der Methode zur Koordination der Betriebssicherheitsanalyse gemäß Artikel 75 der SO-Verordnung;

- d) der gemäß Artikel 20 und 21 der CACM-Verordnung für die CCR entwickelten Methode für die Kapazitätsberechnung;
  - e) der gemäß Artikel 76 der SO-Verordnung für die CCR entwickelten Methode für die regionale Betriebssicherheitskoordination; und
  - f) den Bestimmungen der Synchrongebietsrahmenvereinbarung des Synchrongebietes Kontinentaleuropa.
3. Bevor das/die Central RCC koordinierte Maßnahmen für eine oder mehrere der Aufgaben gemäß Artikel 37 Absatz 1 Buchstaben c bis p der Verordnung 2019/943 im Rahmen ihrer Befugnis im Einklang mit Artikel 42 Absatz 6 der Verordnung 2019/943 bestimmt, müssen alle betroffenen ÜNB bestätigen, dass die von dem/den RCC vorgeschlagenen koordinierten Maßnahmen im Sinne von Artikel 35 Absatz 5 und Artikel 42 Absatz 2 der Verordnung 2019/943 sicher, zuverlässig und effizient sind.
  4. Koordinierte Maßnahmen, die von dem/den je nach anwendbarer Methode betroffenen ÜNB nicht bestätigt werden, werden von dem/den Central RCC nicht abgegeben.
  5. Lösen ein oder mehrere ÜNB die Überprüfung koordinierter Maßnahmen oder Empfehlungen für die von dem/den Central RCC ausgeführten Aufgaben aus, begründen sie dies gegenüber dem/den Central RCC und den je nach anwendbarer Methode von dieser Maßnahme oder Empfehlung betroffenen ÜNB und liefern dem/den Central RCC gegebenenfalls aktualisierten Input.
  6. Jeder ÜNB der Central SOR und jeder andere ÜNB, der Dienstleistungen von dem/den Central RCC erhält, löst eine Überprüfung der koordinierten Maßnahmen für die von dem/den Central RCC ausgeführten Aufgaben aus, falls die koordinierten Maßnahmen nicht mehr verfügbar sind. In diesem Fall nehmen das bzw. die Central RCC umgehend Änderungen an den koordinierten Maßnahmen vor, sodass die nicht mehr verfügbaren koordinierten Maßnahmen ausgeschlossen werden.
  7. Bezüglich der von dem/den Central RCC ausgeführten Aufgaben stellen alle ÜNB der Central SOR, alle anderen ÜNB, die Dienstleistungen von der/den Central RCC erhalten, und die Central RCC sicher, dass alle relevanten Informationen mit den von der jeweiligen koordinierten Maßnahme oder Empfehlung betroffenen ÜNB und dem/den Central RCC geteilt werden.

### **Artikel 14 Haftung**

1. Alle Central ÜNB, die Dienstleistungen von einem Central RCC für die in Artikel 37 der Verordnung 2019/943 aufgeführten Aufgaben erhalten, schließen ein SLA mit dem RCC ab. Das Central RCC kann ein ähnliches SLA mit allen anderen ÜNB, die Dienstleistungen von dem RCC beziehen, abschließen. Die SLA enthalten Bestimmungen zur Haftung der RCC gegenüber den ÜNB und in Bezug auf Ansprüche Dritter, jedoch nur insoweit die ÜNB und Dritte betroffen sind.
2. Die Ausführung der Aufgaben konzentriert sich auf das Verhältnis zwischen den Central RCC und ihren bedienten ÜNB. Die Bestimmungen in Artikel 37 der Verordnung 2019/943 sind nicht unmittelbar an Dritte gerichtet. Nichtsdestotrotz kann die Ausführung der Aufgaben der RCC eine Haftung der Central RCC gegenüber Dritten auf Grundlage des Rechts der unerlaubten Handlungen begründen.
3. Die Haftung der Central RCC gegenüber den ÜNB ist durch vertragliche Bestimmungen in dem jeweils geltenden SLA geregelt. Die RCC können für die Ausführung der Aufgaben gemäß Artikel 37 Absatz 1 der Verordnung 2019/943 von den ÜNB haftbar gemacht werden, wenn:
  - a) diese Aufgaben durch ein RCC schlecht oder nicht geleistet werden [wobei Schlecht- und Nichtleistung im Sinne der jeweiligen Methode bewertet werden]; und

- b) dem ÜNB ein Schaden entsteht und dieser Schaden der Schlecht- oder Nichtleistung des RCC zurechenbar ist.
4. Die Rechtsgrundlage für jeden Haftungsanspruch der ÜNB, die Dienstleistungen von dem/den Central RCC erhalten, gegenüber den Central RCC ist nationales Recht, wie gemäß dem jeweiligen SLA anwendbar. Bezüglich der Haftung ist es unerheblich, ob es sich bei dem ÜNB, der einen Haftungsanspruch gegenüber dem Central RCC geltend macht, um einen Anteilseigner des Central RCC handelt, dem der Schaden zurechenbar ist. Etwaige Begrenzungen der Haftung der RCC können im jeweiligen anwendbaren SLA niedergelegt werden.
  5. Die unmittelbare Haftung der Central RCC gegenüber Dritten gründet auf nationalem Recht, insbesondere dem Recht der unerlaubten Handlungen. Die konkrete Haftungsregelung hängt folglich von dem anwendbaren nationalen Recht ab, das sich grundsätzlich entweder nach dem Sitz des den Schaden verursachenden Central RCC oder nach dem Schadensort richtet. Aus rechtlicher Sicht ist es grundsätzlich nicht zulässig, die Haftung gegenüber Dritten aufgrund des Rechts der unerlaubten Handlungen zu beschränken.
  6. Für den Fall, dass ein Drittanspruch gegen ein Central RCC geltend gemacht wird und eine andere Partei zu dem Schaden beigetragen hat, erfolgt die Feststellung des Umfangs des Schadensbeitrags anhand der vertraglichen Vereinbarungen.
  7. Auf Grundlage des geschätzten Gefährdungspotenzials der Central RCC werden die folgenden Maßnahmen zur Deckung der Haftung im Zusammenhang mit der Wahrnehmung der Aufgaben der RCC unternommen:
    - a) Beschränkung der Haftung des betreffenden Central RCC für in den SLA festgelegte Fälle; und
    - b) die Central RCC verfügen (sofern möglich) über geeigneten Versicherungsschutz gegen Verluste und Schäden, um Haftungsfälle gemäß den SLA mit ihren jeweiligen Kunden (ÜNB oder andere RCC) abzudecken sowie über Versicherungsschutz zur Abdeckung der Haftung der RCC gegenüber Dritten.
  8. Die Central RCC haften nicht für Katastrophenereignisse, die zu Blackouts in der gesamten Central SOR führen könnten, wenn sie die Folge höherer Gewalt sind. RCCs, die höhere Gewalt geltend machen, können nicht für Schäden verantwortlich oder haftbar gemacht werden, die daraus resultieren, dass sie einen Teil ihrer Pflichten oder all ihre Pflichten nicht oder mangelhaft erfüllt haben, wenn dies die Folge höherer Gewalt ist.

## **Artikel 15 Aufteilung der Aufgaben zwischen Coreso und TSCNET für die Central SOR**

### **Aufgabe (a) – Kapazitätsberechnung**

1. Coreso und TSCNET führen die koordinierte Kapazitätsberechnung für die CCR Core auf Rotationsbasis über den in Artikel 10 definierten vorgegebenen Zeitraum durch.
2. Coreso und TSCNET führen die koordinierte Kapazitätsberechnung für die CCR Italy North auf Rotationsbasis über den in Artikel 10 definierten vorgegebenen Zeitraum durch.

### **Aufgabe (b) – Koordinierte Sicherheitsanalyse**

3. Coreso und TSCNET führen die koordinierte Sicherheitsanalyse für die CCR Core auf Rotationsbasis über den in Artikel 10 definierten vorgegebenen Zeitraum durch.
4. Coreso und TSCNET führen die koordinierte Sicherheitsanalyse für die CCR Italy North auf Rotationsbasis über den in Artikel 10 definierten vorgegebenen Zeitraum durch.

#### **Aufgabe (c) – Gemeinsames Netzmodell**

5. Coreso und TSCNET nehmen die Aufgabe der Schaffung gemeinsamer Netzmodelle in europaweiter Rotation mit in anderen SOR eingerichteten RCC im Einklang mit Artikel 17 wahr.

#### **Aufgabe (d) – Unterstützung der Kohärenz der relevanten Schutz- und Wiederaufbaupläne**

6. Coreso und TSCNET unterstützen die Bewertung der Kohärenz der relevanten Schutz- und Netzwiederaufbaupläne.

#### **Aufgabe (e) – Week-ahead- und Day-ahead-Angemessenheitsprognose**

7. Coreso nimmt die Aufgabe der Erstellung regionaler Prognosen zur Angemessenheit des Stromsystems für den Week-Ahead- bis mindestens zum Day-Ahead-Zeitbereich und der Vorbereitung von Maßnahmen zur Risikominderung für den europaweiten Prozess in europaweiter Rotation mit in anderen SOR eingerichteten RCC im Einklang mit Artikel 19 und auf allen regionalen Ebenen für die gesamte Central SOR (Core und Italy North) wahr.

#### **Aufgabe (f) – Koordinierung der Nichtverfügbarkeitsplanung**

8. TSCNET nimmt die Aufgabe der Koordinierung der Nichtverfügbarkeitsplanung für den europaweiten Prozess in europaweiter Rotation mit in anderen SOR eingerichteten RCC im Einklang mit Artikel 18 und für regionale Prozesse für die OCR Core und die OCR Italy North wahr.

#### **Aufgabe (g) – Ausbildung und Zertifizierung des Personals**

9. Coreso und TSCNET übernehmen Ausbildung und Zertifizierung des Personals, das für die regionalen Koordinierungszentren arbeitet.

#### **Aufgabe (h) – Unterstützung der Koordinierung und Optimierung des regionalen Netzwiederaufbaus**

10. Bevor die ÜNB der Central SOR entscheiden können, ob sie die Aufgabe der regionalen Unterstützung der Koordinierung und Optimierung des regionalen Wiederaufbaus anfordern und den Central RCC zuweisen, wird ein Antrag gemäß Artikel 37 Absatz 5 der Verordnung 2019/943 erstellt. Sobald der Antrag vorliegt, beschreiben die ÜNB der Central SOR die Vereinbarungen zur klaren Verteilung der Zuständigkeiten an Coreso und TSCNET und die Verfahren zur Durchführung dieser Aufgabe, wenn die Aufgabe von den ÜNB der Central SOR angefordert wird.
11. Beschließen die ÜNB der Central SOR, die Aufgabe anzufordern, legen sie den Regulierungsbehörden der Central SOR eine Änderung dieser Bestimmungen zur Einrichtung der Central RCC vor, um diese Aufgaben entsprechend zwischen Coreso und TSCNET aufzuteilen.

#### **Aufgabe (i) – Nachträgliche Betriebs- und Störungsanalyse einschließlich Berichterstattung**

12. Coreso und TSCNET führen gegebenenfalls die nachträgliche Betriebs- und Störungsanalyse und die entsprechende Berichterstattung gemäß der im Einklang mit Artikel 37 Absatz 5 der Verordnung (EU) 2019/943 entwickelten und von ACER genehmigten Methode durch.

#### **Aufgaben (j) und (k) – Bestimmung der Höhe der Reservekapazität in der Region und Erleichterung der Beschaffung von Regelleistung**

13. Bevor die ÜNB der Central SOR den Central RCC die Bestimmung der Höhe der Reservekapazität in der Region und die Erleichterung der regionalen Beschaffung von Regelleistung zuweisen können, wird ein Antrag gemäß Artikel 37 Absatz 5 der Verordnung 2019/943 erstellt. Sobald der Antrag vorliegt, beschreiben die ÜNB der Central SOR die Vereinbarungen zur klaren Verteilung der Zuständigkeiten an Coreso und TSCNET und die Verfahren zur Durchführung dieser Aufgaben.
14. Vier Monate nach Genehmigung der Vorschläge gemäß Artikel 37 Absatz 5 der Verordnung 2019/943 legen die ÜNB der Central SOR den Regulierungsbehörden der Central SOR eine

Änderung dieser Bestimmungen zur Einrichtung der Central RCC vor, um diese Aufgaben entsprechend zwischen Coreso und TSCNET aufzuteilen.

**Aufgabe (l) – Auf Antrag der Übertragungsnetzbetreiber Unterstützung der Übertragungsnetzbetreiber bei der Optimierung der Abrechnungen zwischen Übertragungsnetzbetreibern**

15. Bevor die ÜNB der Central SOR entscheiden können, ob sie die Aufgabe der Unterstützung bei der Optimierung der Abrechnungen zwischen Übertragungsnetzbetreibern anfordern und den Central RCC zuweisen, wird ein Antrag gemäß Artikel 37 Absatz 5 der Verordnung 2019/943 erstellt. Sobald der Antrag vorliegt, beschreiben die ÜNB der Central SOR die Vereinbarungen zur klaren Verteilung der Zuständigkeiten an Coreso und TSCNET und die Verfahren zur Durchführung dieser Aufgabe, wenn die Aufgabe von den ÜNB der Central SOR angefordert wird.
16. Beschließen die ÜNB der Central SOR, die Aufgabe anzufordern, legen sie den Regulierungsbehörden der Central SOR eine Änderung dieser Bestimmungen zur Einrichtung der Central RCC vor, um diese Aufgaben entsprechend zwischen Coreso und TSCNET aufzuteilen.

**Aufgabe (o) – Berechnung des Werts der maximalen Eintrittskapazität**

17. Coreso und TSCNET führen die Berechnung des Werts der maximalen Eintrittskapazität, die für die Beteiligung ausländischer Kapazitäten an Kapazitätsmechanismen zur Verfügung steht, zum Zweck der Abgabe einer Empfehlung nach Artikel 26 Absatz 7 der Verordnung 2019/943 im Einklang mit Artikel 10 Absatz 2 Buchstabe o durch.

**Aufgabe (p) – Unterstützung bei der Ermittlung des Bedarfs an Übertragungskapazitäten**

18. Coreso und TSCNET übernehmen Aufgaben zur Unterstützung der ÜNB der Central SOR und der anderen ÜNB, die diese Dienstleistung von den Central RCC erhalten, bei der Ermittlung des Bedarfs an neuen Übertragungskapazitäten, der Modernisierung bestehender Übertragungskapazitäten oder deren Alternativen, die den gemäß der Verordnung (EU) Nr. 347/2013 entsprechend eingerichteten regionalen Gruppen gemäß Artikel 10 Absatz 2 Buchstabe p vorzulegen und in den zehnjährigen Netzentwicklungsplan gemäß Artikel 51 der Richtlinie (EU) 2019/944 aufzunehmen sind.

**Langzeitkapazitätsberechnung**

19. Obwohl dies durch Artikel 37 Absatz 1 der Verordnung 2019/943 nicht vorgegeben wird, führen Coreso und TSCNET die Langzeitkapazitätsberechnung im Einklang mit der FCA-Verordnung durch.
20. Coreso und TSCNET führen die koordinierte Langzeitkapazitätsberechnung für die Core CCR auf Rotationsbasis über den in Artikel 16 definierten vorgegebenen Zeitraum durch.
21. Coreso und TSCNET führen die koordinierte Langzeitkapazitätsberechnung für die CCR Italy North auf Rotationsbasis über den in Artikel 16 definierten vorgegebenen Zeitraum durch.

**Zuweisung von Aufgaben an EirGrid und SONI**

22. EirGrid und SONI sind Teil der Central Europe SOR, jedoch werden ihre Verpflichtungen bezüglich der Aufgaben der RCC gemäß der SOR-Entscheidung erst mit Inbetriebnahme des Celtic-Interkonnektors wirksam. Gegebenenfalls passen die Central ÜNB diesen Artikel spätestens sechs Monate vor Inbetriebnahme des Celtic-Interkonnektors an, um die Aufgabenzuweisung für EirGrid und SONI festzulegen.

**Artikel 16 Rotationsprinzip für regionale Aufgaben**

1. Coreso und TSCNET übernehmen abwechselnd jeweils für vorab festgelegte Zeiträume die Aufgaben des führenden und des Backup-RCC.

2. Das führende RCC ist für die effektive und effiziente Durchführung der Aufgabe über einen vorgegebenen Zeitraum verantwortlich und zuständig. Das Backup-RCC ist für die Unterstützung des führenden RCC zuständig, um die Effektivität der Aufgabe für die entsprechenden ÜNB, die diese Dienstleistung entweder von Coreso oder TSCNET erhalten, zu gewährleisten. Diese Unterstützung kann von dem führenden RCC angefragt oder von dem Backup-RCC vorgeschlagen werden.
3. Für jede auf Rotationsbasis durchgeführte Aufgabe gewährleistet das führende RCC mit Unterstützung des Backup-RCC die Koordinierung mit den entsprechenden ÜNB, die von Coreso und TSCNET Dienstleistungen erhalten.
4. Die Länge des vorgegebenen Zeitraums hängt von der auf Rotationsbasis durchgeführten Aufgabe und der CCR ab und wird im Einklang mit den Bestimmungen von Artikel 10 Absatz 5 festgelegt.

### **Artikel 17 Europaweite Rotation für den Netzmodellprozess**

1. Die Central RCC übernehmen die Aufgabe der Schaffung gemeinsamer Netzmodelle in einem europaweiten Prozess auf Grundlage eines auf ENTSO-E-Ebene vereinbarten europaweiten Rotationsprinzips. Die Grundsätze dieser europaweiten Rotation für die Schaffung gemeinsamer Netzmodelle sind wie folgt:
  - a) Mindestens zwei RCC nehmen an dem europaweiten Prozess zur Schaffung gemeinsamer Netzmodelle teil.
  - b) Das organisatorische Modell für die Beteiligung am Prozess der Schaffung gemeinsamer Netzmodelle durch die RCC basiert auf der Rotation zu einem vereinbarten Datum, wobei regelmäßig zu jeder Zeit ein führendes RCC und ein Backup-RCC ein Netzmodell aufbauen und bereitstellen.
  - c) Jedes RCC prüft die Qualität der Einzelnetzmodelle gemäß Artikel 79 Absatz 1 der SO-Verordnung und der maßgeblichen Bestimmungen der CACM-Verordnung und der FCA-Verordnung.
  - d) Es werden stets mindestens zwei zusammengeführte gemeinsame Netzmodelle parallel für jedes Szenario / jeden Zeitbereich / jeden Zeitstempel geschaffen, und zwar eines vom führenden RCC und eines vom Backup-RCC.
  - e) Im Verlauf des regulären Prozesses wird nur ein zusammengeführtes gemeinsames Netzmodell, das vom führenden RCC gelieferte, offiziell als gemeinsames Netzmodell ausgewiesen. Für den Fall, dass das führende RCC die Funktion nicht erfüllen kann, wird das vom Backup-RCC gelieferte zusammengeführte gemeinsame Netzmodell als offizielles gemeinsames Netzmodell ausgewiesen.
  - f) Alle relevanten offiziellen Aufgaben im Sinne von Artikel 37 Absatz 1 der Verordnung 2019/943 (sowohl auf europawerter als auf regionaler Ebene) nutzen als Input das zusammengeführte gemeinsame Netzmodell, das offiziell als gemeinsames Netzmodell ausgewiesen wird.

### **Artikel 18 Europaweite Rotation für die Koordinierung der Nichtverfügbarkeitsplanung**

1. TSCNET übernimmt die Koordinierung der Nichtverfügbarkeitsplanung in einem europaweiten Prozess auf Grundlage eines auf ENTSO-E-Ebene vereinbarten europaweiten Rotationsprinzips. Die Grundsätze dieser europaweiten Rotation für die Koordinierung der Nichtverfügbarkeitsplanung sind wie folgt:



- a) Mindestens zwei RCC nehmen an dem europaweiten Prozess zur Koordinierung der Nichtverfügbarkeitsplanung teil.
- b) Das organisatorische Modell für die Beteiligung am europaweiten Prozess zur Koordinierung der Nichtverfügbarkeitsplanung durch die RCC basiert auf der Rotation zu einem vereinbarten Datum, mit jährlicher und wöchentlicher Zusammenführung der individuellen Nichtverfügbarkeitsplanungen der ÜNB durch ein führendes RCC und ein Backup-RCC. Das führende RCC prüft die Qualität der Zusammenführung der individuellen Nichtverfügbarkeitsplanungen der ÜNB.
- c) Das organisatorische Modell für die Beteiligung am Prozess der Koordinierung maßgeblicher Anlagen für die Nichtverfügbarkeitsplanung durch die RCC basiert auf der Rotation zu einem vereinbarten Datum, wie dem Regelwerk zur Koordinierung der Nichtverfügbarkeitsplanung beigelegt, mit Erstellung und Veröffentlichung der endgültigen Liste maßgeblicher Anlagen für die Koordinierung der Nichtverfügbarkeitsplanung durch ein führendes RCC und ein Backup-RCC.
- d) Für den Fall, dass das führende RCC die Funktion nicht erfüllen kann, übernimmt das Backup-RCC diese Rolle.

### **Artikel 19 Europaweite Rotation für die Erstellung regionaler Prognosen zur Angemessenheit des Stromsystems**

1. Coreso übernimmt die Erstellung regionaler Prognosen zur Angemessenheit des Stromsystems für den Week-Ahead- bis mindestens zum Day-Ahead-Zeitbereich und die Vorbereitung von Maßnahmen zur Risikominderung in einem europaweiten Prozess auf Grundlage eines auf ENTSO-E-Ebene vereinbarten europaweiten Rotationsprinzips. Die Grundsätze dieser europaweiten Rotation für die Erstellung regionaler Prognosen zur Angemessenheit des Stromsystems sind wie folgt:
  - a) Mindestens zwei RCC nehmen an dem europaweiten Prozess zur Erstellung regionaler Prognosen zur Angemessenheit des Stromsystems teil.
  - b) Das organisatorische Modell für die Beteiligung am europaweiten Prozess zur Erstellung regionaler Prognosen zur Angemessenheit des Stromsystems durch die RCC basiert auf der Rotation zu einem vereinbarten Datum, wobei ein führendes RCC und ein Backup-RCC eine regionenübergreifende Angemessenheitsbewertung durchführen, um auf ENTSO-E-Ebene auf Situationen hinzuweisen, in denen mit mangelnder Angemessenheit zu rechnen ist. Im Falle mangelnder Angemessenheit oder auf Anfrage eines ÜNB setzt das führende RCC das betreffende regionale RCC zwecks Initiierung des regionalen Prozesses in Kenntnis.
  - c) Für den Fall, dass das führende RCC die Funktion nicht erfüllen kann, übernimmt das Backup-RCC diese Rolle.

### **Artikel 20 Sprache**

1. Die Referenzsprache für diese Bestimmungen zur Einrichtung der Central RCC ist Englisch. Sofern ÜNB dieses Dokument in ihre Landessprache(n) übersetzen müssen, sind die zuständigen ÜNB verpflichtet, bei Abweichungen zwischen der englischen Version und jeder Version in einer anderen Sprache den zuständigen nationalen Regulierungsbehörden gemäß den geltenden nationalen Vorschriften eine aktualisierte Übersetzung dieser Bestimmungen vorzulegen.

## **Anhänge**

Anhang I: Geänderter Gesellschaftsvertrag von Coreso vom 29. März 2022

Anhang II: Geänderte Satzung von TSCNET vom 10. Februar 2022

Anhang III: Geschäftsordnung für die Geschäftsführer von TSCNET

Anhang IV: Geschäftsordnung für den Verwaltungsrat von TSCNET



## **SATZUNG**

### **Kapitel I. Rechtsform – Name – Sitz – Gegenstand des Unternehmens – Dauer**

#### **Artikel 1 – Rechtsform – Name**

Die Gesellschaft wird als Aktiengesellschaft („Société Anonyme“) gegründet. Der Name der Gesellschaft lautet „Coreso“.

#### **Artikel 2 – Sitz**

Der Sitz der Gesellschaft liegt in der Region Brüssel-Hauptstadt.

Er kann durch Beschluss des Verwaltungsrates an jeden anderen Ort in der Region Brüssel-Hauptstadt verlegt werden. Jede Verlegung des Geschäftssitzes wird im Anhang zum belgischen Amtsblatt veröffentlicht.

Die Gesellschaft kann – durch Beschluss des Verwaltungsrates – Betriebsstätten, Verwaltungsbüros, Zweigniederlassungen, Vertretungen und Tochtergesellschaften in Belgien oder im Ausland errichten oder verlegen.

#### **Artikel 3 – Gegenstand des Unternehmens**

Unbeschadet der ausschließlich an die jeweiligen Aktionäre in deren Eigenschaft als Übertragungsnetzbetreiber („ÜNB“) nach dem auf diese jeweils anwendbaren Recht übertragenen Aufgaben, ist der Gegenstand des Unternehmens der Gesellschaft die Steigerung der Stromversorgungssicherheit.

Für die Zwecke der vorliegenden Satzung bezeichnen die Begriffe „europäischer Übertragungsnetzbetreiber“ und „europäischer ÜNB“ einen ÜNB, der entweder Mitglied, assoziiertes Mitglied oder beobachtendes Mitglied des Verbands Europäischer Übertragungsnetzbetreiber für Strom („ENTSO-E“) ist. Im Kontext von ENTSO-E haben die Begriffe „Mitglied“, „assoziertes Mitglied“ und „beobachtendes Mitglied“ die ihnen jeweils in der Satzung von ENTSO-E zugewiesene Bedeutung.

Für die Zwecke der vorliegenden Satzung bezeichnet der Begriff „teilnehmender ÜNB“ einen ÜNB, der seinen Sitz in einer Netzbetriebsregion („SOR“) hat, in der Coreso zur Umsetzung von Artikel 35 der Verordnung 2019/943 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 über den Elektrizitätsbinnenmarkt als RCC eingerichtet wurde.

Vor diesem Hintergrund umfasst der Gegenstand der Unternehmensder Gesellschaft ohne Einschränkung:

- die Verbesserung der Koordination betrieblicher Aktivitäten zwischen allen ÜNB,
- die Unterstützung bestimmter technischer ÜNB-Dienstleistungen in Bezug auf die Versorgungssicherheit im Rahmen der Weiterentwicklung der Wirksamkeit von Strommärkten,
- die Verbesserung der Sicherheit und Zuverlässigkeit von Stromübertragungssystemen in den betroffenen Regelzonen,
- die Untersuchung, Beobachtung und den Austausch unterschiedlicher Betriebssituationen und Sicherheitsregeln, um die ÜNB dabei zu unterstützen, das System auf breiterer Ebene zu überblicken und Notfallsituationen vorherzusehen bzw. zu lösen,
- die Erbringung jeglicher einschlägiger Dienstleistungen, wie Sicherheitsanalysen, Koordination, Vorbereitung bzw. Analyse nachbehandelter Daten, Ereignisse und Meldungen, Erarbeitung und Auswertung von Empfehlungen, Ratschlägen und Warnungen für jegliche einschlägigen Betreiber,
- die Erbringung von Leistungen und die Bereitstellung von Datendiensten im Rahmen der Strommarktmechanismen,
- jegliches Beratungsmanagement oder unterstützende Tätigkeiten in Bezug auf das Vorgenannte,
- die Entwicklung von entsprechenden Tools, Methoden bzw. Systeme in Bezug auf das Vorgenannte,
- die Unterstützung der ÜNB durch die Wahrnehmung von RCC-Aufgaben.

Die Gesellschaft kann sich darüber hinaus im Wege der Beteiligung, Einlage, eines Joint Ventures oder auf anderem Wege an jedem Unternehmen beteiligen, das einen ähnlichen bzw. ergänzenden Unternehmensgegenstand verfolgt oder der Entwicklung des eigenen Unternehmensgegenstandes förderlich ist.

Die Gesellschaft kann ferner jegliche Tätigkeiten ausführen, die ihren Unternehmensgegenstand unterstützen, einschließlich des Erwerbs – durch Kauf oder auf anderem Wege – des Verkaufs, Tausches oder der Verbesserung der Ausstattung und der Anordnung von beweglichem, materiellen oder immateriellen bzw. unbeweglichem Vermögen. Darüber hinaus kann sie jedes beliebige Joint-Venture begründen.

## **Artikel 4 – Dauer**

Die Gesellschaft wird auf unbestimmte Dauer gegründet.

## **Kapitel II. Kapital – Aktien – Anleihen**

### **Artikel 5 – Grundkapital**

Das Grundkapital beläuft sich auf eine Million EUR (1.000.000) und ist vollständig eingezahlt.

Es wird durch 15.210 Aktien ohne Nennwert abgebildet, die Stimmrechte tragen und jeweils einen gleichen Teil des Kapitals (d. h. 1/15.210) vertreten.

### **Artikel 6 – Art der Aktien**

Die Aktien sind und bleiben Namensaktien.

Die Inhaberschaft der Aktien ist durch die Eintragung im Namensaktienregister nachzuweisen. Bescheinigungen über eine derartige Eintragung sind den Aktionären auf Antrag der eingetragenen Person durch den Verwaltungsrat auszustellen.

Jegliche Übertragungen von Aktien wie in nachstehendem Artikel 10.2 definiert sind erst nach Eintragung der Übertragungserklärung im Namensaktienregister wirksam, die von dem Übertragenden und dem Übertragungsempfänger oder von deren Bevollmächtigten zu datieren und zu unterzeichnen ist.

Die Aktien sind gegenüber der Gesellschaft unteilbar und müssen frei von jedweder Belastung – z. B. Verpfändungen – bzw. sonstigen Beschränkungen hinsichtlich der Ausübung der mit ihnen verbundenen Rechte durch den eingetragenen Aktionär bleiben.

### **Artikel 7 – Kapitalerhöhung durch Bareinlage**

Im Fall einer Kapitalerhöhung sind die neu in bar zu zeichnenden Aktien zunächst den bestehenden Aktionären anteilig im Verhältnis zu dem durch ihre Aktien vertretenen Kapitalanteil anzubieten.

Das Vorzugszeichnungsrecht kann innerhalb einer Frist von mindestens fünfzehn Tagen ab dem Datum der Eröffnung der Zeichnung ausgeübt werden. Die maßgebliche Frist ist von der Hauptversammlung bzw. – bei einem Beschluss einer Kapitalerhöhung im Rahmen des genehmigten Kapitals – vom Verwaltungsrat zu bestimmen.

Eine Ausgabe mit Vorzugszeichnungsrecht und die Frist, innerhalb derer das Vorzugszeichnungsrecht ausgeübt werden kann, sind übereinstimmend mit Artikel 7:189 des Gesellschaftsgesetzbuches (Code des Sociétés et des Associations) bekanntzugeben.

Die Übertragbarkeit von Zeichnungsrechten kann nur denselben

Beschränkungen unterliegen, die für die Wertpapiere gelten, auf die die Zeichnungsrechte sich beziehen.

Nach Ablauf der Frist zur Ausübung der Zeichnungsrechte ist der Verwaltungsrat berechtigt, darüber zu entscheiden, ob die nicht bzw. nur teilweise ausgeübten Vorzugszeichnungsrechte den bestehenden Aktionären zufallen, die ihre Rechte bereits ausgeübt haben. Der Verwaltungsrat bestimmt darüber hinaus die Modalitäten für diese Zeichnung.

Die Hauptversammlung kann – übereinstimmend mit den Bestimmungen zu der für eine Satzungsänderung erforderlichen Beschlussfähigkeit und Mehrheit – das Vorzugszeichnungsrecht im Interesse der Gesellschaft beschränken oder aufheben. Der diesbezügliche Beschlussvorschlag ist in der Einberufungsmitteilung ausdrücklich aufzuführen.

In diesem Fall haben der Verwaltungsrat und der gesetzliche Abschlussprüfer bzw. – in dessen Abwesenheit – ein vom Verwaltungsrat bestellter Wirtschaftsprüfer oder externer Buchprüfer die in Artikel 7:191 des Gesellschaftsgesetzbuches vorgesehenen Berichte zu verfassen.

Im Fall einer Beschränkung oder Aufhebung des Vorzugszeichnungsrechtes kann die Hauptversammlung bestimmen, dass den bisherigen Aktionären bei der Zuteilung der neu ausgegebenen Aktien Priorität eingeräumt wird. In diesem Fall muss sich die Zeichnungsfrist auf zehn Tage belaufen.

Sofern eine Beschränkung bzw. Aufhebung des Vorzugszeichnungsrechtes zu Gunsten einer oder mehrerer benannter Person(en) erfolgt, die nicht Mitarbeitende der Gesellschaft oder einer ihrer Tochtergesellschaften ist/sind, sind die in Artikel 7:193 des Gesellschaftsgesetzbuches aufgeführten Bedingungen zu beachten.

## **Artikel 8 – Kapitalerhöhung durch Sacheinlage**

Ungeachtet Artikel 7:11 des Gesellschaftsgesetzbuches müssen Sacheinlagen zum Zeitpunkt der Zeichnung vollständig einbezahlt sein.

## **Artikel 9 – Anforderung von Zahlungen auf Aktien**

Zahlungen auf nicht vollständig eingezahlte Aktien müssen übereinstimmend mit den Anforderungen des Gesellschaftsgesetzbuches an einem Ort und Termin erfolgen, deren Festsetzung in die alleinige Kompetenz des Verwaltungsrates fällt. Die mit nicht fristgerecht eingezahlten Aktien verbundenen Aktionärsrechte werden bis zur Erfüllung der ordnungsgemäß angeforderten und fälligen Zahlungen ausgesetzt.

## Artikel 10 – Übertragung von Aktien

- 10.1. Der in diesem Artikel 10.1 verwendete Begriff der „**Übertragung**“ hat dieselbe Bedeutung wie der in Artikel 10.2 definierte Begriff „Übertragung“.

Übertragungen (i) aller Aktien eines Aktionärs (ii) an eine juristische Person, die zu mindestens 98 % von dem betreffenden Aktionär kontrolliert wird (das „**juristische Person im Vollbesitz**“) sind nicht Gegenstand der in diesem Artikel 10 dargelegten sonstigen Übertragungsbeschränkungen, vorausgesetzt, dass die juristische Person im Vollbesitz zunächst schriftlich gegenüber der Gesellschaft die gesamtschuldnerische Haftung in Bezug auf jegliche Vereinbarung akzeptiert, die der Übertragende als Partei abgeschlossen hat. Diese Zusage ist der Gesellschaft mit der Anzeige der Übertragung von Aktien bekanntzugeben. Die juristische Person im Vollbesitz muss die ÜNB-Tätigkeiten nicht ausüben. Der Übertragende hat sicherzustellen, dass die juristische Person im Vollbesitz für den Fall, dass es nicht länger eine juristische Person im Vollbesitz des Übertragenden ist, unmittelbar vor dem Eigentumswechsel die Aktien zurück an den Übertragenden bzw. ein anderes eigenes Unternehmen desselben überträgt.

- 10.2. Entgeltliche bzw. unentgeltliche Übertragungen sowie Aktienübertragungen in jeglicher Form, unter anderem Unternehmenseinlagen, Angebote, Verschmelzungen, Übernahmen, Entflechtungen von Unternehmen, Einlagen durch Zweigniederlassungen, Austausche, Versteigerungen – insbesondere nach einer Pfändung oder Verpfändung – sowie alle weiteren Übertragungen der betreffenden Aktien und die Errichtung sämtlicher dinglichen Rechte jeglicher Art über dieselben (die „**Übertragungen**“) unterliegen den nachfolgend und vorstehend in Artikel 10 aufgeführten Beschränkungen.

### 10.2.a) Allgemeines

In Anbetracht des Unternehmensgegenstandes der Gesellschaft sowie der Tatsache, dass dieser sich auf Aufgaben bezieht, die den Aktionären durch deren nationale Regulierungsbehörden übertragen werden, dürfen Aktien der Gesellschaft ausschließlich an Unternehmen übertragen werden, die als europäische Übertragungsnetzbetreiber tätig sind.

Es wird präzisiert, dass jedweder Eintritt eines neuen Aktionärs zu einer anteiligen Verwässerung der Aktien der bestehenden Aktionäre führt, soweit nicht alle bestehenden Aktionäre etwas anderes vereinbart haben.

### 10.2.b) Genehmigung des Übernehmers durch den Verwaltungsrat

Jeder Aktionär, der eine Übertragung von Aktien gemäß Artikel 10.2.a) beabsichtigt, hat den Verwaltungsrat unter Angabe des Namens und des Geschäfts- bzw. Verwaltungssitzes des Übernehmers, zusammen mit der Anzahl der zu übertragenden Aktien, etwaigen Bedingungen der beabsichtigten Übertragung und dem beabsichtigten Preis zu unterrichten. Das schriftliche Angebot des beabsichtigten Übernehmers, das den angebotenen Preis aufführen muss, ist dieser Mitteilung beizufügen.

Innerhalb eines Monats nach Eingang der betreffenden

Mitteilung beim Verwaltungsrat hat dieser über eine Genehmigung des beabsichtigten Übernehmers zu entscheiden. Die Entscheidung muss einstimmig getroffen werden.

Die Entscheidung ist dem übertragenden Aktionär unverzüglich mitzuteilen. Im Fall einer Ablehnung sind die Gründe hierfür in der Mitteilung des Verwaltungsrates zu konkretisieren. Sofern dem übertragenden Aktionär die vom Verwaltungsrat getroffene Entscheidung nicht innerhalb von zwei Monaten nach dem Eingang des Genehmigungsantrages beim Verwaltungsrat mitgeteilt wird, ist von einer Zustimmung des Verwaltungsrates zur Übertragung auszugehen.

Zum Ausschluss von Zweifeln werden die weiteren Aktionäre durch die beabsichtigte Übertragung bestimmter Aktien eines Aktionärs gemäß Artikel 10.2.a) sowie gemäß dem in diesem Artikel 10.2.b) dargelegten Verfahren nicht verpflichtet, ihre eigenen Aktien gegen ihren Willen an den beabsichtigten Übernehmer oder anderweitig zu übertragen.

#### 10.2.c) Vorkaufsrecht

Für den Fall, dass der beabsichtigte Übernehmer nicht genehmigt wird und die Übertragung nicht zurückgezogen wird, sind die Aktien vorrangig den anderen Aktionären gemäß den nachfolgenden Bestimmungen und Abläufen sowie vorbehaltlich der Rücknahme der beabsichtigten Übertragung, die bis einen Monat nach der erfolgten Anzeige gemäß Artikel 10.2.c.i.) rechtsgültig durch den übertragenden Aktionär gegenüber dem Verwaltungsrat erklärt werden kann, anzubieten.

i) Innerhalb eines Monats nach der Entscheidung des Verwaltungsrates, der Übertragung nicht zuzustimmen, hat der Verwaltungsrat alle Aktionäre über ihr Recht zur Ausübung eines Vorkaufsrechts unter Angabe der Anzahl der angebotenen Aktien, zusammen mit dem gemäß den nachstehenden Bestimmungen unter Abs. viii ermittelten Übertragungspreis zu informieren.

ii) Innerhalb eines Monats nach einer solchen Mitteilung haben die betreffenden Aktionäre den Verwaltungsrat darüber zu unterrichten, ob sie ihr Vorkaufsrecht ausüben wollen und die Anzahl der gewünschten Aktien mitzuteilen.

iii) Sofern die Anzahl der Aktien, hinsichtlich derer das Vorkaufsrecht rechtsgültig ausgeübt wird, die Anzahl der angebotenen Aktien unterschreitet, hat der Verwaltungsrat die Aktionäre hierüber innerhalb von zwei Wochen zu unterrichten und die Anzahl der Aktien, hinsichtlich derer das Vorkaufsrecht nicht ausgeübt wurde, mitzuteilen. Diese Aktionäre können innerhalb einer neuen Frist von einem Monat ab dem Datum der betreffenden Mitteilung auf Wunsch ein Gebot für die betreffenden Aktien abgeben.

iv) Der Verwaltungsrat kann darüber hinaus Drittparteien benennen, die von ihm mit absoluter Mehrheit genehmigt

wurden und die gegebenenfalls die nach Ablauf der unter Absatz iii genannten Frist nicht von den Aktionären angeforderten Aktien zu dem gemäß den nachstehenden Bestimmungen unter Absatz viii ermittelten Preis erwerben.

v) Sofern die Anzahl der Aktien, hinsichtlich derer das Vorkaufsrecht ausgeübt wird, geringer bleibt als die Anzahl der angebotenen Aktien, kann der übertragende Aktionär nach seiner Wahl die Übertragung über die angeforderten Aktien vollziehen, seine Aktien an die in der Mitteilung des Verwaltungsrates benannte Person zu den dortigen Bedingungen übertragen oder sein Angebot zurückziehen.

vi) Sofern die Anzahl der Aktien, hinsichtlich derer das Angebot rechtsgültig ausgeübt wurde, der Anzahl der angebotenen Aktien entspricht, hat der Verwaltungsrat den übertragenden Aktionär zusammen mit den Übernehmern zu unterrichten und die Übertragung wird durch diese Doppelmitteilung vollzogen.

vii) Sofern die Anzahl der Aktien, hinsichtlich derer das Angebot rechtsgültig ausgeübt wurde, die Anzahl der angebotenen Aktien übersteigt, sind diese unter den anfordernden Aktionären anteilig im Verhältnis zur Anzahl der in ihrem Besitz befindlichen Aktien aufzuteilen. Der Verwaltungsrat nimmt diese Aufteilung ohne Berücksichtigung von Bruchteilen vor. Er hat die betroffenen Parteien hierüber zu unterrichten, wobei die betreffende Mitteilung den Vollzug der Übertragung bewirkt.

viii) Für die Zwecke der Ausübung des Vorkaufsrechts soll der Preis der Aktien der Gesellschaft dem marktüblichen Wert entsprechen. Sofern keine Einigung über den marktüblichen Wert der Aktien bzw. eine maßgebliche Methode zur Berechnung des betreffenden Wertes erzielt wurde, ist der Preis der angebotenen Aktien gemäß Artikel 1592 des belgischen Zivilgesetzbuches zu bestimmen, d. h. durch einen vom Verwaltungsrat und dem übertragenden Aktionär bzw. – im Falle der Uneinigkeit – vom Vorsitzenden des Instituts der Wirtschaftsprüfer zu bestellenden Sachverständigen.

ix) Der Preis ist innerhalb eines Monats nach Vollzug der Übertragung zu zahlen, soweit nicht zwischen den Parteien eine andere Frist vereinbart wird. Die Übertragung des Eigentums an den Aktien ist bis zur vollständigen Zahlung des Preises aufzuschieben.

Sollte der Preis nicht innerhalb der Frist bezahlt werden, wird die Übertragung automatisch ohne Inverzugsetzung durch bloßen Fristablauf annulliert, sofern der Anbieter es nicht vorzieht, die Erfüllung weiterzuverfolgen.

Aktien, deren Übertragung annulliert wurde, sind auf Geheiß des Verwaltungsrates erneut vorrangig den Aktionären gemäß dem vorstehend dargelegten Verfahren anzubieten, wobei der nicht erfüllende Übernehmer an dem Angebotsverfahren nicht mehr teilnehmen darf.

x) Aktien, für die kein Vorkaufsrecht rechtsgültig ausgeübt werden muss, können frei durch den übertragenden Aktionär an den von ihm in seiner Mitteilung an den Verwaltungsrat angegebenen Übernehmer zu den dortigen Bedingungen sowie

übereinstimmend mit Artikel 10.2.a) übertragen werden.

Die Übertragung muss innerhalb eines Monats nach einer etwaigen Mitteilung des übertragenden Aktionärs über die vollständige bzw. teilweise Nichtausübung des Vorkaufsrechtes erfolgen. Im Falle einer unentgeltlichen Übertragung hat diese innerhalb derselben Frist zugunsten des in der Mitteilung an den Verwaltungsrat angegebenen Übertragungsempfängers zu erfolgen. Der Verwaltungsrat kann die Aktionäre um einen Nachweis dafür ersuchen, dass diese Bedingung erfüllt wurde. Nach Ablauf der unter dieser Ziffer vorgesehenen Frist muss jeder neuen Übertragung das in diesem Artikel 10.2 vorgesehene Angebotsverfahren vorausgehen.

xi) Eine Ablehnung der benannten Drittpartei ist in jedem Fall als aufgehoben zu werten, wenn der Verwaltungsrat es versäumt, den übertragenden Aktionär innerhalb einer Frist von höchstens fünf Monaten ab dem der Gesellschaft seitens des übertragenden Aktionärs zugegangenen Antrag auf Zustimmung über die Übernehmer für die angebotenen Aktien zu informieren, es sei denn, der Übertragende hat den Antrag auf Übertragung zurückgenommen. Die Übertragung zugunsten des in der Mitteilung an den Verwaltungsrat benannten Übernehmers hat in diesem Fall innerhalb eines Monats nach dem Ablauf der besagten Frist von fünf Monaten sowie zu den in der Mitteilung an den Verwaltungsrat angegebenen Bedingungen zu erfolgen.

#### 10.2.d) Mitteilungen und Sanktionen

Alle in der Umsetzung dieses Artikels 10 zuzustellenden Mitteilungen sind per Einschreiben zuzustellen, wobei das Datum der postalischen Aufgabe verbindlich ist. Es wird davon ausgegangen, dass die Zustellung innerhalb von 72 Stunden nach dem Versand erfolgt. Briefe an die Aktionäre können wirksam an die der Gesellschaft zuletzt bekannte Anschrift gerichtet werden.

Übertragungen, die unter Verstoß gegen die in diesem Artikel enthaltenen Bestimmungen vorgenommen werden, sind nichtig bzw. können der Gesellschaft gegenüber nicht eingewandt werden.

### **Artikel 11 – Aktien ohne Stimmrechte**

Gemäß Artikel 7:57 des Gesellschaftsgesetzbuches kann die Gesellschaft durch Beschluss zu den für eine Satzungsänderung geltenden Bedingungen Aktien ohne Stimmrechte bilden.



## **Artikel 12 – Anleihen, Optionsscheine und Zertifikate**

Die Gesellschaft kann jederzeit auf Beschluss des Verwaltungsrates Anleihen ausgeben, jedoch unter der Maßgabe, dass derartige Anleihen nur von Aktionären gezeichnet werden dürfen und zunächst im Verhältnis zur jeweiligen Beteiligung der Aktionäre zur Zeichnung angeboten werden sollen.

Die Ausgabe von in Aktien wandelbaren Anleihen bzw. die Ausgabe von Optionsscheinen kann jedoch nur durch die zu den für eine Satzungsänderung geltenden Bedingungen tagenden Hauptversammlung beschlossen werden.

## **Kapitel III. Geschäftsleitung, Vertretung und Aufsicht**

### **Artikel 13 – Zusammensetzung des Verwaltungsrates**

Die Gesellschaft wird durch einen Verwaltungsrat geführt, bestehend aus juristischen oder natürlichen Personen, die keine Aktionäre sein müssen und von der Hauptversammlung der Aktionäre für mindestens zwei Jahre und höchstens sechs Jahre bestellt werden und von dieser jederzeit abberufen werden können. Der Verwaltungsrat besteht zu keinem Zeitpunkt aus mehr als 14 Direktoren, soweit nicht alle Aktionäre schriftlich etwas anderes vereinbart haben.

Der Verwaltungsrat setzt sich wie folgt zusammen:

Jedem Aktionär, der mindestens 10 % des Gesellschaftskapitals hält, steht das Recht zu, die Bestellung von zwei Direktoren aus dem Kreis der von ihm vorgeschlagenen Kandidaten zu erwirken.

Abweichend von dem voranstehenden Satz gilt jedoch:

- Jedem Aktionär, der mindestens 25 % des Gesellschaftskapitals hält, steht das Recht zu, die Bestellung von drei Direktoren aus dem Kreis der von ihm vorgeschlagenen Kandidaten zu erwirken.
- Jedem Aktionär, der mindestens 35 % des Gesellschaftskapitals hält, steht das Recht zu, die Bestellung von vier Direktoren aus dem Kreis der von ihm vorgeschlagenen Kandidaten zu erwirken.
- Jedem Aktionär, der kein teilnehmender ÜNB ist – auch dann, wenn der betreffende Aktionär mindestens 10 % des Gesellschaftskapitals hält – steht lediglich das Recht zu, die Bestellung eines Direktors aus dem Kreis der von ihm vorgeschlagenen Kandidaten zu erwirken.

Jedem Aktionär, der mindestens 5 % des Gesellschaftskapitals hält, steht das Recht zu, die Bestellung eines Direktors aus dem Kreis der von ihm vorgeschlagenen Kandidaten zu erwirken. Zwei oder mehr Aktionären, die weniger als 5 % des Gesellschaftskapitals halten, steht jeweils gemeinsam das Recht zu, die Bestellung eines gemeinsamen Direktors aus dem Kreis der von ihnen gemeinsam vorgeschlagenen Kandidaten zu erwirken, vorausgesetzt, dass die betreffenden Aktionäre zusammen mindestens 5 % des Gesellschaftskapitals halten. Die Aktionäre, die einen gemeinsamen Direktor verlangen, richten ihren Antrag an den Vorsitzenden des Verwaltungsrats und verzichten jeweils auf Ihr Recht auf einen Beobachter.

Ein Direktor, der auf den Vorschlag eines Aktionärs bestellt wird, der teilnehmender ÜNB ist bzw. auf den Vorschlag von zwei oder mehr Aktionären hin bestellt wird, die jeweils weniger als 5 % des Gesellschaftskapitals halten und jeweils teilnehmender ÜNB sind, gilt als „**A-Direktor**“. Ein Direktor, der auf den Vorschlag eines Aktionärs bestellt wird, der nicht teilnehmender ÜNB ist bzw. auf den Vorschlag von zwei oder mehr Aktionären hin bestellt wird, die weniger als 5 % des Gesellschaftskapitals halten und von denen einer oder mehr nicht teilnehmender ÜNB ist/sind, gilt als „**B-Direktor**“.

Jeder Aktionär, der weniger als 5 % des Gesellschaftskapitals hält und nicht zusammen mit einem anderen Aktionär, der weniger als 5 % des Gesellschaftskapitals hält, einen gemeinsamen Direktor bestellt hat, ist befugt, die Bestellung eines Beobachters zu erwirken, der ohne Stimmrechte an den Verwaltungsratssitzungen teilnehmen kann, jedoch unter der Maßgabe, dass die Identität des betreffenden Beobachters zuvor zur Genehmigung mitgeteilt und durch den Verwaltungsrat genehmigt wurde.

Der betreffende Beobachter unterliegt derselben Geheimhaltungspflicht wie ein Direktor.

Sofern eine juristische Person zum Direktor bestellt wird, hat diese aus dem Kreis ihrer Gesellschafter, Führungskräfte, Direktoren bzw. Beschäftigten eine natürliche Person als ständigen Vertreter zu bestellen, der das Amt im Namen und auf Rechnung der juristischen Person ausübt.

Für die Bestellung und Entlassung des ständigen Vertreters gelten dieselben Veröffentlichungsformalitäten wie für die Ausübung des Amtes in eigenem Namen und auf eigene Rechnung.

Die Direktoren können wiedergewählt werden.

Der Direktor, dessen Amtszeit abgelaufen ist, bleibt solange im Amt, wie die Hauptversammlung – gleich aus welchem Grund – keinen neuen Direktor bestellt hat.

Sofern der Direktorenposten eines Direktors, der auf den Vorschlag eines Aktionärs bestellt wurde, aus irgendeinem Grund vor Ablauf seiner Amtszeit vakant wird, haben die verbleibenden Direktoren unverzüglich einen Direktor aus dem Kreis der Kandidaten zu nominieren („*cooptation*“), die von jenem Aktionär vorgeschlagen wurden, der die Ersetzung des Direktors beantragt hat. Die endgültige Nominierung des Ersatzdirektors ist in die Tagesordnung der nächsten Gesellschafterversammlung aufzunehmen. Jeder auf diese Weise durch die Aktionärsversammlung bestellte Direktor bleibt für die noch nicht abgelaufene Amtszeit des Direktors, den er ersetzt, im Amt.

Der Verwaltungsrat bestellt einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden aus dem Kreis der A-Direktoren für einen Mindestzeitraum von zwei Jahren. Der Vorsitzende wird sukzessive im Wechsel aus dem Kreis der A-Direktoren bestellt.

## **Artikel 14 – Sitzungen – Beratungen und Beschlussfassungen**

In der vorliegenden Satzung bezeichnet „Werktag“ jeden Tag mit Ausnahme von Samstagen, Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen in Belgien und „gesetzlicher Feiertag“ bezeichnet einen gesetzlichen Feiertag in Belgien.

Eine Verwaltungsratssitzung wird durch den Vorsitzenden, den stellvertretenden Vorsitzenden, einen Geschäftsführer bzw. zwei Direktoren einberufen. Die Einberufungsmitteilung muss mindestens vierzehn (14) Tage vor der Sitzung zugestellt werden, ausgenommen in Notfällen. Im Notfall sind die Art des Notfalls und die entsprechenden Gründe in der Mitteilung anzugeben.

Einberufungsmitteilungen sind nur dann rechtsgültig, wenn sie per Fax bzw. E-Mail oder andere Kommunikationsmittel gemäß Artikel 2281 des Zivilgesetzbuches erfolgen.

Direktoren, welche die Sitzung unterstützen oder Direktoren, die vertreten werden, sind als ordnungsgemäß einberufen zu betrachten. Ein Direktor kann darüber hinaus auf sein Recht verzichten, die fehlende Vorlage einer Einberufungsmitteilung oder einen Fehler in der Einberufungsmitteilung vor oder nach der Sitzung einzuwenden, an der er nicht teilgenommen hat.

Die Verwaltungsratssitzungen werden entweder in Präsenz in Belgien bzw. im Ausland an dem in der Einberufungsmitteilung angegebenen Ort oder virtuell per Telefon- oder Videokonferenz unter Verwendung von Telekommunikationstechnik abgehalten, die es den an der Sitzung teilnehmenden Direktoren ermöglicht, sich gleichzeitig gegenseitig zuzuhören und auszutauschen; die Sitzung kann aber auch im Rahmen einer Kombination aus den beiden vorstehend genannten technischen Verfahren abgehalten werden.

Jedes Mitglied des Verwaltungsrates kann mittels Telekommunikation oder Videografie an den Beratungen eines Verwaltungsrates teilnehmen und abstimmen, damit Sitzungen zwischen mehreren Teilnehmern, die geografisch weit voneinander entfernt sind, organisiert werden können und eine simultane Kommunikation zwischen den Teilnehmern erfolgen kann.

Jeder Direktor kann mittels eines von ihm unterzeichneten Dokuments (unter anderem durch digitale Signatur gemäß Artikel 8.1, 2° des Zivilgesetzbuches), das entweder schriftlich, per Fax bzw. E-Mail oder durch andere Kommunikationsmittel gemäß Artikel 2281 des Zivilgesetzbuches kommuniziert wird, ein anderes Mitglied des Verwaltungsrates bevollmächtigen, ihn bei einer konkreten Sitzung zu vertreten. Ein Direktor kann mehr als einen Direktor vertreten und zusammen mit seiner eigenen Stimme so viele Stimmen abgeben, wie er Vollmachten erhalten hat.

Ausgenommen im Fall höherer Gewalt ist der Verwaltungsrat nur dann tagungs- und beschlussfähig, wenn mindestens (i) fünfzig Prozent seiner Mitglieder und (ii) die Mehrheit aller A-Direktoren, einschließlich mindestens drei A-Direktoren, die auf Vorschlag dreier unterschiedlicher Aktionäre bestellt wurden, die teilnehmende ÜNB sind und mindestens 10 % des Gesellschaftskapitals halten, anwesend oder vertreten sind. Ist dies nicht der Fall, ist innerhalb von sieben (7) Werktagen eine neue Sitzung mit derselben Tagesordnung einzuberufen. Diese Sitzung ist im Hinblick auf die Tagesordnungspunkte der vorherigen Sitzung tagungs- und beschlussfähig, wenn mindestens vier A-Direktoren anwesend bzw. vertreten sind, einschließlich mindestens zwei A-Direktoren, die von zwei unterschiedlichen Aktionären bestellt wurden, die mindestens 10 % des Gesellschaftskapitals halten.

Ein Beschluss des Verwaltungsrates ist rechtsgültig gefasst, wenn

- (i) er bei allen Beschlüssen über RCC-bezogene Angelegenheiten sowohl (i) mehr als 70 % der abgegebenen Stimmen und (ii) 75 % der durch die A-Direktoren abgegebenen Stimmen erhält, einschließlich der positiven Stimme von mindestens drei A-Direktoren, die auf Vorschlag dreier unterschiedlicher Aktionäre bestellt wurden, die teilnehmende ÜNB sind und mindestens 10 % des Gesellschaftskapitals halten. In jedem Fall werden Enthaltungen weder im Zähler noch im Nenner berücksichtigt.
- (ii) er bei allen Beschlüssen über RCC-fremde Angelegenheiten mehr als 70 % der abgegebenen Stimmen erhält, einschließlich der positiven Stimme von mindestens drei Mitgliedern des Verwaltungsrates, die auf Vorschlag dreier unterschiedlicher Aktionäre bestellt wurden, die mindestens 10 % des Gesellschaftskapitals halten. In jedem Fall werden Enthaltungen weder im Zähler noch im Nenner berücksichtigt.

Bei jeder Änderung in der Zusammensetzung des Verwaltungsrates der Gesellschaft, in deren Folge sich gegenüber der Situation am 1. Juli 2022 die Anzahl der A-Direktoren reduziert bzw. die Anzahl der B-Direktoren erhöht, sind die im vorstehenden Absatz unter (i) angegebenen Mehrheitserfordernisse so abzuändern, dass der Einfluss der A-Direktoren bei der Abstimmung über Beschlüsse im Zusammenhang mit RCC-bezogenen Angelegenheiten nicht abnimmt.

Für die Zwecke der Satzung

- bezeichnet der Begriff „RCC-bezogene Angelegenheiten“ die an RCC nach der Verordnung 2019/943 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 über den Elektrizitätsbinnenmarkt delegierten Aufgaben.
- bezeichnet der Begriff „RCC-fremde Angelegenheiten“ alle von der Gesellschaft gemäß Satzung wahrgenommenen Aufgaben, mit Ausnahme von RCC-Aufgaben.

Sofern eine Diskussion darüber entsteht, ob ein Beschluss eine RCC-bezogene Angelegenheit betrifft oder nicht, so ist der betreffende Beschluss nur dann als RCC-fremd zu betrachten, wenn der Verwaltungsrat dem mit der für Beschlüsse über RCC-bezogene Angelegenheiten erforderlichen Mehrheit zustimmt.

Abweichend von dem Vorgenannten können jegliche Beschlüsse des Verwaltungsrates über (i) neue Aktionärsdarlehen und (ii) externe Finanzierungen, die nicht im Geschäftsplan der Gesellschaft vorgesehen sind und nicht im üblichen Geschäftsgang gefasst werden, nur dann rechtsgültig gefasst werden, wenn (a) mindestens ein A-Direktor anwesend oder vertreten ist, der auf Vorschlag jedes Aktionärs bestellt wurde, der teilnehmender ÜNB ist und (b) der Beschluss einstimmig durch alle anwesenden bzw. vertretenen A-Direktoren gefasst wird.

Für die Zwecke dieses Artikels bezeichnet höhere Gewalt jeden Umstand extremer Dringlichkeit, durch den der Gesellschaft ohne sofortigen Beschluss ein beträchtlicher Schaden entstehen würde.

Alle Beschlüsse des Verwaltungsrates können durch einstimmige schriftliche Zustimmung der Direktoren gefasst werden. Dieses Verfahren darf für die Aufstellung des Jahresabschlusses nicht angewendet werden.

Die Beschlüsse des Verwaltungsrates werden in einem Protokoll festgehalten, das durch den Vorsitzenden und die Mitglieder, die dies wünschen, unterzeichnet wird. Dieses Protokoll wird in einem gesonderten Register abgelegt. Die Vollmachten werden dem Protokoll der Sitzung beigelegt, für die sie erteilt wurden.

Kopien und Auszüge, die im Gericht oder andernorts gefertigt werden, müssen die rechtsgültige Unterschrift zweier Direktoren tragen, die befugt sind, die Gesellschaft gemäß Artikel 16 der vorliegenden Satzung zu vertreten.

## **Artikel 15 – Befugnisse des Verwaltungsrates**

### **1. Allgemeines**

Der Verwaltungsrat hat eine umfassende Befugnis, alle Handlungen vorzunehmen, die zur Realisierung des Unternehmensgegenstandes erforderlich oder hilfreich sind, mit Ausnahme der Befugnisse, die gesetzlich der Hauptversammlung vorbehalten sind.

### **2. Beratungsausschüsse**

Der Verwaltungsrat kann in seinem Verantwortungsbereich einen oder mehrere beratende Ausschüsse ernennen. Er bestimmt deren Zusammensetzung und Auftrag.

### **3. Tagesgeschäft**

Das Tagesgeschäft der Gesellschaft wird einem Chief Executive Officer (CEO) und gegebenenfalls einem Chief Operation Officer (COO) übertragen, die beide weitreichende Befugnisse in Bezug auf das Tagesgeschäft haben und befugt sind, die Gesellschaft im Rahmen des Tagesgeschäftes zu vertreten. Beschlüsse über einen vom Verwaltungsrat beschlossenen bestimmten Betrag sind gemeinsam vom CEO und COO zu fassen, sofern ein COO bestellt wurde.

Das Tagesgeschäft der Gesellschaft kann an einen oder mehrere Direktor/en oder Nicht-Direktor/en übertragen werden.

### **4. Interessenkonflikt**

Sofern ein Mitglied des Verwaltungsrates nach einer in die Befugnisse des Verwaltungsrates fallenden Entscheidung oder Transaktion ein direktes oder indirektes finanzielles Interesse hat, das den Interessen der Gesellschaft zuwiderläuft, ist Artikel 7:96 des Gesellschaftsgesetzbuches anzuwenden.

## **Artikel 16 – Vertretung der Gesellschaft**

Die Gesellschaft ist gegenüber Dritten, vor Gericht und in offiziellen Urkunden – einschließlich jener, bei denen die Einbindung einer Amtsperson bzw. eines Notars erforderlich ist – rechtsgültig vertreten durch die mit dem Tagesgeschäft betrauten Personen, die gemeinsam handeln bzw. durch zwei gemeinsam handelnde Direktoren, davon mindestens ein A-Direktor, der auf Vorschlag eines Aktionärs bestellt wurde, der mindestens 10 % des Gesellschaftskapitals hält.

Darüber hinaus ist die Gesellschaft rechtsgültig vertreten durch Inhaber von Sondervollmachten, und zwar innerhalb der Grenzen ihres Mandats.

Ferner ist die Gesellschaft im Ausland rechtsgültig vertreten durch jede ausdrücklich hierzu vom Verwaltungsrat ernannte Person.

### **Artikel 17 – Aufwendungen der Direktoren**

Übliche und begründete Aufwendungen und Kosten der Direktoren im Zuge der Ausübung ihres Mandats sind zu erstatten und den allgemeinen Kosten anzurechnen.

### **Artikel 18 – Kontrolle**

Die Kontrolle über die Finanzlage, den Jahresabschluss und die Ordnungsmäßigkeit der im Jahresabschluss auszuweisenden Transaktionen wird einem oder mehreren gesetzlichen Abschlussprüfern übertragen. Die gesetzlichen Abschlussprüfer werden durch die Hauptversammlung der Aktionäre aus den Mitgliedern – natürlichen oder juristischen Personen – des Institute of Chartered Accountants (Institut der Wirtschaftsprüfer) bestellt. Die gesetzlichen Abschlussprüfer werden für einen verlängerbaren Zeitraum von drei Jahren bestellt. Sie können von der Hauptversammlung nur aus rechtlichen Gründen, auf die Gefahr einer Schadenersatzpflicht abberufen werden.

## **Kapitel IV. Hauptversammlung der Aktionäre**

### **Artikel 19 – Termin**

Die Jahreshauptversammlung ist jeweils am dritten Donnerstag im April um 11.00 Uhr abzuhalten. Sollte dieser Tag auf einen gesetzlichen Feiertag fallen, findet die Versammlung am nächsten Werktag statt.

Außerordentliche bzw. gesonderte Hauptversammlungen können jederzeit einberufen werden, wenn die Interessen der Gesellschaft dies erfordern.

Die Einberufung dieser Hauptversammlungen der Aktionäre sowie die Festlegung der jeweiligen Tagesordnung können durch den Verwaltungsrat bzw. durch die gesetzlichen Abschlussprüfer erfolgen. Die Hauptversammlung der Aktionäre ist innerhalb von drei Wochen nach dem Antrag der ein Zehntel des Gesellschaftskapitals vertretenden Aktionäre einzuberufen und muss mindestens die von den betreffenden Aktionären beantragten Tagesordnungspunkte beinhalten.

Die Hauptversammlungen der Aktionäre werden am Geschäftssitz der Gesellschaft bzw. an einem anderen in der Einberufungsmitteilung oder anderweitig kommunizierten Ort abgehalten.

Soweit die Einberufungsmitteilung dies ausdrücklich vorsieht, sind die Aktionäre (und gegebenenfalls die Inhaber anderer Wertpapiere, die nach den anwendbaren gesetzlichen Bestimmungen einen Anspruch auf Einladung zur Hauptversammlung haben) zur virtuellen Teilnahme an der Hauptversammlung über von der Gesellschaft eingerichtete elektronische Kommunikationsmittel berechtigt. Diese elektronischen Kommunikationsmittel müssen die im Gesellschaftsgesetzbuch genannten Bedingungen erfüllen. Darüber hinaus kann die Einberufungsmitteilung zusätzliche Bedingungen festlegen, um die Sicherheit der elektronischen Kommunikationsmittel zu garantieren.

Sofern das Recht zur virtuellen Teilnahme an einer Hauptversammlung in der Einberufungsmitteilung gewährt wird, muss die Einberufungsmitteilung eine verständliche und genaue Beschreibung der Verfahren in Bezug auf die virtuelle Teilnahme an der Hauptversammlung enthalten.

Darüber hinaus können die Aktionäre einstimmig und schriftlich alle Beschlüsse fassen, die innerhalb der Beschlusskompetenz der Hauptversammlung liegen, mit Ausnahme von Satzungsänderungen. In diesem Fall müssen die formellen Anforderungen an die Einberufung der Versammlung nicht erfüllt werden. Die Mitglieder des Verwaltungsrates, der gesetzliche Abschlussprüfer und die Inhaber von Wandelanleihen, Zeichnungsrechten bzw. Zertifikaten, die unter Beteiligung der Gesellschaft ausgegeben wurden, können auf Wunsch Einsicht in die betreffenden Beschlüsse nehmen.

## **Artikel 20 – Einberufungsmitteilungen**

Die Einberufungsmitteilungen enthalten die Tagesordnung und sind den Inhabern von Namensaktien (und gegebenenfalls den Inhabern anderer Wertpapiere, die nach den anwendbaren gesetzlichen Bestimmungen einen Anspruch auf Einladung zur Hauptversammlung haben) sowie den Direktoren und den gesetzlichen Abschlussprüfern mindestens 15 Tage vor der Versammlung gemäß Artikel 2:32 des Gesellschaftsgesetzbuches zuzustellen.

Bei den Personen, die nach dem Gesellschaftsgesetzbuch zu einer Hauptversammlung einzuladen sind und an der Versammlung teilnehmen bzw. in dieser vertreten sind, wird vom fristgerechten Erhalt einer Einberufungsmitteilung ausgegangen. Die vorstehenden Personen können darüber hinaus auf ihr Recht verzichten, die fehlende Vorlage einer Einberufungsmitteilung oder einen Fehler in der Einberufungsmitteilung vor oder nach einer Versammlung einzuwenden, an der sie nicht teilgenommen haben.

## **Artikel 21 – Verfügung von Dokumenten**

Zusammen mit der Einberufungsmitteilung wird den Inhabern von Namensaktien (und gegebenenfalls den Inhabern anderer Wertpapiere, die nach den anwendbaren gesetzlichen Bestimmungen einen Anspruch auf Einladung zur Hauptversammlung haben), den Direktoren und den gesetzlichen Abschlussprüfern eine Kopie der Dokumente zugestellt, die nach dem Gesellschaftsgesetzbuch vorzulegen sind.

Fünfzehn Tage vor der Hauptversammlung sowie auf Vorlage seines Titels kann jeder Aktionär (und gegebenenfalls die Inhaber anderer Wertpapiere, die nach den gesetzlichen anwendbaren Bestimmungen einen Anspruch auf Einladung zur Hauptversammlung haben) eine kostenfreie Kopie dieser Dokumente am Geschäftssitz der Gesellschaft erhalten.

Im Falle des schriftlichen Beschlussverfahrens gemäß Artikel 32 der vorliegenden Satzung sendet der Verwaltungsrat eine Kopie der nach dem Gesellschaftsgesetzbuch zuzustellenden Dokumente zusammen mit der vorgenannten Mitteilung an die Inhaber von Namensaktien und an die gesetzlichen Abschlussprüfer.

## **Artikel 22 – Hinterlegung von Aktien und anderen Wertpapieren**

Für die Zulassung zur Hauptversammlung muss jeder Aktionär (und gegebenenfalls die Inhaber anderer Wertpapiere, die nach den anwendbaren gesetzlichen Bestimmungen einen Anspruch auf Einladung zur Hauptversammlung haben) – sofern dies in der Einberufungsmitteilung verlangt wird – die Gesellschaft innerhalb der in der Einberufungsmitteilung angegebenen Frist über seine Absicht zur Teilnahme an der Versammlung sowie über die Anzahl der Aktien (bzw. anderen Wertpapiere), hinsichtlich derer er eine Teilnahme an der Abstimmung beabsichtigt, unterrichten.

Die Inhaber von unter Beteiligung der Gesellschaft ausgegebenen Anleihen, Optionsscheinen und Zertifikaten können unter der Voraussetzung der Erfüllung der Zulassungsformalitäten an der Hauptversammlung teilnehmen, jedoch nur mit einer Konsultativstimme.

Für die Anwendung dieses Artikels gelten Samstage, Sonntage und gesetzliche Feiertage nicht als Werktage.

## **Artikel 23 – Vertretung**

Jeder Aktionär kann sich übereinstimmend mit dem Gesellschaftsgesetzbuch in der Hauptversammlung der Aktionäre durch einen Bevollmächtigten – der kein Aktionär sein muss – vertreten lassen. Der Verwaltungsrat kann verlangen, dass die Vollmachten an einem von ihm angegebenen Ort und innerhalb der von ihm angegebenen Frist hinterlegt werden.

Für die Zwecke dieses Artikels gelten Samstage, Sonntage und gesetzliche Feiertage nicht als Werktage.

## **Artikel 24 – Anwesenheitsliste**

Vor der Zulassung zur Versammlung haben die Aktionäre bzw. deren Bevollmächtigte die Anwesenheitsliste unter Angabe des Nachnamens, des/der Vornamen(s) und des Wohnortes bzw. ihres Namens und Geschäftssitzes sowie der Anzahl der von ihnen vertretenen Aktien zu unterzeichnen.



## **Artikel 25 – Zusammensetzung des Bureaus – Protokoll**

Den Vorsitz bei den Hauptversammlungen der Aktionäre führt der Vorsitzende des Verwaltungsrates bzw. in dessen Abwesenheit dessen Stellvertreter oder ein von der Hauptversammlung ernanntes Mitglied derselben. Der Vorsitzende der Versammlung ernennt den Secretary (Schriftführer). Sofern es die Anzahl der an der Versammlung teilnehmenden Personen erlaubt, ernennt die Versammlung zwei Stimmenauszähler auf Vorschlag des Vorsitzenden. Die Protokolle der Hauptversammlungen der Aktionäre sind von den Mitgliedern des Bureaus und den Aktionären, die dies wünschen, zu unterzeichnen. Die Protokolle sind in einem gesonderten Register zu verwahren.

## **Artikel 26 – Beantwortungspflicht der Direktoren und gesetzlichen Abschlussprüfer**

Die Direktoren antworten auf die ihnen von den Aktionären bzw. den Inhabern von unter Beteiligung der Gesellschaft ausgegebenen Wandelanleihen, verbrieften Optionen oder registrierten Zertifikaten gestellten Fragen vor bzw. während der Versammlung, mündlich oder schriftlich, in Bezug auf deren Bericht bzw. die Tagesordnungspunkte unter der Voraussetzung, dass die Preisgabe von Informationen bzw. Sachverhalten der Gesellschaft keinen Schaden zufügt oder gegen ihre Geheimhaltungspflichten bzw. die Geheimhaltungspflichten der Gesellschaft verstößt.

Die gesetzlichen Abschlussprüfer beantworten die ihnen mündlich bzw. schriftlich von den Aktionären bzw. den Inhabern von unter Beteiligung der Gesellschaft ausgegebenen registrierten Wandelanleihen, verbrieften Optionen bzw. registrierten Zertifikaten gestellten Fragen in Bezug auf die Tagesordnungspunkte, zu denen sie berichten.

## **Artikel 27 – Vertagung der Jahreshauptversammlung**

Der Verwaltungsrat hat das Recht, die Jahreshauptversammlung der Aktionäre betreffend die Genehmigung des Jahresabschlusses innerhalb von drei Wochen zu vertagen. Eine derartige Vertagung betrifft ausschließlich den Beschluss über die Genehmigung des Jahresabschlusses und keine anderen gefassten Beschlüsse, sofern die Hauptversammlung nicht etwas anderes beschließt.

Der Verwaltungsrat muss innerhalb einer Frist von drei Wochen eine neue Hauptversammlung der Aktionäre mit derselben Tagesordnung einberufen.

Die Zulassungsformalitäten der ersten Versammlung, einschließlich der möglichen Hinterlegung von Aktien bzw. Vollmachten behalten für die zweite Versammlung ihre Gültigkeit. Neue Hinterlegungen sind innerhalb der in der Satzung angegebenen Frist und zu den darin genannten Bedingungen zulässig.

Eine Vertagung kann nur einmal erfolgen. Die zweite Hauptversammlung der Aktionäre fasst einen endgültigen Beschluss über die vertagten Tagesordnungspunkte.

## **Artikel 28 – Beratung – Beschlussfähigkeitsregeln**

Beratungen über von der Tagesordnung abweichende Themen sind nur dann möglich, wenn alle Aktionäre in der Versammlung anwesend sind und ein diesbezüglicher Beschluss einstimmig gefasst wird.

Sofern gesetzlich keine anderweitigen Beschlussfähigkeitsregeln vorgeschrieben sind, ist die Hauptversammlung der Aktionäre beschlussfähig, wenn mehr als 50 % der Aktien anwesend bzw. vertreten sind, einschließlich aller Aktionäre, die mindestens 10 % des Gesellschaftskapitals halten. Sofern die Beschlussfähigkeit nicht erreicht wird, ist die Versammlung innerhalb von zwanzig (20) Werktagen nach der ersten Versammlung neu einzuberufen und kann sodann über dieselbe Tagesordnung beratschlagen, wenn mehr als 50 % der Aktien anwesend bzw. vertreten sind, einschließlich dreier Aktionäre, die mindestens 10 % des Gesellschaftskapitals halten.

## **Artikel 29 – Stimmrechte**

Jede Aktie trägt eine Stimme.

Die Abstimmung erfolgt durch Handzeichen bzw. Aufruf von Namen, soweit nicht die Hauptversammlung der Aktionäre mit einfacher Stimmenmehrheit etwas anderes beschließt.

Jeder Aktionär kann darüber hinaus per Brief mittels eines vom Verwaltungsrat aufgesetzten Formulars abstimmen, das die folgenden Angaben enthält: (i) Identifikation des jeweiligen Aktionärs, (ii) Anzahl der diesem jeweils zustehenden Stimmen und (iii) für alle von der Hauptversammlung der Aktionäre zu deren Tagesordnung zu fassenden Beschlüsse die Angabe „Ja“, „Nein“ bzw. „Enthaltung“. Der per Brief abstimmende Aktionär hat die Zulassungsformalitäten gemäß Artikel 22 der Satzung zu beachten.

## **Artikel 30 – Mehrheit**

Unbeschadet des Artikels 31 der vorliegenden Satzung der Gesellschaft und vorbehaltlich strengerer Bestimmungen des Gesellschaftsgesetzbuches werden Beschlüsse in einer ersten Runde mit einer Mehrheit von 70 % der abgegebenen Stimmen gefasst, einschließlich der positiven Stimme von mindestens zwei Aktionären, die mindestens 10 % des Gesellschaftskapitals halten. Sofern der betreffende Beschluss in der besagten ersten Runde aufgrund einer fehlenden Beschlussfähigkeit nicht gefasst werden kann, ist der Beschluss in einer neu einberufenen Versammlung gültig gefasst, sofern er mehr als 50 % der abgegebenen Stimmen erhält, einschließlich der positiven Stimme von mindestens zwei Aktionären, die mindestens 10 % des Gesellschaftskapitals halten. In jedem Fall werden Enthaltungen weder im Zähler noch im Nenner berücksichtigt.

### **Artikel 31 – Außerordentliche Hauptversammlung**

Im Falle eines in der Hauptversammlung zu fassenden Beschlusses über:

- eine (teilweise) Aufspaltung der Gesellschaft;
- eine Satzungsänderung;
- eine Herabsetzung des Gesellschaftskapitals;
- den Rückkauf, Verkauf oder die Annullierung eigener Aktien;
- oder die Umwandlung der Gesellschaft;

ist die Hauptversammlung hinsichtlich der vorgenannten Themen nur dann beschlussfähig, wenn 75 % der Aktien anwesend bzw. vertreten sind, vorausgesetzt, dass mindestens alle Aktionäre, die mindestens 10 % des Gesellschaftskapitals halten, in der Hauptversammlung der Aktionäre anwesend oder vertreten sind. Sofern das Quorum nicht erreicht wird, ist die Versammlung innerhalb von zwanzig (20) Werktagen nach der ersten Versammlung neu einzuberufen und ist dann hinsichtlich derselben Tagesordnung beschlussfähig, wenn mehr als 50 % der Aktien anwesend bzw. vertreten sind, vorausgesetzt, dass drei Aktionäre anwesend bzw. vertreten sind, die mindestens 10 % des Gesellschaftskapitals halten.

Diese Beschlüsse sind in einer ersten Runde rechtsgültig gefasst, wenn sie 75 % der abgegebenen Stimmen erhalten, einschließlich der positiven Stimme aller Aktionäre, die mindestens 10 % des Gesellschaftskapitals halten. Sofern der betreffende Beschluss in der besagten ersten Runde aufgrund eines fehlenden Quorums nicht gefasst werden kann, ist der Beschluss in einer neu einberufenen Versammlung rechtsgültig gefasst, sofern er mehr als 75 % der abgegebenen Stimmen erhält, einschließlich der positiven Stimme von mindestens drei Aktionären, die mindestens 10 % des Gesellschaftskapitals halten. Enthaltungen werden weder im Zähler noch im Nenner berücksichtigt.

Ungeachtet der beiden vorstehenden Absätze erfordern jegliche Beschlüsse über (i) die Verlegung des Geschäftssitzes an einen Ort außerhalb der Region Brüssel-Hauptstadt, (ii) die Änderung des Unternehmensgegenstandes, (iii) die vollständige oder teilweise Annullierung bzw. Beschränkung des Vorzugszeichnungsrechtes, (iv) eine Kapitalerhöhung (einschließlich der Ausgabe von Aktien unterhalb des Nennwertes, der Ausgabe von Wandelanleihen oder Optionsscheinen, der Ermächtigung des Verwaltungsrates, das gezeichnete Kapital durch genehmigtes Kapital zu erhöhen), (v) die Verschmelzung der Gesellschaft, (vi) die Auflösung bzw. Liquidation der Gesellschaft sowie (vii) jegliche weiteren Beschlüsse, die nach belgischem Recht zu ihrer Wirksamkeit der Zustimmung aller Aktionäre bedürfen, stets die positive Stimme aller Aktionäre, die mindestens 10 % des Gesellschaftskapitals halten.

## **Artikel 32 – Schriftliche Beschlussfassung**

Mit Ausnahme der Beschlüsse über eine Satzungsänderung können die Aktionäre einstimmig und schriftlich über alle Themen beschließen, die in die Beschlusskompetenz der Hauptversammlung der Aktionäre fallen. In diesem Fall müssen die Formalitäten zur Einberufung einer Versammlung nicht erfüllt werden. Diesbezüglich wird allen Aktionären und gesetzlichen Abschlussprüfern ein Schreiben per Post, Fax, E-Mail oder durch andere Kommunikationsmittel zugestellt, das die Tagesordnung und die Beschlussanträge aufführt und mit dem die Aktionäre gebeten werden, den Anträgen zuzustimmen und das Schreiben – ordnungsgemäß unterzeichnet sowie innerhalb der im Schreiben angegebenen Frist – an den Sitz der Gesellschaft bzw. einen anderen in dem Schreiben angegebenen Ort zurückzusenden.

Sofern die Zustimmung aller Aktionäre zu den Tagesordnungspunkten und zum schriftlichen Verfahren nicht innerhalb dieser Frist eingeholt werden kann, gelten die Beschlüsse als nicht gefasst.

Die Mitglieder des Verwaltungsrates, der gesetzliche Abschlussprüfer und die Inhaber von unter Beteiligung der Gesellschaft ausgegebenen Wandelanleihen, Zeichnungsrechten bzw. Zertifikaten können auf Wunsch am Sitz der Gesellschaft Einsicht in die Beschlüsse nehmen.

## **Artikel 33 – Kopien und Auszüge aus dem Protokoll**

Protokollkopien bzw. -auszüge, die an Dritte übermittelt werden sollen, werden von zwei zur Vertretung der Gesellschaft befugten Direktoren gemäß Artikel 16 der vorliegenden Satzung unterzeichnet. Unmittelbar vor bzw. nach der Unterschrift ist anzugeben, in welcher Eigenschaft diese handeln.

## **Kapitel V.**

## **Geschäftsjahr – Jahresabschluss – Dividenden – Gewinnausschüttungen**

## **Artikel 34 – Geschäftsjahr – Jahresabschluss – Geschäftsbericht**

Das Geschäftsjahr beginnt am 1. Januar und endet am 31. Dezember eines Jahres.

Am Ende jedes Geschäftsjahres erstellt der Verwaltungsrat ein Bestandsverzeichnis und den Jahresabschluss, der aus der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung sowie den Erläuterungen und der Sozialbilanz besteht. Diese Unterlagen sind gesetzeskonform zu erstellen.

Darüber hinaus erstellen die Direktoren jedes Jahr einen Bericht gemäß den Artikeln 3:5 und 3:6 des Gesellschaftsgesetzbuches. Die Direktoren sind jedoch nicht zur Erstellung eines Geschäftsberichtes verpflichtet, solange die Gesellschaft die Bedingungen aus Artikel 3:4 des Gesellschaftsgesetzbuches erfüllt.

Nach Kenntnisnahme des Berichts des Verwaltungsrates und – sofern anwendbar – des Berichts des/der gesetzlichen Abschlussprüfer/s hat die Hauptversammlung über den Jahresabschluss zu tagen. Nach entsprechender Genehmigung hat sie in einer gesonderten Abstimmung über die Entlastung der Direktoren und des/der gesetzlichen Abschlussprüfer(s) zu entscheiden.

Der Jahresabschluss ist bei der belgischen Nationalbank zu hinterlegen. Zwecks Veröffentlichung ist der Jahresabschluss durch einen Direktor bzw. eine mit dem Tagesgeschäft beauftragte Person oder durch eine diesbezüglich ausdrücklich durch den Verwaltungsrat ermächtigte Person rechtsgültig zu unterzeichnen.

### **Artikel 35 – Gewinnausschüttungen**

Mindestens 5 % der Nettogewinne der Gesellschaft sind jedes Jahr in die gesetzliche Rücklage einzustellen. Ein derartiger Abzug ist nicht mehr erforderlich, sobald die gesetzliche Rücklage ein Zehntel des Grundkapitals erreicht hat.

Auf Antrag des Verwaltungsrates hat die Hauptversammlung über die Zuteilung des Restbetrages aus den Nettogewinnen zu beschließen.

### **Artikel 36 – Ausschüttung**

Die von der Hauptversammlung beschlossene Dividendenausschüttung erfolgt zu den Terminen und an den Orten, die jeweils durch die Hauptversammlung bzw. den Verwaltungsrat beschlossen wurden.

### **Artikel 37 – Zwischendividenden**

Der Verwaltungsrat ist befugt, zu den Bedingungen des Artikels 7:213 des Gesellschaftsgesetzbuches auf die Gewinne des Geschäftsjahres eine Zwischendividende auszuschütten.

### **Artikel 38 – Verbotene Ausschüttung**

Jegliche gesetzeswidrige Ausschüttung von Dividenden ist von dem Aktionär, der diese Dividende erhalten hat, zurückzuerstatten, sofern die Gesellschaft nachweist, dass der Aktionär wusste bzw. in Anbetracht der Umstände hätte wissen müssen, dass die Zahlung rechtswidrig erfolgte.

## **Kapitel VI. Auflösung und Liquidation**

### **Artikel 39 – Verluste**

Sofern infolge erlittener Verluste das Nettovermögen unterhalb die Hälfte des Kapitals sinkt, hat der Verwaltungsrat – sofern die Satzung nicht strengere Bestimmungen vorsieht – innerhalb von zwei Monaten, nachdem der Verlust kraft einer gesetzlichen Bestimmung bzw. gemäß Satzung festgestellt wurde bzw. festgestellt worden sein sollte, eine Hauptversammlung einzuberufen, um über die Auflösung der Gesellschaft bzw. über Maßnahmen zur Sicherung der Fortführung der Gesellschaft gemäß Tagesordnung zu entscheiden.

Sofern der Verwaltungsrat nicht die Auflösung der Gesellschaft gemäß Artikel 7:230 des Gesellschaftsgesetzbuches beantragt, hat er in einem gesonderten Bericht, der den Aktionären fünfzehn Tage vor der Hauptversammlung am Geschäftssitz der Gesellschaft zur Verfügung gestellt wird, darzulegen, welche Maßnahmen er vorschlägt, um die Fortführung der Gesellschaft zu sichern. Der betreffende Bericht ist in die Tagesordnung mit aufzunehmen. Eine Kopie kann gemäß Artikel 7:132 des Gesellschaftsgesetzbuches eingeholt werden. Eine Kopie ist auch jenen Personen zuzustellen, welche die durch die Satzung geforderten Formalitäten für die Zulassung zur Hauptversammlung erfüllt haben.

Sollte der Bericht, auf den im zweiten Teilabsatz verwiesen wird, fehlen, ist der Beschluss der Hauptversammlung nichtig.

Dasselbe gilt, wenn infolge eines erlittenen Verlustes das Nettovermögen unterhalb eines Viertels des Kapitals gefallen ist, jedoch unter der Maßgabe, dass die Auflösung der Gesellschaft mit einer Zustimmung von einem Viertel der in der Versammlung abgegebenen Stimmen erfolgt, wobei Enthaltungen weder im Zähler noch im Nenner berücksichtigt werden.

Sofern die Hauptversammlung nicht gemäß diesem Artikel einberufen wird, werden Dritten entstehende Schäden – vorbehaltlich eines Gegenbeweises – als Folge der versäumten Einberufung der Versammlung gewertet.

Sofern das Nettovermögen unter 61.500 EUR sinkt, kann jede betroffene Partei bzw. die Staatsanwaltschaft die gerichtliche Anordnung der Auflösung der Gesellschaft beantragen. Gegebenenfalls kann das Gericht der Gesellschaft eine verbindliche Frist zur Regelung ihrer Angelegenheiten einräumen.

### **Artikel 40 – Auflösung und Liquidation**

Sofern die Gesellschaft aufgelöst wird, sind Art und Weise der Liquidation sowie die Bestellung eines oder mehrerer Liquidatoren und dessen/deren Vergütung durch die Hauptversammlung zu beschließen. Sofern hierüber kein Beschluss gefasst wird, werden die Direktoren gegenüber Dritten und gegenüber den Aktionären rechtlich als Liquidatoren betrachtet, nicht nur für den Zweck der Entgegennahme von Mitteilungen und Ankündigungen, sondern auch zur Liquidation der Gesellschaft. Soweit in der Bestellsurkunde nichts anderes angegeben ist, haben die Liquidatoren die gesetzlich höchstmögliche Befugnis. Die Hauptversammlung behält die Befugnis zur Satzungsänderung, sofern die Erfordernisse der Liquidation dies rechtfertigen. Mit der Bestellung der Liquidatoren enden die Befugnisse der Direktoren und des/der gesetzlichen Abschlussprüfer(s).

Da den Liquidatoren dieselben Vorrechte zustehen wie dem Verwaltungsrat, ist während der Liquidation die Hauptversammlung übereinstimmend mit den Bestimmungen der vorliegenden Satzung einzuberufen, zu bilden und abzuhalten.

Den Vorsitz der Versammlung führt einer der Liquidatoren. Sofern die Liquidatoren abwesend sind oder nicht teilnehmen können, ist ein Vorsitzender zu wählen.

Kopien bzw. Auszüge aus Versammlungsprotokollen, die bei Gericht oder andernorts einzureichen sind, müssen von den Liquidatoren bzw. einem derselben rechtsgültig bestätigt werden.

Alle Vermögenswerte der Gesellschaft sind zu verkaufen, sofern nicht die Hauptversammlung etwas anderes beschließt.

Sofern nicht alle Aktien in demselben Umfang eingezahlt wurden, stellen die Liquidatoren einen Ausgleich her, entweder durch zusätzliche Einzahlungsaufforderungen oder Vorauszahlungen.

Soweit nicht die Hauptversammlung mit der für Satzungsänderungen erforderlichen Mehrheit die Art und Weise der Liquidation anders geregelt hat, sind die Erlöse aus der Liquidation nach Tilgung der Schulden – einschließlich der Liquidationskosten – bzw. nach Überstellung der zur Tilgung der betreffenden Schulden erforderlichen Mittel – in bar oder in Wertpapieren – unter allen Aktien auszuschütten.

## **Kapitel VII. Allgemeine Bestimmungen**

### **Artikel 41 – Wahl des Wohnsitzes**

Die Inhaber von Namensaktien haben die Gesellschaft über alle Änderungen ihrer Anschrift zu unterrichten. Bei versäumter Mitteilung wird von einem gewählten Wohnsitz an ihrer vorherigen Anschrift ausgegangen.

**Anlage 1**

**Appendix 1**

**SATZUNG**

**ARTICLES OF ASSOCIATION**

**§ 1**

**Firma, Sitz**

**Corporate Name, Domicile**

- (1) Die Gesellschaft führt die Firma:

- (1) The corporate name of the Company is:

**TSCNET Services GmbH.**

- (2) Die Gesellschaft hat ihren Sitz in

- (2) The Company has its domicile in

**München / Munich.**

**§ 2**

**Gegenstand des Unternehmens**

**Object of the Company**

- (1) Gegenstand des Unternehmens der Gesellschaft ist die Erbringung von technischen Unterstützungsdienstleistungen im Zusammenhang mit der Sicherheitsanalyse und der Kapazitätsberechnung des Stromübertragungsnetzbetriebes, insbesondere aber nicht beschränkt auf (i) die Aufgaben als regionales Koordinierungszentrum nach

- (1) Object of the Company is the provision of technical support services in the field of electricity transmission system security analysis and capacity calculation, in particular but not limited to (i) the tasks required to be carried out as regional coordination centre pursuant to EU energy law in the geographical area as determined in the decision of



EU-Energierecht auszuüben sind und zwar in dem geographischen Gebiet, wie in der Entscheidung der europäischen Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden gemäß Art. 36 Abs. 3 der Verordnung (EU) 2019/943 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019, in der jeweils aktuell gültigen Fassung festgelegt, und (ii) die Datenüberwachung und -analyse, elektronische Datenverarbeitung und Datenspeicherung, um Übertragungsnetzbetreiber bei deren Netzbetrieb zu unterstützen und die Sicherheit des Netzbetriebes sicherzustellen und zu verbessern.

Darüber hinaus erbringt die Gesellschaft (i) administrative Unterstützungsdienstleistungen einschließlich aber nicht beschränkt auf organisatorische (wie z.B. Sitzungsvor- und -nachbereitung) und Projektmanagement-Dienstleistungen in Bezug auf eine auf dem Gebiet der Systemsicherheit tätige Kooperation unter anderem zwischen ihren Gesellschaftern, (ii) Ausbildung und Zertifizierung von Personal sowie (iii) Unterstützung bei der Abrechnung zwischen Übertragungsnetzbetreibern.

the European Union Agency for the Cooperation of Energy Regulators pursuant to Art. 36 para. 3 of Regulation (EU) 2019/943 of the European Parliament and of the Council of 5 June 2019, as amended, extended or re-enacted from time to time, and (ii) data monitoring and data analysis, electronic data processing and data storage to support transmission system operators in their system operation and to ensure and improve the security of system operations.

In addition, the Company provides (i) administrative support services including, but not limited to, organisational services (e.g. meeting preparation and post-processing) and project management services in relation to a cooperation active in the field of system security between inter alia its shareholders, (ii) training and certification of staff as well as (iii) supporting with inter-transmission system operators settlements.

- |  |   |
|--|---|
| (2) Die Gesellschaft kann alle mit dem Gegenstand ihres Unternehmens in Zusammenhang stehende Geschäfte betreiben. | (2) The Company may do all business in connection with the aforesaid object.                      |
| (3) Genehmigungspflichtige Tätigkeiten, Rechts- und Steuerberatung sind nicht Gegenstand des Unternehmens.         | (3) Activities subject to an official permit, legal and tax advice are not object of the Company. |

### § 3

#### **Dauer, Geschäftsjahr**

#### **Duration, Financial Year**

- |  |   |
|--|---|
| (1) Die Gesellschaft ist auf unbestimmte Zeit errichtet.     | (1) The Company is set up for an indefinite period of time. |
| (2) Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr. | (2) The financial year of the Company is the calendar year. |

## **§ 4**

### **Stammkapital**

(1) Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt

**€ 37.500**

(in Worten Euro siebenunddreißigtausend fünfhundert).

(2) Die Geschäftsführer/-innen sind berechtigt, bis zum 31. Dezember 2026 bis zu

### **Share Capital**

(1) The share capital of the Company amounts to

(in words Euro thirty-seven thousand five hundred).

(2) The managing directors are entitled until December 31, 2026 to increase the share capital of the Company by up to

**€ 5.000**

(in Worten Euro fünftausend) (in words Euro five thousand)

durch die Ausgabe von bis zu

by issuance of up to

**zwei/two**

neuen Geschäftsanteilen zu je € 2.500 (in Worten Euro zweitausend fünfhundert) gegen Bar- und/oder Sacheinlagen zu erhöhen und hierbei das Bezugsrecht der Gesellschafter auszuschließen. Die Geschäftsführer/-innen sind weiter ermächtigt und haben, die Satzung in § 4, Absatz 1 und 2 entsprechend anzupassen.

new shares in the amount of € 2.500 (in words Euro two thousand five hundred) each against contributions in cash and/or in kind and to exclude the subscription right ("Bezugsrecht ausschließen") of the shareholders. Furthermore, the managing directors are authorized to and shall amend the Articles of Association in § 4 para. 1 and para. 2 accordingly.

## **§ 5**

### **Geschäftsführer/-innen**

- (1) Die Geschäftsführer/-innen werden von der Gesellschafterversammlung bestellt und abberufen. Die Gesellschafterversammlung bestimmt auch die Zahl der Geschäftsführer/-innen und deren Amtszeit. Jede/-r Geschäftsführer/-in kann mit einer Frist von drei Monaten zum Monatsende sein/ihr Amt durch schriftliche Erklärung gegenüber der Gesellschafterversammlung niederlegen.
- (2) Die Rechte und Pflichten der Geschäftsführer/-innen ergeben sich aus dem Geschäftsführerdienstvertrag, den von dem Verwaltungsrat innerhalb seines Aufgabenbereichs erteilten Weisungen und den Weisungen der Gesellschafterversammlung. Weisungen der Gesellschafterversammlung gehen denjenigen des Verwaltungsrats vor.
- (3) Die Gesellschafterversammlung erlässt auf den gebilligten Vorschlag des Verwaltungsrats eine von diesem entworfene (i) Geschäftsordnung für die Geschäftsführer/-innen in der - zusätzlich zum Zustimmungskatalog gemäß dieser Satzung - unter anderem zustimmungspflichtige Geschäfte festgelegt sind und (ii) einen Geschäftsver-

### **Managing Directors**

- (1) The managing directors are appointed and dismissed by the shareholders' meeting. The shareholders' meeting also determines the number of managing directors and their term of office. Each managing director may resign by written declaration to the shareholders' meeting with three months' notice to the end of a month.
- (2) The rights and duties of the managing directors arise from the managing director service agreement, the instructions given by the management board within its area of responsibility and the instructions given by the shareholders' meeting. Instructions of the shareholders' meeting shall prevail over instructions of the management board.
- (3) Upon the endorsed proposal of the management board, the shareholders' meeting adopts (i) rules of procedure for the managing directors in which - in addition to the consent catalogue within these Articles of Association - inter alia the transactions which require consent are fixed and (ii) a schedule of responsibility, each drafted by the management board.

teilungsplan, jeweils entworfen von dem Verwaltungsrat.

## **§ 6**

### **Vertretung**

- (1) Die Gesellschaft hat eine/-n oder mehrere Geschäftsführer/-innen.
- (2) Ist nur ein/-e Geschäftsführer/-in bestellt, so vertritt diese/-r die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer/-innen bestellt, wird die Gesellschaft entweder durch zwei Geschäftsführer/-innen oder durch eine/-n Geschäftsführer/-in zusammen mit einem/einer Prokuristen/Prokuristin vertreten.
- (3) Die Gesellschafterversammlung kann einem/einer, mehreren oder allen Geschäftsführern/Geschäftsführerinnen Einzelvertretungsbefugnis erteilen. Sie kann auch einzelne Geschäftsführer/-innen allgemein oder für den Einzelfall von den Beschränkungen des § 181 BGB befreien, so dass sie befugt sind, die Gesellschaft bei Vornahme von Rechtsgeschäften mit sich selbst oder als Vertreter/-in eines Dritten uneingeschränkt zu vertreten.
- (4) Absätze 1 bis 3 gelten für Liquidatoren entsprechend.

### **Power of Representation**

- (1) The Company has one or several managing directors.
- (2) If only one managing director is appointed, he/she represents the Company alone. If several managing directors are appointed, either two managing directors or one managing director jointly with a holder of commercial power of attorney (*Prokurist*) represent the Company.
- (3) The shareholders' meeting may assign individual power of representation to one, several or all of the managing directors. The shareholders' meeting may also release single managing directors generally or for an individual case from the restrictions of Section 181 of the German Civil Code, so that they are authorized to act on behalf of the Company in legal transactions with themselves in person or with themselves as representatives of a third party.
- (4) Paras. 1 to 3 also apply to liquidators (*Liquidatoren*).

## § 7

### **Verwaltungsrat: Zusammensetzung, Mitgliedschaft, Interne Organisation**

- (1) Die Gesellschaft hat einen Verwaltungsrat im Sinne von Artikel 43 der Verordnung (EU) 2019/943 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019. Gemäß Art. 43 Abs. 2 i.V.m. Art. 35 Abs. 1 lit. a und Art. 36 Abs. 2 der Verordnung (EU) 2019/943 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 hat sich der Verwaltungsrat der Gesellschaft aus Vertretern aller Übertragungsnetzbetreiber zusammenzusetzen, die an der Gesellschaft in ihrer Eigenschaft als regionales Koordinierungszentrum beteiligt sind.

Für die Zwecke dieser Satzung soll die Einstufung eines Übertragungsnetzbetreibers als ein Übertragungsnetzbetreiber, der an der Gesellschaft in ihrer Eigenschaft als regionales Koordinierungszentrum beteiligt ist, ausschließlich durch den von den Regulierungsbehörden der Netzbetriebsregion genehmigten Vorschlag gemäß Art. 35 Abs. 1 der Verordnung (EU) 2019/943 des Europäischen Parlaments und des

### **Management Board: Composition, Membership, Internal Organisation**

- (1) The Company has a management board within the meaning of Article 43 of Regulation (EU) 2019/943 of the European Parliament and of the Council of 5 June 2019. According to Article 43 para. 2 in connection with Art. 35 para. 1 lit. a and Art. 36 para. 2 of Regulation (EU) 2019/943 of the European Parliament and of the Council of 5 June 2019, the management board of the Company shall be composed of members representing all the transmission system operators that participate in the Company in its capacity as a regional coordination centre.

For the purposes of these Articles of Association the qualification of a transmission system operator (TSO) as a TSO participating in the Company in its capacity as a regional coordination centre shall be exclusively determined by the proposal as approved by the regulatory authorities of the system operation region pursuant to Art. 35 para. 1 of Regulation (EU) 2019/943 of the European Parliament and of the Council of 5 June 2019, each as amended, extended

Rates vom 5. Juni 2019, jeweils in der aktuell gültigen Fassung festgelegt werden (nachfolgend die "**Teilnehmenden Übertragungsnetzbetreiber**" und jeweils einzeln ein "**Teilnehmender Übertragungsnetzbetreiber**"). Jeder Gesellschafter, der als Teilnehmender Übertragungsnetzbetreiber einzustufen ist, wird durch ein Verwaltungsratsmitglied im Verwaltungsrat der Gesellschaft vertreten. Die Anzahl der Verwaltungsratsmitglieder der Gesellschaft entspricht der Anzahl der Teilnehmenden Übertragungsnetzbetreiber.

(2) Jeder Gesellschafter, der als Teilnehmender Übertragungsnetzbetreiber einzustufen ist, ist berechtigt und verpflichtet, solange er der Gesellschaft angehört, durch schriftliche Erklärung gegenüber der Geschäftsführung ein Verwaltungsratsmitglied in den Verwaltungsrat zu entsenden.

(3) Jedes Verwaltungsratsmitglied ist an die Weisungen der Gesellschafterversammlung gebunden, soweit diese Weisungen mit den geltenden Gesetzen und dieser Satzung im Einklang stehen und nicht die Überwachungsaufgabe

or re-enacted from time to time (hereinafter referred to as "**Participating TSOs**" and each a "**Participating TSO**"). Each shareholder which qualifies as a Participating TSO shall be represented by one member on the management board of the Company. The number of the members of the management board of the Company is equal to the number of Participating TSOs.

(2) Each shareholder which qualifies as a Participating TSO shall be entitled and obliged, as long as it participates in the Company, to appoint a member of the management board by written declaration to the management.

(3) Each member of the management board shall be bound by the instructions of the shareholders' meeting to the extent such instructions comply with the applicable laws and these Articles of Association and do not concern the monitoring task of the management

des Verwaltungsrats betreffen. Weisungen an den Verwaltungsrat erfolgen durch Beschluss der Gesellschafterversammlung. Gesellschafter, die nicht als Teilnehmende Übertragungsnetzbetreiber einzustufen sind, sind bei Beschlüssen über Weisungen an den Verwaltungsrat nicht stimmberechtigt.

board. Instructions to the management board shall be passed by resolution of the shareholders' meeting. Shareholders not qualifying as Participating TSOs shall not be entitled to vote on resolutions concerning instructions to the management board.

(4) Die Amtszeit der Verwaltungsratsmitglieder ist unbegrenzt.

(4) The terms of office of the members of the management board are unlimited.

(5) Ein Gesellschafter, der als Teilnehmender Übertragungsnetzbetreiber einzustufen ist, kann jederzeit das von ihm entsandte Verwaltungsratsmitglied durch schriftliche Erklärung gegenüber dem betreffenden Verwaltungsratsmitglied ohne Angabe von Gründen abberufen. Der Gesellschafter hat die Abberufung des von ihm entsandten Verwaltungsratsmitglieds der Geschäftsführung und dem/der Vorsitzenden des Verwaltungsrats unverzüglich in Textform mitzuteilen.

(5) A shareholder which qualifies as a Participating TSO may at any time remove a member of the management board appointed by it by written declaration to the member of the management board concerned without giving reasons. The shareholder shall inform the management and the chairperson of the management board about the removal of the member of the management board appointed by it in text form without undue delay.

(6) Jedes Verwaltungsratsmitglied kann mit einer Frist von drei Monaten sein Amt durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Gesellschafter, der das Verwaltungsratsmitglied entsandt hat, niederlegen.

(6) Each member of the management board may resign by written declaration towards the appointing shareholder with three months' prior notice. The right to resign from office for good cause without



Das Recht zur Amtsniederlegung aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist bleibt hiervon unberührt. Der Gesellschafter, der das Verwaltungsratsmitglied entsandt hat, hat die Amtsniederlegung unverzüglich in Textform dem/der Vorsitzenden des Verwaltungsrats und der Geschäftsführung mitzuteilen.

notice shall remain unaffected. The appointing shareholder shall inform the chairperson of the management board and the management about the resignation in text form without undue delay.

(7) Falls ein Gesellschafter, der als Teilnehmender Übertragungsnetzbetreiber einzustufen ist, aus der Gesellschaft ausscheidet oder nicht mehr als Teilnehmender Übertragungsnetzbetreiber einzustufen ist, wird dieser die Entsendung des Verwaltungsratsmitglieds, das er entsandt hat, widerrufen oder dafür Sorge tragen, dass das von ihm entsandte Verwaltungsratsmitglied das Amt niederlegt in beiden Fällen mit Wirkung zum Zeitpunkt seines Ausscheidens als Gesellschafter beziehungsweise zum Zeitpunkt des Verlustes seiner Eigenschaft als Teilnehmender Übertragungsnetzbetreiber.

(7) If a shareholder which qualifies as a Participating TSO exits the Company or, ceases to be a Participating TSO, the shareholder shall revoke the appointment of the member of the management board appointed by it or procure that the member of the management board appointed by it resigns from office in each case with effect at the time of its exit as shareholder or, as the case may be, loss of its qualification as Participating TSO.

(8) Scheidet ein Verwaltungsratsmitglied aus seinem Amt aus während der Gesellschaft, der es ernannt hat, weiterhin berechtigt ist ein Verwaltungsratsmitglied zu entsenden, so hat der jeweilige

(8) If a member of the management board ceases to be part of the management board while the shareholder who appointed the member is still entitled to appoint a member, the shareholder entitled thereto shall appoint a new

entsendungsberechtigte Gesellschafter unverzüglich ein neues Mitglied in den Verwaltungsrat zu entsenden. Sollten in einer etwaigen Übergangszeit zwischen Ausscheiden des vorherigen Verwaltungsratsmitglieds und der Neubestellung eines neuen Verwaltungsratsmitglieds Beschlüsse des Verwaltungsrats anstehen, so kann ein gesetzlicher Vertreter des jeweiligen entsendungsberechtigten Gesellschafters vorübergehend das Amt des ausgeschiedenen Verwaltungsratsmitglieds ausüben.

(9) Der Verwaltungsrat wird nach außen durch den/die Vorsitzende/n des Verwaltungsrats vertreten. Der/die Vorsitzende des Verwaltungsrats wird nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung des Verwaltungsrats gewählt.

(10) Der Verwaltungsrat entscheidet durch Beschluss. Beschlüsse werden mit einer Mehrheit von 80% der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit nicht das Gesetz oder diese Satzung eine größere Mehrheit vorsieht. Jedes Verwaltungsratsmitglied hat eine Stimme. Im Übrigen ist die interne Organisation des Verwaltungsrats in der Geschäftsordnung für den Verwaltungsrat geregelt.

member to the management board without undue delay. Should resolutions of the management board be pending in a possible transitional period between the departure of the former member of the management board and the appointment of a new member of the management board, an authorised representative of the shareholder entitled to appoint the new member of the management board may temporarily exercise the office of the departing member of the management board.

(9) The management board shall be represented externally by the chairperson of the management board. The chairperson of the management board shall be elected in accordance with the provisions of rules of procedure for the management board.

(10) The management board resolves by resolution. Resolutions shall be passed with a majority of 80% of the votes cast unless statutory law or these Articles of Association provide for a larger majority. Each member of the management board has one vote. Apart from this, the internal organization of the management board shall be governed by the rules of procedure for the management board.

(11) Unbeschadet anderslautender Bestimmungen werden folgende Beschlüsse einstimmig durch alle Mitglieder des Verwaltungsrates gefasst:

- a) Beschlüsse bezogen auf EU Energierecht, insbesondere inklusive Verordnungen sowie Entscheidungen der Europäischen Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden und nationaler Regulierungsbehörden der Teilnehmenden Übertragungsnetzbetreiber, außer Beschlüsse gemäß § 8 Abs. 1 lit. a und b;
- b) Beschlüsse, die eine Übertragung von Kompetenzen von den Teilnehmenden Übertragungsnetzbetreiber zu den Regionalen Koordinierungszentren vorsehen.

(12) Soweit diese Satzung nicht etwas anderes bestimmt, finden § 52 Abs. 1 und Abs. 3 GmbHG und die dort genannten aktienrechtlichen Vorschriften auf den Verwaltungsrat keine Anwendung.

(13) In dem Umfang, in dem ein Mitglied des Verwaltungsrats nach dem anwendbaren Recht Vertraulichkeitspflich-

(11) Notwithstanding anything to the contrary herein, the following resolutions shall be passed unanimously by all members of the management board:

- a) resolutions related to EU energy law, including in particular regulations as well as decisions of the European Union Agency for the Cooperation of Energy Regulators and national regulatory authorities of the Participating TSOs, except for the resolutions referred to in article 8 paras (1) (a) and (b);
- b) resolutions related to the shift of competences from Participating TSOs to a regional coordination centre.

(12) Unless otherwise provided in these Articles of Association, Section 52 para. 1 and para. 3 German Limited Liabilities Companies Act and the provisions of the German Stock Corporation Act mentioned therein shall not apply to the management board.

(13) To the extent a member of the management board is subject to any confidentiality obligation pursuant to applicable

ten unterliegt, findet eine solche Vertraulichkeitsverpflichtung im weitestgehend gesetzlich erlaubtem Umfang keine Anwendung im Verhältnis zu dem Teilnehmenden Übertragungsnetzbetreiber, der das Verwaltungsratsmitglied bestellt hat.

law, to the fullest extent as legally possible such confidentiality obligation shall not apply in relation to the Participating TSO which appointed the member of the management board.

## § 8

### **Verwaltungsrat: Befugnisse, Aufgaben**

(1) Der Verwaltungsrat trifft die grundlegenden Entscheidungen hinsichtlich der Leitungsstruktur und Organisation der Gesellschaft, soweit sie nicht kraft Gesetzes oder dieser Satzung der Gesellschafterversammlung oder den Geschäftsführern/Geschäftsführerinnen zugewiesen sind, und überwacht die Tätigkeit der Gesellschaft in ihrer Eigenschaft als regionales Koordinierungszentrum im Sinne von Artikel 43 der Verordnung (EU) 2019/943 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 mit Ausnahme seiner eigenen Tätigkeit. Der Verwaltungsrat hat insbesondere die folgenden Aufgaben:

(a) Entscheidung über die Organisationsstruktur der Gesellschaft und ihre Umsetzung, insbesondere die Festlegung der Befugnisse,

### **Management Board: Responsibilities, Tasks**

(1) The management board shall adopt the fundamental decisions on the governance and organization of the Company, to the extent that such decisions are not assigned to the shareholders' meeting or the managing directors by law or by these Articles of Association, and shall monitor the performance of the Company in its capacity as regional coordination centre as specified in Article 43 of the Regulation (EU) 2019/943 of the European Parliament and of the Council of 5 June 2019 with the exception of its own activity. In particular, the management board has the following tasks:

(a) decision upon and implementation of the organizational structure, in particular the definition of the powers, duties and responsibilities

Pflichten und Zuständigkeiten des Personals und der Beziehungen und Berichtslinien zwischen den verschiedenen Teilen und Verfahren der Organisation;

of the personnel and the relationship and reporting lines between different parts and processes of the organization;

(b) Ausarbeitung, Billigung und Vorlage an die Generalversammlung zur Verabschiedung des Jahresbudgets (Jahresbudget ist das Budget der Gesellschaft für ein Geschäftsjahr, das jährlich für das jeweils folgende Geschäftsjahr aufgestellt wird) und des Jahresaktivitätenplans (Jahresaktivitätenplan ist die Planung der Aktivitäten und der Geschäftsstrategie der Gesellschaft für ein Geschäftsjahr, die jährlich für das jeweils folgende Geschäftsjahr aufgestellt wird und mit dem Jahresbudget im Einklang steht), einschließlich deren Änderungen;

(b) preparation of, endorsement and submittal to the shareholders' meeting for adoption of the Annual Budget (Annual Budget shall mean the budget of the Company for a financial year to be prepared yearly for the respective following financial year) and the Annual Activity Plan (Annual Activity Plan shall mean the planning of activities and business strategy of the Company for a financial year to be prepared yearly for the respective following financial year and corresponding to the Annual Budget), including amendments thereto;

(c) Ausarbeitung und Billigung der Verfahren der Zusammenarbeit zwischen und innerhalb und zwischen den regionalen Koordinierungszentren und Arbeitsregelungen und Konsultationsverfahren auf denen die Verfahren der Zusammenarbeit beruhen jeweils im Sinne

(c) development and endorsement of cooperative processes within and between regional coordination centres and working arrangements and consultation procedures on which the

von Artikel 38 bis 40 der Verordnung (EU) 2019/943 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 durch einstimmigen Beschluss des Verwaltungsrates;

cooperative processes are based each as specified in Articles 38 to 40 of Regulation (EU) 2019/943 of the European Parliament and of the Council of 5 June 2019 by unanimous resolution of all members of the management board;

(d) Überwachung und Beratung der Geschäftsführer/-innen innerhalb des Zuständigkeitsbereichs des Verwaltungsrats;

(d) monitoring and advising the managing directors within the management board's area of responsibility;

(e) Entwurf, Billigung und Vorlage an die Gesellschafterversammlung zur Verabschiedung einer Geschäftsordnung für die Geschäftsführer/-innen und eines Geschäftsverteilungsplans, in beiden Fällen einschließlich deren Änderungen, welche unter anderem auch eine Pflicht der Geschäftsführer/-innen zur periodischen Berichtserstattung über die Verhältnisse der Gesellschaft an den Verwaltungsrat vorsehen kann, durch einstimmigen Beschluss des Verwaltungsrates.

(e) the drafting, endorsement and submittal of proposal for adoption to the shareholders' meeting of rules of procedure for the managing directors as well as the schedule of responsibilities of the managing directors, each including amendments thereto, which rules of procedure may, inter alia, also provide for an obligation of the managing directors to periodically report to the management board on the affairs of the Company by unanimous resolution of all members of the management board;

- |  |  |
|--|--|
| (f) Entwurf, Billigung und Vorlage an die Gesellschafterversammlung zur Verabschiedung einer Geschäftsordnung für den Verwaltungsrat, einschließlich deren Änderung durch einstimmigen Beschluss des Verwaltungsrates; | (f) the drafting, endorsement and submittal of proposal for adoption to the shareholders' meeting of the rules of procedure for the management board, including amendments thereto by unanimous resolution of all members of the management board; |
| (g) Zustimmung zu Rechtsgeschäften und Maßnahmen, die nach der Geschäftsordnung für die Geschäftsführer/-innen der Zustimmung des Verwaltungsrats bedürfen;  | (g) approval of transactions and measures which according to the rules of procedure for the managing directors require the approval of the management board;   |
| (h) Einberufung der Gesellschafterversammlung nach § 10 Abs. 1 dieser Satzung, einschließlich der Erarbeitung von Beschlussvorschlägen für solche Gesellschafterversammlungen;   | (h) convening the shareholders' meeting pursuant to § 10 para. 1 of these Articles of Association, including the drafting of proposals for resolutions for such shareholders' meetings;  |
| (i) Entwurf, Billigung und Vorlage an die Gesellschafterversammlung zur Verabschiedung von Satzungsänderungen durch einstimmigen Beschluss des Verwaltungsrates.   | (i) the drafting, endorsement and submittal of proposal for adoption to the shareholders' meeting of amendments to these Articles of Association by unanimous resolution of all members of the management board.                                   |

- |   |  |
|---|--|
| <p>(2) Der Verwaltungsrat ist berechtigt, jederzeit die Bücher und Geschäftsunterlagen sowie die Vermögenswerte der Gesellschaft einsehen und zu prüfen oder einzelne Mitglieder oder Sachverständige zu einer solchen Einsichtnahme und Prüfung zu ermächtigen und von den Geschäftsführern/Geschäftsführerinnen einen Bericht über die Angelegenheiten der Gesellschaft zu verlangen.</p> | <p>(2) The management board shall be entitled at any time to inspect and review or authorize individual members or experts to inspect and review the books and records and the assets of the Company and request from the managing directors a report on the affairs of the Company.</p> |
| <p>(3) Der Verwaltungsrat hat der Gesellschafterversammlung in der jährlichen ordentlichen Gesellschafterversammlung Bericht über seine Aufgabenerfüllung im vergangenen Geschäftsjahr zu erstatten.</p>  | <p>(3) At the annual ordinary shareholders' meeting, the management board shall report to the shareholders' meeting on the performance of its tasks during the previous financial year.</p>  |



## **§ 9**

### **Gesellschafterbeschlüsse**

- (1) Die Beschlüsse der Gesellschafter werden in Versammlungen gefasst. Außerhalb von Versammlungen können sie, soweit nicht zwingendes Recht eine andere Form vorschreibt, durch Abstimmung in Schriftform oder Textform gefasst werden, wenn jeder Gesellschafter dieser Form der Abstimmung zustimmt und sich mindestens 80 % der Gesellschafter an der Abstimmung beteiligen oder bei der Abstimmung vertreten sind.
- (2) Gesellschafterbeschlüsse werden mit einer Mehrheit von 80% der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit nicht das Gesetz eine größere Mehrheit vorsieht oder diese Satzung etwas anderes bestimmt. Jeder Gesellschafter hat eine Stimme. Stimmenthaltungen werden bei der Ermittlung des Abstimmungsergebnisses nicht mitgezählt. Gesellschafter gelten auch dann als anwesend, wenn sie sich der Stimme enthalten.

### **Shareholders' Resolutions**

- (1) Resolutions of the shareholders are passed in meetings. Outside a meeting, to the extent mandatory law does not require another form, they can be passed in writing or in text form, if every shareholder has agreed to this form of voting and at least 80 % of the shareholders participate or are represented in the voting.
- (2) As far as neither the statutory law requires a larger majority nor these Articles of Association require otherwise, shareholders' resolutions are passed with a majority of 80 % of the votes cast. Each shareholder has one vote. When determining voting results, abstentions shall not be counted. Shareholders are considered to participate in the decision-making in respect of a resolution even when they abstain from voting.

(3) Unbeschadet anderslautender Bestimmungen werden die folgenden Beschlüsse durch einstimmigen Beschluss aller Gesellschafter, die als Teilnehmender Übertragungsnetzbetreiber einzustufen sind, gefasst:

- (a) Erlass einer Geschäftsordnung für die Geschäftsführer/-innen und eines Geschäftsverteilungsplans, in beiden Fällen einschließlich Änderungen, basierend auf dem Vorschlag des Verwaltungsrats;
- (b) Erlass einer Geschäftsordnung für den Verwaltungsrat, einschließlich deren Änderung, auf und entsprechend dem gebilligten Vorschlag des Verwaltungsrats;
- (c) Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrats;
- (d) Beschlüsse, die nicht ausdrücklich in diesem Absatz (3) aufgeführt sind, bezogen auf EU Energierecht, insbesondere inklusive Verordnungen sowie Entscheidungen der Europäischen Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden und nationaler Regulierungsbehörden der Teilnehmenden Übertragungsnetzbetreiber, außer Beschlüsse gemäß § 9 Abs. 5 lit. C;
- (e) Beschlüsse, die eine Übertragung von Kompetenzen von den Teilnehmenden Übertragungsnetzbetreiber

(3) Notwithstanding anything to the contrary herein, the following resolutions shall be passed unanimously by all shareholders which qualify as Participating TSOs:

- (a) adoption of rules of procedure for the managing directors as well as the schedule of responsibilities of the managing directors, including amendments thereto, on and in accordance with the endorsed proposal of the management board;
- (b) adoption of rules of procedure for the management board, including amendments thereto, on and in accordance with the endorsed proposal of the management board;
- (c) discharge members of the management board;
- (d) resolutions not specifically included in this para (3) related to the EU energy law, including in particular regulations as well as decisions of the European Union Agency for the Cooperation of Energy Regulators and national regulatory authorities of the Participating TSOs except for the resolutions referred to in article 9 para (5) (c);
- (e) resolutions related to the shift of competences from Participating TSOs to a regional coordination centre.

zu den Regionalen Koordinierungszentren vorsehen.

Das Erfordernis der Einstimmigkeit gemäß diesem Artikel 9 Absatz 3 gilt auch für Weisungen an den Verwaltungsrat im Sinne von Artikel 7 Absatz 3.

The unanimity requirement stipulated in this article 9 para (3) shall also apply to instructions to the management board within the meaning of article 7 para (3).

(4) Soweit über die Gesellschafterversammlung nicht eine notarielle Niederschrift aufgenommen wird, ist über die Versammlung (zu Beweis Zwecken nicht als Wirksamkeitsvoraussetzung) eine Niederschrift anzufertigen, in der mindestens Ort und Tag der Sitzung, die Teilnehmer und die Beschlüsse der Gesellschafter anzugeben sind. Die Niederschrift ist von dem/der Vorsitzenden und dem/der Protokollführer/-in zu unterzeichnen. Über Beschlüsse außerhalb von Gesellschafterversammlungen ist (zu Beweis Zwecken, nicht als Wirksamkeitsvoraussetzung) ebenfalls unverzüglich eine Niederschrift anzufertigen, welche mindestens den Tag, die Form der Beschlussfassung, der Inhalt des Beschlusses und die Stimmabgaben anzugeben hat. Jedem Gesellschafter ist unverzüglich eine Abschrift der Niederschrift zu übersenden.

(4) As far as no notary's minutes are kept of the shareholders' meeting, minutes are to be made of the meeting (to serve as a proof, not as a prerequisite of validity), in which at least place and time of the meeting, the participants and the resolutions of the shareholders shall be stated. The minutes are to be signed by the chairperson and the secretary. Also minutes of resolutions passed outside shareholders' meetings shall be made without undue delay (to serve as a proof, not as a prerequisite of validity) in which the day, the form of the passing of the resolution, the contents and the votes cast shall be stated. A copy of the minutes shall be sent to every shareholder without undue delay.

(5) Insbesondere die folgenden Angelegenheiten sind Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung der Gesellschafter:

(a) Änderung der Satzung durch einstimmigen Beschluss aller Gesellschafter, soweit nicht ausdrücklich anders in dieser Satzung geregelt auf und entsprechend dem Vorschlag des Verwaltungsrats;

(b) Definition und Verabschiedung der Strategie und Geschäftspolitik der Gesellschaft;

(c) Verabschiedung des Jahresbudgets und des Jahresaktivitätenplans, einschließlich deren Änderungen, auf und entsprechend dem Vorschlag des Verwaltungsrats;

(d) Feststellung des Jahresabschlusses;

(e) Gewinnverwendung;

(f) Bestellung, Abberufung, Entlastung von Geschäftsführern sowie Abschluss, Änderung und Beendigung von Geschäftsführerdienstverträgen;

(5) In particular, the following matters are subject to shareholders' discussion and decision:

(a) Amendment of these Articles of Association by unanimous resolution of all shareholders, unless explicitly provided otherwise in these Articles of Association on and in accordance with the endorsed proposal of the management board;

(b) Definition and adoption of strategy and business policy of the Company;

(c) Adoption of the Annual Budget and the Annual Activity Plan, including amendments thereto, on and in accordance with the endorsed proposal of the Management Board;

(d) Approval (*Feststellung*) of the annual accounts (*Jahresabschluss*);

(e) Appropriation of profits;

(f) Appointment, dismissal, discharge of managing directors as well as conclusion, amendment and termination of managing director service agreements;

- |  |  |
|--|--|
| <p>(g) Übertragung bestehender oder Abschluss neuer Verträge mit einem oder mehr aber nicht allen Gesellschaftern sowie Änderung oder Beendigung von Verträgen jeweils mit einem oder mehr aber nicht allen Gesellschaftern;</p> <p>(h) Abschluss oder Änderung von Verträgen über die Erbringung von Dienstleistungen gegenüber Nichtgesellschaftern;</p> <p>(i) Erteilung von Prokura und Generalhandlungsvollmacht;</p> <p>(j) Alle über den gewöhnlichen Geschäftsgang hinausgehenden Angelegenheiten insbesondere aber nicht begrenzt auf:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>- Verkauf und/oder Übertragung des Geschäftsbetriebs im Ganzen oder in Teilen mit einstimmigem Beschluss aller Gesellschafter;</li><li>- Errichtung, Erwerb, Verkauf, Veräußerung von anderen Geschäftsbetrieben oder Teilen von Geschäftsbetrieben sowie von Anteilen an anderen Gesellschaftern;</li></ul> | <p>(g) Transfer of existing or conclusion of new contracts with one or more but not all shareholders as well as amendment or termination of contracts with one or more but not all shareholders;</p> <p>(h) Conclusion or amendment of contracts on the provision of services towards non-shareholders;</p> <p>(i) Granting of commercial (<i>Prokura</i>) and general (<i>Generalhandlungsvollmacht</i>) power of attorney;</p> <p>(j) All matters beyond the ordinary course of business, in particular, but not limited to:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>- Sale and/or transfer of the business in whole or in parts by unanimous resolution of all shareholders;</li><li>- Formation, acquisition, sale, disposal of other businesses or parts of businesses as well as shareholdings in other companies;</li></ul> |
|--|--|

(k) Alle Rechtsgeschäfte und Maßnahmen, die nach der Geschäftsordnung für die Geschäftsführer/-innen der Zustimmung der Gesellschafterversammlung bedürfen;

(l) Alle Maßnahmen, zu denen sich die Gesellschafter ihre Zustimmung durch Beschluss vorbehalten haben;

(m) Errichtung, Festsetzung der Anzahl der Mitglieder und Auflösung von Gesellschafterausschüssen;

(n) Erlass, Aufhebung und Änderung von Geschäftsordnungen für Gesellschafterausschüsse.

(k) All transactions and measures to which the approval of the shareholders is required under the rules of procedure for the managing directors;

(l) All measures to which shareholders reserved their right of consent by resolution;

(m) Establishment, determination of the number of members and dissolution of shareholders committees;

(n) Adoption, revocation, and amendment of rules of procedure for shareholders committees.

## **§ 10**

### **Gesellschafterversammlungen**

(1) Gesellschafterversammlungen werden durch den Verwaltungsrat einberufen, soweit Beschlüsse der Gesellschafterversammlungen über das Jahresbudget, den Jahresaktivitätenplan, die Geschäftsordnung für den Verwaltungsrat, die Geschäftsordnung für die Geschäftsführer/-innen oder eine Satzungsänderung zu fassen sind. Der Verwaltungsrat kann einen Geschäftsführer bevollmächtigen, eine Gesell-

### **Shareholders' Meetings**

(1) Shareholders' meetings shall be convened by the management board if resolutions of the shareholders' meeting on the Annual Budget, the Annual Activity Plan, the rules of procedure for the management board, the rules of procedure for the managing directors or an amendment to the Articles of Association are to be adopted. The management board may authorize a managing director to convene a shareholders' meeting on its behalf. In all other cases, the

schafterversammlung in seinem Namen einzuberufen. In allen übrigen Fällen werden Gesellschafterversammlungen durch einen/eine der Geschäftsführer/-innen einberufen. Jeder Gesellschafter kann, je nach Einberufungsbefugnis, entweder von den Geschäftsführern/Geschäftsführerinnen oder dem Verwaltungsrat die Einberufung einer Gesellschafterversammlung unter Angabe des Zwecks und der Gründe der Einberufung verlangen.

- (2) Die Einberufung erfolgt durch eingeschriebenen Brief und zusätzlich per E-Mail an jeden Gesellschafter mit einer Frist von zwei Wochen. Der Lauf der Frist beginnt mit dem auf die Aufgabe des eingeschriebenen Briefes zur Post folgenden Tag. Der Tag der Versammlung wird bei Berechnung der Frist nicht mitgezählt.

- (3) Das Einberufungsschreiben enthält zumindest Zeitpunkt und Ort, soweit die Gesellschafterversammlung physisch stattfindet, oder Zeitpunkt und Zugangsdaten zur Telefon- und/oder Videokonferenzschaltung, soweit die Gesellschafterversammlung fernmündlich stattfindet. Die Tagesordnungspunkte der Hauptversammlung und Beschlussvorschläge sind den

shareholders' meetings shall be convened by one of the managing directors. Each shareholder may, depending on the respective competence for the convocation, demand either from the managing directors or the management board the convocation of a shareholders' meeting stating the purpose and the reasons for the convocation of the meeting.

- (2) The convocation is made by registered letter and in addition by email to every shareholder with a two weeks' notice. The notice period starts with the day after mailing of the registered letter. The day of the meeting is not counted in the calculation of the period.

- (3) The convocation notice shall determine agenda, time and place if the shareholders' meeting is held physically, or the agenda, time and access data for the telephone and/or video conference if the shareholders' meeting is held virtually. The items on the agenda of the shareholders' meeting and the proposed resolutions shall be included in the convocation notice to the shareholders.

Gesellschaftern im Einberufungsschreiben mitzuteilen.

- |   |   |
|---|---|
| <p>(4) Eine Gesellschafterversammlung ist nur beschlussfähig, wenn mindestens 80 % der Gesellschafter vertreten sind. Sind weniger als 80 % der Gesellschafter vertreten, ist unter Beachtung von Absatz 2 und 3 unverzüglich eine neue Gesellschafterversammlung mit gleicher Tagesordnung einzuberufen. Diese ist ohne Rücksicht auf die Anzahl der vertretenen Gesellschafter beschlussfähig, falls hierauf in der Einberufung hingewiesen wurde.</p> <p>(5) Physische Gesellschafterversammlungen finden am Sitz der Gesellschaft oder mit Zustimmung aller Gesellschafter an einem anderen Ort statt.</p> <p>(6) Die Gesellschafterversammlung kann auch fernmündlich mittels Telefon- und/oder Videokonferenzschaltung abgehalten werden, wenn sichergestellt ist, dass jeder Gesellschafter an der Gesellschafterversammlung teilnehmen, den Ausführungen jedes anderen Gesellschafters folgen und sich zu den Beschlussgegenständen äußern kann.</p> <p>(7) Die Gesellschafterversammlung wählt mit Mehrheit von 80 % der abgegebenen Stimmen einen/eine Vorsitzen-</p> | <p>(4) A shareholders' meeting is only quorate (<i>beschlussfähig</i>) if at least 80 % of the shareholders are represented. If less than 80 % are represented, a new shareholders' meeting with the same agenda shall be convened without delay under the terms set forth in paras. 2 and 3 above. The latter is quorate without regard to the number of the represented shareholders if this had been pointed out in the convocation notice.</p> <p>(5) Physical shareholders' meetings take place at the registered office of the Company or, upon approval by all shareholders, at any other place.</p> <p>(6) The Shareholders' meeting may also be held virtually by telephone and/or videoconference if it is ensured that each shareholder can participate in the shareholders' meeting, follow the explanations of each other shareholder and comment on the resolutions.</p> <p>(7) The shareholders' meeting votes on a chairperson and a secretary with a majority of 80 % of the votes cast. The</p> |
|---|---|



den/Vorsitzende und einen/eine Protokollführer/-in. Der/die Vorsitzende leitet die Versammlung.

chairperson directs the meeting.

- (8) Sind sämtliche Gesellschafter anwesend oder vertreten und mit der Beschlussfassung einverstanden, so können Beschlüsse auch dann gefasst werden, wenn die für die Einberufung und Ankündigung geltenden gesetzlichen oder gesellschaftsvertraglichen Vorschriften nicht eingehalten worden sind.

- (8) If all shareholders are present or represented and agree on the decision making, resolutions may be passed even if statutory provisions or those of these Articles of Association for the convocation and the announcement of a meeting are not met.

## **§ 11**

### **Veräußerung von Geschäftsanteilen, Vorerwerbsrecht**

- (1) Die Veräußerung von Geschäftsanteilen und von Teilen eines Geschäftsanteils bedarf der Zustimmung der Gesellschafterversammlung mit einer Mehrheit von 80% der abgegebenen Stimmen, es sei denn der potentielle Abtretungsempfänger oder die von den Gesellschaftern nach § 11 Abs. 6 benannte Person ist kein Übertragungsnetzbetreiber, in diesen Fällen ist ein einstimmiger, zustimmender Beschluss aller Gesellschafter erforderlich.
- (2) Absatz 1 gilt auch für andere Verfügungen über Geschäftsanteile (insbesondere Verpfändung oder Belastung mit einem Nießbrauch) sowie den

### **Assignment of Shares, Right of First Refusal**

- (1) The alienation of shares or parts of shares is subject to the consent of the shareholders' meeting with a majority of 80% of the votes cast unless the potential assignee or the person named by the shareholders' according to § 11 para. 6 is not a transmission system operator in which event a unanimous consenting resolution of all shareholders is required.
- (2) Para. 1 also applies to other dispositions of shares (including, but not limited to, a pledge of shares or a usufruct (*Nießbrauch*) on the shares)

Abschluss von Verträgen über Treuhand, Unterbeteiligung oder ähnliches.

as well as to agreements for trusts, sub-participation or similar.

(3) Vor der Abtretung eines Geschäftsanteils ist der Anteil zunächst den übrigen Gesellschaftern zu gleichen Teilen zum Buchwert des Geschäftsanteils (wie in § 14 Abs. 2 dieser Satzung definiert) zum Erwerb anzubieten. Die Frist zur Annahme des Angebots beträgt einen Monat ab Aufgabe des Angebots zur Post.

(3) Before assigning a share, the share must be offered to the other shareholders for acquisition in equal parts at the book value of the share (as defined in § 14 para. 2 of these Articles of Association). The period for acceptance shall be one month, beginning with postal dispatch of the offer.

(4) Ein Vorerwerbsberechtigter kann sein Vorerwerbsrecht nur hinsichtlich des gesamten ihm gemäß Abs. 3 S.1 zustehenden Anteiles ausüben. Der angebotene Geschäftsanteil ist entsprechend zu teilen. Etwaige nicht teilbare Spitzenbeträge des angebotenen Geschäftsanteiles stehen demjenigen Vorerwerbsberechtigten zu, der sein Vorerwerbsrecht als erster ausgeübt hat.

(4) A holder of a right of first refusal may exercise its right (*Vorerwerbsrecht*) only with regard to the whole portion of the share to which it is entitled according to para. 3 s. 1. The offered share is to be divided accordingly. The holder of the right of first refusal who exercises its right of first refusal first is entitled to any possible non-divisible odd-lots of the offered share.

(5) Wenn alle Vorerwerbsberechtigten ihr Vorerwerbsrecht fristgerecht ausüben, sind die Gesellschafter verpflichtet, ihre Zustimmung zur Übertragung gem. Abs. 1 zu erteilen.

(5) If all holders of a right of first refusal exercise their right of first refusal in time, the shareholders are obliged to grant their consent according to para.1.

(6) Üben nicht alle Vorerwerbsberechtigten ihr Vorerwerbsrecht fristgerecht aus, können die Gesellschafter be-

(6) If not all holders of a right of first refusal exercise their right of first refusal in time, the shareholders can take the resolution that the share is to be

schließen, dass der Geschäftsanteil unter Beachtung von § 33 Abs. 1 und 2 GmbHG zum Buchwert des Geschäftsanteils (wie in § 14 Abs. 2 dieser Satzung definiert) auf die Gesellschaft zu übertragen ist, der Geschäftsanteil eingezogen wird oder der Geschäftsanteil auf eine von den Gesellschaftern zu benennende Person zu übertragen ist. Andernfalls sind die Gesellschafter verpflichtet, ihre Zustimmung gem. Abs. 1 zur Abtretung des Geschäftsanteils an den Abtretungsempfänger zu erteilen, es sei denn, dass wichtige, in der Person des Abtretungsempfängers liegende Gründe dem entgegenstehen. Von einem wichtigen Grund ist insbesondere auszugehen, wenn der Erwerber kein Übertragungsnetzbetreiber ist.

- (7) Das Vorerwerbsrecht gemäß Absatz 3 besteht auch in den Fällen des Absatz 2.

assigned at book value (as defined in § 14 para. 2 of these Articles of Association) to the Company respecting the terms of Section 33 paras. 1 and 2 German Limited Liability Companies Act, the redemption of the share or that the share is to be assigned to a person named by the shareholders. Otherwise the shareholders are obliged to grant their consent to the assignment to the assignee unless there are important conflicting reasons in the person of the assignee. An important conflicting reason is in particular assumed where the assignee is not a transmission system operator.

- (7) The right of first refusal pursuant to para. 3 also applies in the cases under para. 2.

## § 12

### **Einziehung von Geschäftsanteilen**

- (1) Die Gesellschafterversammlung kann ohne Zustimmung des betroffenen Gesellschafters die Einziehung seines Geschäftsanteils beschließen, wenn über das Vermögen des betroffenen Gesellschafters das Insolvenzverfahren oder ein entsprechendes Verfahren in seinem Heimatstaat durch die zuständige Stelle eröffnet ist, die Eröffnung mangels Masse abgelehnt oder die Zwangsvollstreckung in seinen Geschäftsanteil betrieben und diese Maßnahme nicht innerhalb eines Monats, nachdem sie getroffen wurde, wieder aufgehoben wird.
- (2) Die Einziehung ist auch zulässig, wenn in der Person des betreffenden Gesellschafters ein wichtiger Grund vorliegt. Darüber hinaus ist eine Einziehung zulässig, wenn ein Gesellschafter nicht länger Übertragungsnetzbetreiber ist oder wenn die Geschäftsanteile Kraft Gesetz auf einen Rechtsträger übergehen, der kein Übertragungsnetzbetreiber ist.
- (3) Der Beschluss über die Einziehung bedarf einer Mehrheit von 80% abgegebenen Stimmen. Der betroffene Ge-

### **Redemption of Shares**

- (1) The shareholders' meeting may resolve on the redemption (*Einziehung*) of a share without consent of the shareholder concerned, if bankruptcy proceedings or any comparable proceedings in its country of origin are opened (*Eröffnung Insolvenzverfahren*) on the estate of the shareholder concerned by the competent authority, the opening of insolvency proceedings is refused due to lack of assets (*mangels Masse*) or the execution (*Zwangsvollstreckung*) levied on its share is not lifted within a month after this measure had been taken.
- (2) Redemption is also permitted, if there is good cause in the person of the shareholder in question. Furthermore, redemption is permitted if a shareholder is no longer a transmission system operator or if the shares are transferred by operation of law to an entity that is not a transmission system operator.
- (3) The resolution for redemption requires a majority of 80% of the votes cast. The shareholder concerned does not have a right to vote.

sellschafter hat kein Stimmrecht.

- (4) Statt der Einziehung kann die Gesellschafterversammlung mit derselben Mehrheit beschließen, dass der Anteil ganz oder zum Teil von der Gesellschaft unter Beachtung des § 33 Abs. 1 und 2 GmbHG erworben oder auf eine oder mehrere von ihr benannte Personen übertragen wird. Die Gesellschaft darf in keinem Fall mehr als 50% der eigenen Geschäftsanteile halten.

- (5) Die Höhe der Abfindung und die Zahlungsweise bestimmen sich nach § 14 dieser Satzung.

- (4) Instead of redemption the shareholders' meeting can decide with the same majority that the share is to be assigned completely or partly to the Company respecting the terms of Section 33 paras. 1 and 2 German Limited Liability Companies Act or to one or several persons named by the Company. The Company must not hold more than 50% of its own shares.

- (5) The amount of the compensation and its payment are determined pursuant to § 14 of these Articles of Association.

### **§ 13**

#### **Kündigung**

- (1) Jeder Gesellschafter kann seine Beteiligung an der Gesellschaft mit einer Frist von sechs Monaten zum Ende eines Geschäftsjahres ordentlich kündigen, frühestens jedoch zum

#### **Notice of Termination**

- (1) Every shareholder may terminate its participation in the Company (ordinary termination) with a notice period of six months to the end of a financial year, at the earliest on

**31.12.2017.**

Die Kündigung aus wichtigem Grund ist jederzeit fristlos zulässig.

However, the termination for good cause (*Kündigung aus wichtigem Grund*) is permitted without prior notice at any time.

- |   |   |
|---|---|
| <p>(2) Die Kündigung erfolgt mit eingeschriebenem Brief. Sie ist an die Gesellschaft und an alle Gesellschafter zu richten. Maßgebend für die Rechtzeitigkeit der Kündigung ist der Zugang bei der Gesellschaft.</p> <p>(3) Die Kündigung hat nicht die Auflösung der Gesellschaft, sondern nur das Ausscheiden des kündigenden Gesellschafters zur Folge.</p> <p>(4) Der ausscheidende Gesellschafter ist verpflichtet, nach Wahl der verbleibenden Gesellschafter seinen Geschäftsanteil an alle Gesellschafter anteilmäßig oder an einen zu benennenden Dritten oder unter Beachtung der Bestimmungen des § 33 GmbHG an die Gesellschaft selbst abzutreten oder die Einziehung des Anteils zu dulden. Für die Einziehung gelten die Bestimmungen in dieser Satzung. Wird bis zum Ablauf der Kündigungsfrist dem ausscheidenden Gesellschafter niemand benannt, an den er seinen Geschäftsanteil abzutreten hat oder die Einziehung des Anteils nicht beschlossen, ist die Gesellschaft aufgelöst und wird liquidiert.</p> <p>(5) Der ausscheidende Gesellschafter erhält eine Abfin-</p> | <p>(2) Notice of termination is carried out by registered letter. It must be addressed to the Company and to all shareholders. Timeliness of the notice of termination is determined by receipt by the Company.</p> <p>(3) The notice of termination does not bring about dissolution of the Company but only the withdrawal (<i>Ausscheiden</i>) of the terminating shareholder.</p> <p>(4) The withdrawing shareholder is obliged to assign its share, subject to the choice of the remaining shareholders, to all shareholders in part or to a third party to be nominated or to the Company itself in accordance with the provisions of Section 33 German Limited Liability Companies Act or to tolerate the redemption of the share. As to the redemption the provisions of these Articles of Association apply. If until expiry of the notice period no one is named to the withdrawing shareholder to whom it must assign its share, or the resolution on the redemption of the share is not passed, the Company is dissolved and enters into liquidation.</p> <p>(5) The withdrawing shareholder will receive a compensation.</p> |
|---|---|

dung. Die Höhe der Abfindung und die Zahlungsweise sind in dieser Satzung geregelt.

The amount of the compensation and its payment are determined by these Articles of Association.

## **§ 14**

### **Abfindung**

- (1) Scheidet ein Gesellschafter, gleich aus welchem Grunde, aus der Gesellschaft aus, erhält er eine Abfindung.
- (2) Die Abfindung beläuft sich auf den Buchwert des Geschäftsanteils. Der Buchwert des Geschäftsanteils wird bestimmt auf der Basis der Eigenkapitalposition der Gesellschaft (wie in § 266 Abs. 3 Buchstabe (A) Handelsgesetzbuch definiert) wie im letzten festgestellten Jahresabschluss der Gesellschaft ausgewiesen. Dieser Betrag wird multipliziert mit dem Nennwert des betroffenen Geschäftsanteils dividiert durch das gesamte Stammkapital der Gesellschaft. Wenn während der Zeit zwischen dem Bilanzstichtag und dem Zeitpunkt des Ausscheidens des Gesellschafters an diesen Gewinne ausgeschüttet wurden, sind diese abzuziehen. Wenn der Zeitpunkt des Ausscheidens des Gesellschafters mit dem Ende eines Geschäftsjahres korrespondiert findet der Buchwert des Geschäftsanteils (wie oben

### **Compensation**

- (1) If a shareholder leaves the Company for whatever reason, it receives a compensation.
- (2) The compensation amounts to the book value of the share. The book value of the share is determined on the basis of the equity position of the Company (as defined in Section 266 para. 3 lit. (A) German Commercial Code) as displayed in the last established annual financial accounts (*festgestellter Jahresabschluss*) of the Company. This amount is multiplied by the nominal value of the concerned share divided by the whole subscribed capital of the Company. If, during the period between the date of the financial accounts and the date of the exit of the shareholder, profits were distributed to the concerned shareholder these shall be subtracted. If the date of the exit of the shareholder corresponds to the end of a financial year the book value of the share (as defined above) ac-

definiert) gemäß dem festgestellten Jahresabschluss der Gesellschaft zum Zeitpunkt des Ausscheidens Anwendung. Bei dem angewendeten Jahresabschluss hat es sich um einen geprüften Jahresabschluss zu handeln.

- (3) Besteht die Vermutung, dass der Buchwert der Aktiva wesentlich vom wahren Wert der Aktiva abweicht, so ist der Wert der Aktiva durch einen von der für die Gesellschaft zuständigen Industrie- und Handelskammer benannten Angehörigen der wirtschafts- und steuerberatenden Berufe zu ermitteln. Sollte sich durch das Ergebnis der Überprüfung die Vermutung bestätigen, sind zum Zwecke der Berechnung der Abfindung die betroffenen Positionen im Aktivvermögen entsprechend anzupassen mit korrespondierender Auswirkung auf die Eigenkapitalposition in der Bilanz und die so ermittelte Eigenkapitalposition bei der Berechnung der Abfindung gemäß Abs. 2 zugrunde zu legen. Soweit bereits eine Abfindung ausbezahlt wurde, ist die durch die Überprüfung ermittelte Differenz innerhalb von drei Monaten nach finaler Ermittlung des Wertes der Eigenkapitalposition zu bezahlen.

- (4) Die Abfindung ist innerhalb

according to the established annual financial accounts of the Company as at the exit date shall apply. The applied annual financial accounts shall in any case be audited.

- (3) If there is a presumption that the book value of the assets considerably deviates from the real value of the assets, the real value of the assets is to be ascertained by a member of an economic or tax advising profession named by the chamber of industry and commerce competent for the Company. If the presumption is confirmed by the result of the verification, for the purpose of the calculation of the compensation the concerned positions of the assets shall be adjusted accordingly with a corresponding effect on the equity position in the balance sheet and the equity position determined like this shall be the basis for the calculation of the compensation in accordance with para. 2. To the extent a compensation has already been paid the difference identified by the verification shall be paid within three months of the final determination of the value of the equity position.

- (4) The compensation must be paid within six months after



von sechs Monaten nach Ausscheiden des Gesellschafters zu bezahlen.

the shareholder left the Company.

## **§ 15**

### **Anfechtung von Beschlüssen**

Gesellschafterbeschlüsse können nur innerhalb eines Monats ab Zugang der Niederschrift über den Gesellschafterbeschluss durch Klageerhebung beim zuständigen Gericht am Sitz der Gesellschaft angefochten werden.

### **Challenges to Shareholders' Resolutions**

Any lawsuit to contest a shareholders' resolution must be instituted at the competent court at the domicile of the Company within one month following receipt of the minutes on the shareholders' resolution.

## **§ 16**

### **Auflösung der Gesellschaft**

Die Gesellschafterversammlung kann die Auflösung der Gesellschaft mit einer Mehrheit von 80% aller vorhandenen Stimmen beschließen.

### **Dissolution of the Company**

The shareholders' meeting can decide on the dissolution (*Auflösung*) of the Company with a majority of 80% of all available votes.

## **§ 17**

### **Salvatorische Klausel**

Sollte eine Bestimmung dieser Satzung unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so bleiben alle übrigen Bestimmungen dieser Satzung wirksam.

Alle Gesellschafter sind verpflichtet, durch Gesellschafterbeschluss die unwirksame oder nicht durchführbare Bestimmung durch eine solche wirksame oder durchführbare zu ersetzen, durch die der mit

### **Severability**

If a provision of these Articles of Association should be or become invalid or inexecutable, the remaining provisions of these Articles of Association shall stay effective.

All shareholders have an obligation to replace the invalid or inexecutable provision by shareholders' resolution with such valid and executable provision, by which the economic purpose intended with the invalid or inexecutable provision

der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung verfolgte wirtschaftlichen Zweck in zulässiger Weise so weit wie möglicherweise erreicht werden kann.

can be achieved as far as possible in a permitted way.

Entsprechendes gilt für etwaige Satzungslücken.

The same applies to possible gaps in these Articles of Association.

## **§ 18**

### **Bekanntmachungen der Gesellschaft**

### **Announcements of the Company**

Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen, soweit sie gesetzlich vorgeschrieben sind, im Bundesanzeiger.

Announcements of the Company are published, where required by law, in the Federal Gazette (*Bundesanzeiger*).

## **§ 19**

### **Verweisungen**

### **References**

Soweit in dieser Satzung keine abweichenden Bestimmungen getroffen sind, gelten die Bestimmungen des Gesetzes betreffend die Gesellschaft mit beschränkter Haftung in dessen jeweils geltender Form.

As far as these Articles of Association do not contain divergent provisions, the provisions of the German Limited Liability Companies Act will apply in the respective current form.

**§ 20**

**Gründungsaufwand**

Die Gesellschaft trägt den Gründungsaufwand (Kosten der Beurkundung, der Eintragung im Handelsregister, sonstige Rechts- und Steuerberatungskosten) in Höhe von bis zu

**Expenses of Formation**

The Company is liable for the expenses of the formation (*Gründungsaufwand*) (notary's fees, fees of registration, other fees for legal and tax advice) up to the amount of

**€ 2.500**

(in Worten Euro zweitausendfünfhundert).

(in words Euro two thousand five hundred).

**Der englische Text hat Vorrang. Der deutsche Text dient nur als Übersetzung.**

**The English text prevails. The German text serves only as a convenience translation.**

**Ende der Satzung**

**End of the Articles of Association**

**Geschäftsordnung für die Geschäfts-  
führung der**

**Rules of Procedure for the managing  
directors of**

**TSCNET Services GmbH**

mit Sitz in München, eingetragen im Handelsregister beim Amtsgericht München unter HRB 214951 (die "**Gesellschaft**")

domiciled in Munich, registered with the commercial register at the local court of Munich under HRB 214951 (the "**Company**")

Gemäß § 9 Abs. 3 lit. a der Satzung (die "**Satzung**") der TSCNET Services GmbH (die "**Gesellschaft**") hat die Gesellschafterversammlung der Gesellschaft auf den vom Verwaltungsrat der Gesellschaft (der "**Verwaltungsrat**") gemachten und gebilligten Vorschlag mit Beschluss vom [●] die folgende Geschäftsordnung für die Geschäftsführung erlassen:

Pursuant to article 9 para. (3) (a) of the articles of association (the "**Articles of Association**") of TSCNET Services GmbH (the "**Company**"), the shareholders' meeting of the company adopted upon the proposal endorsed by the management board of the Company (the "**Management Board**") the following rules of procedure for the managing directors by resolution dated [●]:

**1. Allgemeine Bestimmungen**

**1. General**

1.1 Die Geschäftsführer/-innen führen die Geschäfte der Gesellschaft nach Maßgabe der anwendbaren Gesetze, der Satzung der Gesellschaft, dieser Geschäftsordnung, des Geschäftsverteilungsplans, ihrer Dienstverträge sowie den Weisungen des Verwaltungsrats innerhalb seines Aufgabenbereichs und den Weisungen der Gesellschafterversammlung. Weisungen der Gesellschafterversammlung gehen denjenigen des Verwaltungsrats vor.

1.1 The managing directors run the business of the Company in accordance with applicable law, the Articles of Association of the Company, these Rules of Procedure, the schedule of responsibilities, their service contracts and the instructions of the management board within its area of responsibility and the instructions of the shareholders meeting. Instructions of the shareholders' meeting shall prevail over instructions of the management board.

1.2 Die Geschäftsführer/-innen sind gemeinsam für die Geschäftsführung der Gesellschaft verantwortlich. Unbeschadet des Vorgenannten führt jeder/jede Geschäftsführer/-in den ihm/ihr nach dem Geschäftsverteilungsplan zugewiesenen Geschäftsbereich selbständig. Er/sie ist jedoch gehalten, die Interessen des ihm/ihr gemäß Geschäftsverteilungsplan zugewiesenen Geschäftsbereichs stets dem Gesamtwohl der Gesellschaft unterzuordnen sowie etwaige Geschäftsführungsbeschlüsse zu befolgen.

1.2 The managing directors are together responsible for managing the business of the Company. Irrespective of the above, each managing director runs the business area assigned to him/her pursuant to the schedule of responsibilities independently. He/she shall, however, in any case subordinate the interest of the business area assigned to him/her to the best interest of the Company as a whole and follow possible resolutions of the managing directors.

1.3 The managing directors cooperate with each other and the other bodies of the Company in the best in-

1.3	Die Geschäftsführer/-innen arbeiten untereinander und mit den übrigen Organen der Gesellschaft zum Wohle der Gesellschaft und auf der Basis gegenseitigen Vertrauens zusammen. Sie unterrichten sich laufend gegenseitig, mindestens in jeder Geschäftsführungssitzung über alle wesentlichen Maßnahmen und Vorgänge aus ihren jeweiligen Geschäftsbereichen sowie auf Nachfrage auch über sonstige einzelne Angelegenheiten.		terests of the Company on the basis of mutual trust. They shall inform each other continuously, at least in every managing directors' meeting about all essential measures and matters of their respective business areas and on request also about any other matters.
1.4	Wenn eine Maßnahme und/oder ein Vorgang eines Geschäftsbereiches zugleich einen anderen oder mehrere anderen Geschäftsbereiche betrifft oder über eine Maßnahme und/oder einen Vorgang ein Geschäftsführungsbeschluss herbeizuführen ist, muss sich der/die betroffene Geschäftsführer/-in zuvor mit dem/der/den anderen beteiligten Geschäftsführer(n)/-in(nen) abstimmen.	1.4	If a measure and/or operation of one business area concerns (an)other business area(s) at the same time or if with regard to a measure and/or operation a resolution of the managing directors is required, the concerned managing director has to align with the other concerned managing director(s) in advance.
1.5	Jeder/jede Geschäftsführer/-in ist verpflichtet, bei Bedenken gegen Maßnahmen und/oder Vorgänge in einem anderen Geschäftsbereich, die Bedenken mit dem/der zuständigen Geschäftsführer/-in zu diskutieren.	1.5	In the event of concerns against measures and/or operations in another business area, each managing director is obliged to discuss such concerns with the competent other managing director.
1.6	Kommt in den in Ziffern 1.4 und 1.5 genannten Fällen eine Einigung zwischen den Geschäftsführern/Geschäftsführerinnen nicht zustande, sollen die Geschäftsführer/-innen die Angelegenheit der Gesellschafterversammlung oder, soweit es sich um eine Angelegenheit handelt, für die der Verwaltungsrat zuständig ist, dem Verwaltungsrat unter Offenlegung der Meinungsverschiedenheit zur Beschlussfassung vorlegen.	1.6	If in the situations mentioned above in Sections 1.4 and 1.5 an agreement between the managing directors cannot be reached, the managing directors shall present the matter, explaining the difference in opinions, to the shareholders meeting or, if it is a matter for which the management board is competent, to the management board for passing a resolution.
1.7	Die vorgenannte vorherige Abstimmung oder Beschlussfassung kann ausnahmsweise	1.7	The aforementioned prior alignment or passing of a resolution may, as an exception, be omitted

durch einen/eine Geschäftsführer/-in unterbleiben, soweit eine sofortige Maßnahme nach pflichtgemäßem Ermessen zur Vermeidung erheblicher drohender Nachteile für die Gesellschaft erforderlich und eine vorherige Abstimmung oder Beschlussfassung zeitlich nicht möglich ist. Über ein solches selbständiges Handeln sind die übrigen Geschäftsführer/-innen und die Vorsitzenden des Verwaltungsrates und der Gesellschafterversammlung sofort zu unterrichten.

by a managing director, to the extent that according to best judgement an immediate measure is required to avoid considerable disadvantages for the Company and the prior alignment or passing of a resolution is time-wise impossible. The other managing directors and the chairpersons of the management board and the shareholders' meeting shall be informed immediately about such an independent action.

## **2. Sitzungen und Beschlüsse der Geschäftsführung**

## **2. Meetings and resolutions of the managing directors**

2.1 Sitzungen der Geschäftsführung sollen in regelmäßigen Abständen stattfinden. Sie müssen - unter Einhaltung einer angemessenen Frist - stattfinden, wenn das Interesse der Gesellschaft es erfordert oder einer/eine der Geschäftsführer/-innen die Einberufung verlangt.

2.1 Meetings of the managing directors shall take place regularly. They must take place - observing a reasonable notice period - if the interest of the Company requires so or if one of the managing directors requests the convocation.

2.2 Geschäftsführungsbeschlüsse werden grundsätzlich in Sitzungen gefasst. Wenn alle Geschäftsführer/-innen im Voraus zustimmen, können Beschlüsse auch außerhalb von Sitzungen durch schriftliche (insbesondere einschließlich Telefax oder Email) oder mündliche (insbesondere einschließlich per Telefon oder Videokonferenz) Stimmabgabe gefasst werden.

2.2 Resolutions of the managing directors are generally passed in meetings. If all managing directors agree in advance, resolutions of the managing directors can also be passed outside of meetings in writing (in particular including by means of fax or email) or orally (in particular including by phone or videoconference).

2.3 Die Geschäftsführung ist beschlussfähig, wenn alle Geschäftsführer/-innen an der Beschlussfassung teilnehmen.

2.3 The managing directors as a corporate body (all managing directors) are quorate, if all managing directors participate in taking the resolution.

2.4 Abwesende Geschäftsführer/-innen können an Beschlussfassungen der Geschäftsführung auch dadurch teilnehmen, dass sie durch andere Geschäftsführer/-innen schriftliche Stimmabgaben überreichen lassen.

2.4 Absent managing directors can take part in resolutions of the managing directors also by written voting presented by other managing directors.

2.5	Beschlüsse der Geschäftsführung werden einstimmig gefasst.	2.5	Resolutions of the managing directors are taken unanimously.
2.6	Über jede Sitzung und Beschlussfassung der Geschäftsführung (außerhalb von Sitzungen der Geschäftsführung) ist eine Niederschrift anzufertigen. Die Niederschrift ist von allen Geschäftsführern/Geschäftsführerinnen zu unterzeichnen.	2.6	On each meeting and resolution of the managing directors (outside meetings of the managing directors) minutes shall be taken. The minutes are to be signed by all managing directors.
2.7	Im Fall eines Interessenkonflikts zwischen der Gesellschaft und einem/einer Geschäftsführer/-in, seinem/ihrer Ehegatten/Ehegattin oder Lebensgefährten/Lebensgefährtin, einem/einer Verwandten bis zum zweiten Grad oder einer anderen Person zu der der/die Geschäftsführer/-in anderweitig eine persönliche Beziehung hat, soll der/die Geschäftsführer/-innen über den Interessenkonflikt unverzüglich informieren, sicherstellen, dass die Information in der Niederschrift über die Sitzung der Geschäftsführung dokumentiert wird und an der Abstimmung über die Angelegenheit nicht teilnehmen.	2.7	In the case of a conflict of interests between the Company and a managing director, his/her spouse/life partner, a relative up to the second degree or a person with whom he/she otherwise has a personal relationship, such managing director shall inform the other managing director(s) of the conflict of interest without undue delay, ensure that the information is documented in the minutes of the meeting of the managing directors and refrain from voting on the matter in question.
<b>3.</b>	<b>Maßnahmen, die einen Beschluss der Geschäftsführung erfordern</b>	<b>3.</b>	<b>Measures that require a resolution of the managing directors</b>
3.1	Die gesamte Geschäftsführung (alle Geschäftsführer) beschließt:	3.1	The managing directors as a corporate body (all managing directors) resolves on:
	(a) in allen Angelegenheiten, für die das Gesetz, die Satzung der Gesellschaft oder diese Geschäftsordnung eine Entscheidung durch die Geschäftsführung vorsehen;	(a)	all matters for which the law, the Articles of Association of the Company or these Rules of Procedure require a resolution by the managing directors;
	(b) über die Einberufung der Gesellschafterversammlung oder des Verwaltungsrats, über Anträge und Vorschläge der Geschäftsführung zur Beschlussfassung durch die	(b)	the convocation of the shareholders' meeting or the management board, applications and proposals of the managing directors for resolutions of the shareholders' meeting

	<p>Gesellschafterversammlung oder durch den Verwaltungsrat und über alle Angelegenheiten bezüglich derer die Zustimmung der Gesellschafterversammlung und/oder des Verwaltungsrates einzuholen ist, es sei denn Ziffern 1.6 und 1.7 finden Anwendung;</p>	<p>or the management board and on all matters with regard to which the consent of the shareholders' meeting and/or the management board has to be applied for, unless Sections 1.6 and 1.7 apply;</p>
	<p>(c) über grundsätzliche Fragen der Organisation, der Geschäftspolitik einschließlich Allgemeine Geschäftsbedingungen sowie der Investitions- und Finanzplanung der Gesellschaft;</p>	<p>(c) fundamental questions of the organization, the business policy including general terms and conditions as well as the investment and the financial planning of the Company;</p>
	<p>(d) alle Angelegenheiten, die nicht gemäß Geschäftsverteilungsplan ausschließlich dem Geschäftsbereich eines/einer Geschäftsführers/Geschäftsführerin zugeordnet sind;</p>	<p>(d) all matters that are not assigned by the schedule of responsibilities exclusively to the business area of one managing director;</p>
	<p>(e) über alle anderen Fragen, über die gemäß Beschluss der Geschäftsführung, gemeinsam zu entscheiden ist.</p>	<p>(e) all other matters, which, according to resolution of the managing directors, have to be decided jointly.</p>
3.2	<p>Die Geschäftsführung kann per Beschluss einzelne Geschäftsführer /-innen mit der Durchführung der Beschlüsse und mit der Ausführung von Maßnahmen beauftragen, die der Geschäftsführung obliegen.</p>	<p>3.2 The managing directors as a corporate body (all managing directors) may, by resolution, instruct single managing directors to execute the resolutions and the measures, which have to be executed by the managing directors as corporate body (all managing directors).</p>
<b>4.</b>	<p><b>Zustimmungspflichtige Geschäftsführungsmaßnahmen</b></p>	<p><b>4. Measures of the managing directors requiring consent</b></p>
4.1	<p>Zusätzlich zu den in der Satzung der Gesellschaft genannten Maßnahmen, bedürfen nachfolgende Maßnahmen der vorherigen Zustimmung der Gesellschafterversammlung:</p>	<p>4.1 Apart from the ones listed in the Articles of Association of the Company, the following matters require the prior consent of the shareholders' meeting:</p>
	<p>(a) Ausübung eines genehmigten Kapitals und Abschluss</p>	<p>(a) Use of an approved capital and conclusion of all</p>



	<p>aller damit im Zusammenhang stehenden Vereinbarungen mit den Übernehmern der neuen Anteile insbesondere über ein Aufgeld;</p>	<p>agreements with the subscribers of the new share(s) in connection therewith, in particular on a share premium;</p>
(b)	Errichtung und Auflösung von Zweigniederlassungen;	(b) Establishment and dissolution of branches;
(c)	Erwerb, Verkauf, Verfügung über und/oder Belastung von Grundstücken;	(c) Acquisition, sale, disposal of and/or encumbrance of real estate;
(d)	<p>Einseitige Erklärungen sowie Abschluss, Änderung und Beendigung von Verträgen (einschließlich einer Reihe von miteinander zusammenhängenden Verträgen), die nicht im Jahresbudget und Jahresaktivitätenplan der Gesellschaft spezifiziert sind und jeweils eine Verfügung über Rechte und / oder Gegenstände, eine Verpflichtung oder eine Ausgabe im Wert von mehr als 50 000 EUR während ihrer Laufzeit zur Folge haben oder die (wie z.B. Mietvertrag über Geschäftsräume etc.) einen wesentlichen Einfluss auf das Geschäft der Gesellschaft haben;</p>	<p>(d) Unilateral declarations or conclusion, termination and amendment of contracts (including series of related contracts) that are not specified in the annual budget and the annual activity plan of the Company and lead to a disposal of assets or rights, an obligation or expenditure in the value of more than EUR 50,000 respectively during their term and/or which have a significant impact on the business of the Company (e.g. rental agreement on business premises, etc.);</p>
(e)	<p>Bezüglich der folgenden über den gewöhnlichen Geschäftsgang hinausgehenden Angelegenheiten ist die Zustimmung erforderlich für:</p>	<p>(e) With regard to the following matters beyond ordinary course of business consent is required for:</p>
(A)	Aufnahme von Darlehen und/oder Einrichtung von Kreditrahmen;	(A) Taking up of loans and/or set up of credit facilities;
(B)	Einräumung von Darlehen und/oder Kreditrahmen über den gewöhnlichen Geschäftsgang hinaus;	(B) Granting of loans and/or credit facilities beyond ordinary course of business;

- |  |  |
|--|--|
| <p>(C) Stellen von Sicherheiten z. B. Garantien/Bürgschaften und Belastung von Vermögensgegenständen (z.B. Pfandrecht) außer von Eigentumsvorbehalt im Rahmen des gewöhnlichen Geschäftsgangs;</p>   | <p>(C) Granting of securities e.g. guarantees and encumbrance of assets (e.g. lien) except for retention of title in the ordinary course of business;</p>  |
| <p>(D) Eingehen von Rechtsstreitigkeiten (einschließlich Schiedsverfahren) und Fortsetzung von solchen Rechtsstreitigkeiten in der jeweils nächsten Instanz;</p>   | <p>(D) Entering into (including arbitration proceedings) and continuation of such legal proceedings in the respective higher instance;</p>   |
| <p>(E) Eingehen von Pensionsverpflichtungen, sowie Einrichtung betrieblicher Altersversorgungssysteme sowie jegliche soziale Maßnahmen gegenüber Angestellten für die es keine zugrundeliegende rechtliche Verpflichtung gibt und die einen nicht unwesentlichen wirtschaftlichen Effekt auf die Gesellschaft haben; und</p> | <p>(E) Agreement on pension commitments as well as establishment of company pension schemes as well as any social measures towards employees for which there is no underlying legal obligation and which have a not insignificant effect on the Company; and</p> |
| <p>(F) Jegliche Maßnahmen, die eine Überschreitung des Jahresbudgets insgesamt oder einzelner Budgetpositionen in Höhe von jeweils mehr als 5 % zur Folge haben.</p>   | <p>(F) All measures which would result in a transgression of the overall annual budget respectively single positions of the annual budget by more than 5%.</p>   |

## 5. Berichtspflichten

Die Geschäftsführer/-innen erstatten dem Verwaltungsrat monatlich Bericht über die Finanzlage und regelmäßig, mindestens vierteljährlich, sowie bei Bedarf und auf Anfrage über den Gang der Geschäfte insbesondere die operative Tätigkeit und die Lage der Gesellschaft. Außerdem erstatten die Geschäftsführer/-innen der Gesellschafterversammlung regelmäßig Bericht, mindestens zu jeder regulären Sitzung sowie bei Bedarf und auf Anfrage

## 5. Reporting duties

The managing directors report to the shareholders' meeting monthly on the financial situation and regularly, at least quarterly as well as when necessary and on request on the course of the business in particular the situation of the Company. Moreover, the managing directors report to the management board regularly, at least in each regular meeting as well as when necessary and on re-

über den Gang der Geschäfte insbesondere die operative Tätigkeit und die Lage der Gesellschaft.

Die Berichterstattung erfolgt schriftlich und mündlich.

**6. Sprache**

Der englische Text hat Vorrang. Der deutsche Text dient nur als Übersetzung.

Ende der Geschäftsordnung

quest, on the course of the business within the management board's area of responsibility.

Reports are provided in writing and orally.

**6. Language**

The English text prevails. The German text serves only as a convenience translation.

End of Rules of Procedure

\*\*\*

## Geschäftsordnung

für den

### Verwaltungsrat der TSCNET Services GmbH, München

Gemäß § 9 Abs. 3 lit. b der Satzung (die "**Satzung**") der TSCNET Services GmbH (die "**Gesellschaft**") hat die Gesellschafterversammlung der Gesellschaft auf den vom Verwaltungsrat der Gesellschaft (der "**Verwaltungsrat**") gemachten und gebilligten Vorschlag mit Beschluss vom [●] die folgende Geschäftsordnung (die "**Geschäftsordnung**") für den Verwaltungsrat erlassen:

#### 1. Aufgaben des Verwaltungsrats

1.1 Der Verwaltungsrat nimmt die Aufgaben wahr, die ihm durch die geltenden Gesetze, insbesondere die Verordnung (EU) 2019/943 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 über den Elektrizitätsbinnenmarkt, die Satzung und die Geschäftsordnung für die Geschäftsführer/-innen der Gesellschaft übertragen wurden. Dementsprechend verabschiedet der Verwaltungsrat Maßnahmen in Zusammenhang mit der Leitung der Gesellschaft und überwacht die Tätigkeit der Gesellschaft, insbesondere die Tätigkeit der Geschäftsführer/-innen der Gesellschaft.

1.2 Jedes Verwaltungsratsmitglied trägt dafür Sorge, dass ihm für die Wahrnehmung seiner Aufgaben ausreichend Zeit zur Verfügung steht und dass es während seiner Amtszeit die persönlichen Voraussetzungen nach § 100 Abs. 1 AktG erfüllt.

## Rules of Procedure

for the

### Management Board of TSCNET Services GmbH, Munich

Pursuant to article 9 para. (3) (b) of the articles of association (the "**Articles of Association**") of TSCNET Services GmbH (the "**Company**"), the shareholders' meeting of the company adopted upon the proposal endorsed by the management board of the Company (the "**Management Board**") the following Rules of Procedure (the "**Rules of Procedure**") for the Management Board by resolution dated [●]:

#### 1. Tasks of the Management Board

1.1 The Management Board carries out the tasks assigned to the Management Board by the applicable laws, in particular Regulation (EU) 2019/943 of the European Parliament and the Council of 5 June 2019 on the internal market for electricity, the Articles of Association and the rules of procedure for the managing directors of the Company. Accordingly, the Management Board shall adopt measures related to the governance of the Company and monitor the performance of the Company, in particular of the managing directors of the Company

1.2 Each member of the Management Board shall make sure that sufficient time is available to him/her to exercise his/her duties and that during his/her office he/she complies with the personal requirements according to Section 100 para. 1 German Stock Corporation Act.

<b>2.</b>	<b>Rechte und Pflichten der Verwaltungsratsmitglieder</b>	<b>2.</b>	<b>Rights and obligations of the members of the Management Board</b>
2.1	Jedes Verwaltungsratsmitglied hat die gleichen Rechte und Pflichten	2.1	Each member of the Management Board has the same rights and obligations.
2.2	Jedes Verwaltungsratsmitglied ist an die Weisungen der Generalversammlung der Gesellschaft gebunden, soweit diese Weisungen mit den geltenden Gesetzen und dieser Satzung im Einklang stehen und nicht die Überwachungsaufgabe des Verwaltungsrats betreffen.	2.2	Each member of the Management Board shall be bound by the instructions of the shareholders' meeting of the Company to the extent such instructions comply with the applicable laws and the Articles of Association and do not concern the monitoring task of the Management Board.
<b>3.</b>	<b>Wahl des Vorsitzenden, des stellvertretenden Vorsitzenden und des Schriftführers</b>	<b>3.</b>	<b>Election of the chairperson, vice-chairperson and secretary</b>
3.1	Der Verwaltungsrat wählt aus seiner Mitte einen/eine Vorsitzenden/Vorsitzende und einen/eine stellvertretenden/stellvertretende Vorsitzenden/Vorsitzende des Verwaltungsrats. Bei der Wahl bestimmt der Verwaltungsrat die Amtszeit des/der Vorsitzenden und des/der Stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsrats, die jeweils mindestens ein Jahr beträgt.	3.1	The Management Board elects from among its members a chairperson and a vice-chairperson of the Management Board. With the election, the Management Board determines the term of office for the chairperson and the vice-chairperson of the Management Board which shall be at least one year for each.
3.2	Sofern der/die Vorsitzende oder der/die Stellvertretende Vorsitzende aus dem Verwaltungsrat ausscheidet, endet ihr Amt als Vorsitzender/Vorsitzende oder stellvertretender/stellvertretende Vorsitzender/Vorsitzende des Verwaltungsrats automatisch.	3.2	If the chairperson or the vice-chairperson ceases to be a member of the Management Board, his/her position as chairperson or vice-chairperson of the Management Board shall automatically terminate.
3.3	Das Amt als Vorsitzender/Vorsitzende und/oder als stellvertretender/stellvertretende Vorsitzender/Vorsitzende des Verwaltungsrats kann durch Beschluss des Verwaltungsrats widerrufen werden, bei dem der/die betroffene	3.3	Revocation of the office as chairperson and/or vice-chairperson of the Management Board is possible by Management Board resolution in which the concerned chairperson and/or vice-chairperson may not vote.

Vorsitzende und/oder stellvertretende Vorsitzende nicht stimmberechtigt ist/sind.

- |           |   |           |   |
|-----------|---|-----------|---|
| 3.4       | Der Verwaltungsrat hat durch Beschluss des Verwaltungsrats eine Person zum/zur Schriftführer/-in des Verwaltungsrats zu bestellen. Der/die Schriftführer/-in muss nicht zwingend ein Mitglied des Verwaltungsrats sein. Der/die Schriftführer/-in fertigt die Niederschriften über die Sitzungen an. Er/sie kann jederzeit durch Beschluss des Verwaltungsrats abberufen werden. Ist der/die Schriftführer/-in Mitglied des Verwaltungsrats, so ist er/sie bei der Beschlussfassung über seine/ihre Abberufung nicht stimmberechtigt. | 3.4       | The Management Board shall appoint a person as secretary of the Management Board by resolution of the Management Board. The secretary is not required to be a member of the Management Board. The secretary keeps the minutes of the meetings. He/she may at any time be removed by resolution of the Management Board. If the secretary is a member of the Management Board, he/she shall abstain from the voting in respect of the resolution on his/her removal. |
| <b>4.</b> | <b>Der/die Vorsitzende des Verwaltungsrats</b>  | <b>4.</b> | <b>The chairperson of the Management Board</b>  |
| 4.1       | Der/die Vorsitzende des Verwaltungsrats ist für die Koordination der Arbeit des Verwaltungsrats, Einberufung und Leitung der Sitzungen des Verwaltungsrats und für die Bestimmung der Reihenfolge der Behandlung der Tagesordnungsordnungspunkte zuständig.   | 4.1       | The chairperson of the Management Board shall coordinate the work within the Management Board, convene and lead the meetings of the Management Board and determine the order in which the items of the agenda are discussed.  |
| 4.2       | Im Falle der Verhinderung des/der Vorsitzenden des Verwaltungsrats werden die Rechte und Pflichten des/der Vorsitzenden durch den/die stellvertretenden/stellvertretende Vorsitzenden/Vorsitzende des Verwaltungsrats ausgeübt.   | 4.2       | In case of unavailability of the chairperson of the Management Board the rights and obligations of the chairperson shall be carried out by the vice-chairperson of the Management Board.  |
| 4.3       | Sofern der/die Vorsitzende und der/die stellvertretende Vorsitzende des Verwaltungsrats verhindert sind oder beide Positionen unbesetzt sind, übernimmt das älteste Verwaltungsratsmitglied die Leitung der Sitzung.  | 4.3       | If the chairperson and the vice-chairperson of the Management Board are both indisposed or if these positions are both vacant, the oldest member of the Management Board in terms of years of life shall assume chairpersonship of the meeting.   |

<b>5.</b>	<b>Sitzungen des Verwaltungsrats</b>	<b>5.</b>	<b>Meetings of the Management Board</b>
5.1	Sitzungen werden einberufen (i) so oft die Geschäfte der Gesellschaft in ihrer Eigenschaft als regionales Koordinierungszentrum im Sinne von Artikel 43 der Verordnung (EU) 2019/943 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 es erfordern, jedoch mindestens zweimal im Kalenderjahr oder (ii) wenn ein Verwaltungsratsmitglied oder ein/eine Geschäftsführer/-in dies schriftlich oder in Textform unter Angabe des Zwecks und der Gründe verlangt. Sie können als physisches Treffen oder fernmündlich mittels Telefon- und/oder Videokonferenzschaltung abgehalten werden, wenn sichergestellt ist, dass jedes Verwaltungsratsmitglied an der Sitzung teilnehmen, den Ausführungen jedes anderen Verwaltungsratsmitglieds folgen und sich zu den Beschlussgegenständen äußern kann.	5.1	Meetings shall be called (i) as often as required by the business of the Company in its capacity as regional coordination centre as specified in Article 43 of the Regulation (EU) 2019/943 of the European Parliament and of the Council of 5 June 2019, at least twice per calendar year, or (ii) if any member of the Management Board or a managing director requests it in writing or text form stating the purpose and the reasons. They may be held physically or virtually by telephone and/or videoconference if it is ensured that each member of the Management Board can participate in the meeting, follow the explanations of each other member of the Management Board and comment on the resolutions.
5.2	Sitzungen werden durch den/die Vorsitzenden/Vorsitzende des Verwaltungsrats einberufen, es sei denn, der/die Vorsitzende entspricht nicht dem Einberufungsverlangen eines anderen Verwaltungsratsmitglieds oder eines/einer Geschäftsführers/Geschäftsführerin. In diesem Fall ist das andere Verwaltungsratsmitglied oder der/die Geschäftsführer/-in berechtigt, anstelle des/der Vorsitzenden eine Sitzung des Verwaltungsrats einzuberufen.	5.2	Meetings are convened by the chairperson of the Management Board, unless the chairperson does not follow the request for convocation by another member of the Management Board or by a managing director. In such event the other member or the managing director is entitled to convene a meeting of the Management Board instead of the chairperson.
5.3	Die Einberufung erfolgt schriftlich oder in Textform mit einer Frist von mindestens zwei Wochen an die letzte bekannte Anschrift der Verwaltungsratsmitglieder. Bei der Berechnung der Frist werden der Tag der Absendung des Einberufungsschreibens und der Tag der Sitzung nicht miteinberechnet. In dringenden Fällen sind die	5.3	Meetings shall be convened in writing or text form to the last known address of the members of the Management Board, with a notice period of at least two weeks. Calculating the notice period, the day on which the convocation notice is sent out and the day of the meeting itself are not included. In urgent cases, the

	Verwaltungsratsmitglieder be- rechtigt durch einstimmige Ent- scheidung aller Verwaltungsrats- mitglieder auf die Frist zu verzich- ten oder diese zu verkürzen.		members of the Management Board may waive or shorten the notice period by unanimous deci- sion of all members of the Man- agement Board.
5.4	Das Einberufungsschreiben ent- hält Zeit und Ort, soweit die Sit- zung physisch abgehalten wird, o- der Zeit und Zugangsdaten für die Telefon- und/oder Videokonfe- renz, soweit die Sitzung virtuell abgehalten wird.	5.4	The convocation notice shall de- termine time and place if the meeting is held physically, or time and access data for the tel- ephone and/or video conference if the meeting is held virtually.
5.5	Die Tagesordnungspunkte der Sit- zung und die Beschlussvorschläge sind den Verwaltungsratsmitglie- dern im Einberufungsschreiben mitzuteilen.	5.5	The items on the agenda and the proposed resolutions shall be in- cluded in the convocation notice to the members of the Manage- ment Board.
5.6	Physische Verwaltungsratssitzun- gen finden am Sitz der Gesell- schaft oder an einem anderen in dem Einberufungsschreiben an- gegebenen Sitzungsort statt.	5.6	Physical meetings of the Man- agement Board shall take place at the registered office of the Company or at another meeting location specified in the convo- cation notice.
5.7	Eine Sitzung ist nur beschlussfä- hig, wenn mindestens 80 % der Verwaltungsratsmitglieder vertre- ten sind. Sofern weniger als 80 % der Verwaltungsratsmitglieder vertreten sind, ist unverzüglich eine neue Sitzung mit derselben Tagesordnung unter den in Zif- fer 5.2 bis 5.6 genannten Bedin- gungen einzuberufen. Diese ist ohne Rücksicht auf die Zahl der vertretenen Verwaltungsratsmit- glieder beschlussfähig, wenn im Einberufungsschreiben hierauf hingewiesen wurde.	5.7	A meeting is only quorate ( <i>bes- chlussfähig</i> ) if at least 80% of the members of the Manage- ment Board are represented. If less than 80% of the members of the Management Board are rep- resented, a meeting with the same agenda shall be convened without delay under the terms set forth in paras. 5.2 to 5.6 above. The latter is quorate with- out regard to the number of the represented members of the Management Board if this had been pointed out in the convo- cation notice.
5.8	Die Sprache der Sitzungen des Verwaltungsrats, der Beschluss- vorschläge, Beschlussfassungen, Einberufungsschreiben und Sit- zungsniederschriften ist Englisch.	5.8	The language of the meetings of the Management Board, the pro- posed resolutions, adopted reso- lutions, convocation notices and minutes of the meetings shall be English.
<b>6.</b>	<b>Beschlüsse des Verwaltungsrats</b>	<b>6.</b>	<b>Resolutions of the Manage- ment Board</b>
6.1	Beschlüsse des Verwaltungsrats werden in der Regel in Sitzungen	6.1	Resolutions of the Management Board are generally adopted at



gefasst; außerhalb einer Sitzung können sie, soweit das Gesetz nicht zwingend eine andere Form vorschreibt, in Schrift- oder Textform gefasst werden, wenn alle Verwaltungsratsmitglieder dieser Form der Abstimmung zustimmen und mindestens 80 % der Verwaltungsratsmitglieder an der Abstimmung teilnehmen.

meetings; outside a meeting, to the extent compulsory law does not require another form, they can be passed in writing or text form if all members of the Management Board agree to this form of voting and at least 80% of the members of the Management Board participate in the voting.

- 6.2 Grundsätzlich sollen Beschlüsse nur über solche Beschlussgegenstände gefasst werden, die in der Tagesordnung der Sitzung des Verwaltungsrats ordnungsgemäß angekündigt wurden. Beschlüsse über Beschlussgegenstände, die nicht ordnungsgemäß in der Tagesordnung angekündigt wurden, können nur gefasst werden, wenn alle teilnehmenden Verwaltungsratsmitglieder einer solchen Beschlussfassung ausdrücklich zustimmen. Sofern nicht alle Verwaltungsratsmitglieder an einer Sitzung teilnehmen, hat der/die Vorsitzende des Verwaltungsrats den abwesenden Verwaltungsratsmitgliedern eine angemessene Frist (mindestens vierzehn (14) Kalendertage) einzuräumen, um schriftlich oder in Textform über den unangekündigten Beschlussgegenstand abzustimmen oder der Beschlussfassung zu widersprechen. Ein Beschluss über einen unangekündigten Beschlussgegenstand wird erst gefasst, wenn die abwesenden Verwaltungsratsmitglieder über den unangekündigten Beschlussgegenstand abgestimmt haben oder die für die Beschlussfassung vorgesehene Frist verstrichen ist, ohne dass ein abwesendes Verwaltungsratsmitglied schriftlich oder in Textform der Beschlussfassung widersprochen hat.
- 6.3 Beschlüsse des Verwaltungsrats, werden gemäß § 7 und 8 der Satzung gefasst. Stimmenthaltungen werden bei der Ermittlung des Ab-

- 6.2 In general, resolutions can be adopted on items that have been duly announced in the agenda for the meeting of the Management Board. Resolutions on items that have not been duly announced in the agenda may only be adopted if all participating members of the Management Board explicitly agree thereto. If not all members of the Management Board participate in a meeting, the absent members of the Management Board shall be given a reasonable amount of time (at least fourteen (14) calendar days) determined by the chairperson of the Management Board to vote in writing or text form or object against the passing of the unannounced resolutions. Any resolution on an unannounced resolution proposal shall be adopted as soon as the absent members of the Management Board voted on the unannounced resolution proposal or after the allotted time for adopting the resolution passed without an absent member of the Management Board's objection in writing or text form.
- 6.3 Resolutions of the Management Board shall be passed in accordance with article 7 and 8 of the Articles of Association. When deter-

stimmungsergebnisses nicht mitgezählt. Verwaltungsratsmitglieder gelten auch dann als anwesend, wenn sie sich der Stimme enthalten. Verwaltungsratsmitglieder sind berechtigt, anderen Verwaltungsratsmitgliedern schriftlich oder in Textform eine Stimmrechtsvollmacht zu erteilen.

6.4 Über die Sitzungen des Verwaltungsrats ist eine Niederschrift anzufertigen, die von dem/der Vorsitzenden und dem/der Schriftführer/-in des Verwaltungsrats eigenhändig oder elektronisch zu unterzeichnen ist. Die Niederschrift enthält die Sitzungsart (physische oder virtuelle Sitzung), den Ort bei physischen Sitzungen, den Tag der Sitzung, die Teilnehmer, die Tagesordnungspunkte und die Beschlüsse des Verwaltungsrats. Beschlüsse, die außerhalb von Sitzungen gefasst werden, sind von dem/der Vorsitzenden schriftlich oder in Textform festzuhalten. Außerhalb von Sitzungen gefasste Beschlüsse sind in Schrift- oder Textform den Verwaltungsratsmitgliedern unverzüglich nach Beschlussfassung zuzuleiten. Sitzungsniederschriften und außerhalb von Sitzungen gefasste Beschlüsse sind dem Verwaltungsrat in der nächsten Sitzung zur Genehmigung vorzulegen. Die Gültigkeit der Beschlüsse wird durch die Genehmigung oder die Verweigerung der Genehmigung nicht berührt. Genehmigte Beschlüsse sind den Gesellschaftern der Gesellschaft zuzuleiten.

## 7. Verschwiegenheitspflicht

7.1 Die Verwaltungsratsmitglieder werden die Gegenstände der Beratung, Geschäftsgeheimnisse, Berichte, und sonstige Informationen, die die Gesellschaft oder die

mining voting results, abstentions shall not be counted. Members of the Management Board are considered to participate in the decisionmaking in respect of a resolution even when they abstain from voting. Members of the Management Board may grant other members of the Management Board power of attorney in writing or text form to vote for them.

6.4 Minutes of the meetings of the Management Board shall be prepared and signed (wet ink or electronically) by the chairperson and the secretary of the Management Board. The minutes shall include the form of meeting (physical or virtual meeting), the place, unless the meeting is held virtually, and the date of the meeting, the participants, the items on the agenda, and the resolutions by the Management Board. Resolutions adopted outside of meetings shall be recorded in writing or text form by the chairperson of the Management Board. Resolutions adopted outside of meetings shall be forwarded to the members of the Management Board in writing or text form without undue delay after their adoption. Minutes of meetings and resolutions adopted outside of meetings shall be presented to the Management Board for approval in the following meeting. The approval or rejection of approval shall not affect the validity of the adopted resolutions. The approved resolutions shall be forwarded to the shareholders of the Company.

## 7. Confidentiality Obligation

7.1 The members of the Management Board shall keep confidential all matters of consultation, business secrets, reports and other information relating to the

Gesellschafter der Gesellschaft betreffen und ihnen im Rahmen ihre Tätigkeit im Verwaltungsrat bekannt geworden sind ("**Vertrauliche Informationen**"), vertraulich behandeln.

7.2 Sofern es für die Arbeit des Verwaltungsrats erforderlich ist, darf ein Verwaltungsratsmitglied Vertrauliche Informationen an Personen weitergeben, die aufgrund gesetzlicher oder berufsrechtlicher Vorschriften zur Verschwiegenheit verpflichtet sind oder eine Vertraulichkeitsvereinbarung unterzeichnet haben, die einer Verschwiegenheitsverpflichtung aufgrund gesetzlicher oder berufsrechtlicher Vorschriften gleichkommt. Die Verwaltungsratsmitglieder haben dafür Sorge zu tragen, dass die vorgenannten Personen die Verschwiegenheitspflicht einhalten.

7.3 Ein Verwaltungsratsmitglied darf Vertrauliche Informationen an den Übertragungsnetzbetreiber, der an der Gesellschaft in ihrer Eigenschaft als regionales Koordinierungszentrum beteiligt ist, der das Verwaltungsratsmitglied bestellt hat im weitestgehend gesetzlich erlaubtem Umfang weitergeben.

7.4 Die Verschwiegenheitspflicht besteht auch nach Beendigung der Amtszeit fort.

## 8. Sprache

Der englische Text hat Vorrang. Der deutsche Text dient nur als Übersetzung.

Ende der Geschäftsordnung

Company or the Shareholders of the Company of which they become aware as a result of their service on the Management Board ("**Confidential Information**").

7.2 If necessary for the work of the Management Board, a member of the Management Board may disclose Confidential Information to persons who are either sworn to confidentiality under statutory or professional regulations or who have previously signed a confidentiality agreement which is equivalent to a confidentiality obligation based on statutory or professional regulations. The members of the Management Board shall ensure that the aforementioned persons observe the confidentiality obligation.

7.3 To the fullest extent as legally permitted, a member of the Management Board may disclose Confidential Information to the transmission system operator that participates in the Company in its capacity as a regional coordination centre which appointed such member of the management board.

7.4 This confidentiality obligation shall remain in effect even after completion of the term of office.

## 8. Language

The English text prevails. The German text serves only as a convenience translation.

End of Rules of Procedure

\*\*\*